

Dokumentation

Kriegsgefangenenlager 1939 – 1950

Kriegsgefangenschaft als Thema der Gedenkarbeit



Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz

Impressum:

Herausgeberin:

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
Am Kronberger Hof 6
55116 Mainz



E-Mail: lpb.zentrale@politische-bildung-rlp.de
Homepage: www.politische-bildung-rlp.de

Verantwortlich:

Dr. Dieter Schiffmann

Redaktion:

Angelika Arenz-Morch, Uwe Bader, Martina Ruppert-Kelly

Foto Titelseite:

Mai 1945: Die erbitterten Kämpfe um Berlin sind beendet. Die Rote Armee hat gesiegt. Mehr als 130.000 Soldaten gehen in sowjetische Gefangenschaft. Deutsche Kriegsgefangene auf dem Marsch in der Berliner Straße in Reinickendorf-West.
Bundesarchiv, Bild 183-R77366

Layout und Druck:

Manfred Henn GmbH

Mainz/Osthofen 2012

ISBN 978-3-89289-025-6

Kriegsgefangenenlager 1939 – 1950

Kriegsgefangenschaft als Thema der Gedenkarbeit

Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung
Rheinland-Pfalz



Landeszentrale für Politische Bildung
LPB
Rheinland - Pfalz



Inhaltsverzeichnis

Dr. Dieter Schiffmann: Vorwort	4
Dieter Burgard: Grußwort	6
Uwe Bader: Einführung	8
Wolfgang Benz: Kriegsgefangenschaft in NS-Lagern – Kriegsgefangenschaft in alliierten Gefangenenlagern	12
Reinhard Otto: Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam – aktuelle Forschungsergebnisse	22
Barbara Distel: Alliierte Kriegsgefangene und Internierte in Dachau	38
Paul Dostert: Luxemburger Zwangsrekrutierte als Kriegsgefangene, eine ungenügend recherchierte Frage oder ein Tabuthema?	46
Rüdiger Overmans: Deutsche Kriegsgefangene in den Rheinwiesenlagern. Alltagsrealität und Erinnerung	54
Birgit Schwelling: Der Verband der Heimkehrer und die Erinnerung an die Kriegsgefangenschaft in der frühen Bundesrepublik	76
Wolfgang Bula: Vereinnahmung von Gedenkstätten ehemaliger Rheinwiesenlager durch die rechte Szene am Beispiel des „Rheinwiesenlagers Goldene Meile“, Remagen	94
Wolfgang Spietz: Bretzenheim an der Nahe bei Bad Kreuznach	100
Podiumsdiskussion	104
Ausgewählte Literatur	112
Bisher in der Reihe erschienen	115
Autorinnen und Autoren	116



Die schreckliche Erfahrung des von Deutschland ausgehenden Zweiten Weltkrieges, die Millionen an Opfern unter den Soldaten, den Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung, der Völkermord an den Juden und den Sinti und Roma Europas, all das hat tiefe Spuren im kollektiven Bewusstsein der Europäer hinterlassen. Die Schaffung einer friedlichen, ökonomisch erfolgreichen und auf gemeinsame Werte gestützten europäischen Nachkriegsordnung, die europäische Integration mit der Europäischen Union als Zentrum, geht auf die Verarbeitung dieser Erfahrungen zurück. Das gilt, auch wenn im Moment kleinerer und größerer Krisen nahezu sieben Jahrzehnte nach Kriegsende die Erinnerung an diese Ausgangsmotivation oft verblasst.

Gleichzeitig nehmen aber mit wachsender zeitlicher Entfernung vom fürchterlichen Geschehen die Appelle ewig Gestriger an alte nationalistische Vorurteile und Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft im rechtsextremistischen und rechtsterroristischen Lager zu. Zu diesen Erscheinungsformen gehört auch der Versuch, Geschichte zu verbiegen, im Mantel des Erinnerns und Gedenkens an vermeintlich vergessene Opfer Aufrechnung zu betreiben, Täter und Opfer auszutauschen und Hintergründe und Zusammenhänge nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Auch der hier abgedruckte Vortrag von Wolfgang Bula, zur Vereinnahmung von Gedenkstätten ehemaliger Rheinwiesener Lager durch die rechte Szene, zeigt die Gefahren einer zunehmenden Vernetzung der rechten und rechtsradikalen Szene auf. Dabei spielt die Nutzung des Internets durch diese Gruppierungen eine entscheidende Rolle. Die Besetzung des Themas Kriegsgefangenschaft und insbesondere der Rheinwiesener Lager sowie die Nutzung des Internets zur Verbreitung abstruserer Thesen durch die Rechten erfordert als Konsequenz eine seriöse wissenschaftliche Erforschung dieser Lager und dann eine in die Breite gehende und vor allem das veränderte Bildungsverhalten der Jugendlichen von heute berücksichtigende Präsentation der Ergebnisse, vor allem auch im Internet.

Die Vereinnahmung der ehemaligen alliierten Kriegsgefangenenlager für Fehlinformationen und rechtsradikale Propaganda und die Gegenaktionen von Gruppen, die den Rechtsextremisten entgegentreten sowie die dadurch für den Ort entstehenden Probleme führten 2011 dazu, dass man sich aus einem der Standorte dieser Lager, aus Bretzenheim, mit der Bitte um Unterstützung an die Landesregierung wandte.

Die Landeszentrale für politische Bildung hat dies über den lokalen Anlass hinaus zum Anlass genommen, das Thema „Kriegsgefangenenlager 1939 bis 1950“ zum Gegenstand der Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz zu machen. Zu einer ernsthaften wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema gehören neben der historischen Kontextualisierung in den Gesamtzusammenhang des Zweiten Weltkrieges, der soliden Erforschung von Zahlen und Fakten im Zusammenhang mit den „Rheinwiesener Lager“ auch die Herausbildung einer Kultur des Gedenkens an diesen Orten.

Der wissenschaftliche Fachbeirat zur Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz unter Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Benz unterstützt die Landeszentrale für politische Bildung bei dieser schwierigen Aufgabe. In seinem hier vorgelegten Beitrag zu den statistischen Dimensionen zu „Kriegsgefangenschaft in NS-Lagern – Kriegsgefangenschaft in alliierten Gefangenenlagern“ und zum Umgang mit diesen Gefangenen, wird das Ausmaß der Verbrechen, auch der von Wehrmacht und SS begangenen Verbrechen, deutlich. Frau Dr. Barbara Distel, auch sie Mitglied des Beirats, verdanken wir neue Erkenntnisse über das Internierungslager Dachau. Dr. Paul Dostert, ein weiteres Beiratsmitglied, widmet seinen Vortrag den bislang in der Forschung kaum beachteten Luxemburger Bürgern, die nach ihrer Zwangsrekutierung 1940 ebenfalls in Kriegsgefangenschaft geraten waren.

Dr. Reinhard Otto resümiert, dass trotz intensiver wissenschaftlicher Forschungen die Frage nach der Zahl der in deutscher Gefangenschaft geratenen sowjetischen Soldaten sowie der in Gefangenschaft umgekommenen oder ermordeten Sowjetbürger nach wie vor unbeantwortet ist. Die Tatsache, dass der nationalsozialistische Krieg gegen die Sowjetunion als Eroberungs- und Vernichtungskrieg geführt wurde, führte dazu, dass die Gefangenen nicht nach den völkerrechtlich üblichen Maßstäben behandelt wurden.

Dr. Rüdiger Overmans, der sich bereits seit Jahren wissenschaftlich mit den alliierten Kriegsgefangenenlagern auseinandergesetzt hat, gibt in seinem Beitrag zu den Rheinwiesenlagern einen Überblick über den derzeitigen Forschungsstand und die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre. Kritisch setzt er sich mit den Thesen des Geschichtsrevisionisten James Bacque auseinander. Planungen und Organisation der Lager durch die Alliierten werden ebenso thematisiert wie die Sichtweisen der betroffenen deutschen Kriegsgefangenen.

Dr. habil. Birgit Schwellung setzt sich in ihrem Beitrag mit der Erinnerung an die Kriegsgefangenschaft in der frühen Bundesrepublik und der Rolle des Verbands der Heimkehrer auseinander.

Wolfgang Spietz schildert in einem kurzen Beitrag für das Kriegsgefangenenlager Bretzenheim an der Nahe die Situation vor Ort. Wolfgang Kürten (Remagen) und Wolfgang Lauenstein (Ludwigshafen – Rheingönheim) berichteten in ihren Einführungsstatements bei der die Tagung abschließenden Podiumsdiskussion von der Erinnerungsarbeit an den jeweiligen Gedenkstätten. Die spannende und informative Diskussion, von der in dieser Dokumentation aus Platzgründen nur Ausschnitte veröffentlicht sind, wurde moderiert von dem Pädagogen und Historiker Hans Berkessel.

An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen Autorinnen und Autoren und allen denjenigen, die an der Ausgestaltung der Fachtagung und der Drucklegung der Dokumentation mitgewirkt haben.

Dr. Dieter Schiffmann



Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst danke ich im Namen der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinstitutionen zur NS-Zeit der Landeszentrale für politische Bildung, hier insbesondere Herrn Bader und den Referenten für diese heutige Tagung. Von den 47 Mitgliedsorganisationen dieser Arbeitsgemeinschaft befassen sich nur wenige mit der Thematik „Kriegsgefangenenlager“. Meist sind es, wie in Trier Herr Welter, Einzelpersonen, die sich mit diesem Thema befassen.

Am 8. Mai 1985 hielt der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Bundestag eine denkwürdige Rede anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus. Er sagte u.a.: „Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“

Ich meine, wir dürfen auch die Nachkriegsjahre, den Kalten Krieg, die Kriegsgefangenen und die Prozesse gegen die NS-Verbrecher, von der Zeit von 1933 bis 1945 nicht trennen. Im August 1944 befanden sich im Deutschen Reich wohl 1,9 Millionen Kriegsgefangene. Es ist eine große Zahl, doch wir sollten vor allem die Einzelschicksale sehen.

Vor zwei Wochen las ich im Urlaub ein Buch, das ich als leichte Literatur mitnahm: Lausbubengeschichten aus den 1950er Jahren im Saarland von dem bekannten Autor Charly Lehnert.

Ein Abschnitt hier hieß: „Hinter dem Zaun“ aus dem ich zitieren will:

„Im Jahr 1945 hörte meine Mutter, dass mein Vater im Lager Bretzenheim bei Bad Kreuznach sei. Sie machte sich auf den Weg. Und das hieß damals, sich einen Platz auf der Plattform eines Eisenbahnwaggons zu sichern und zu versuchen, hinzukommen. Ich weiß nicht mehr warum, aber sie nahm mich mit, den Kleinen, der noch nie so richtig seinen Vater erlebt hatte. Da erfuhr ich, wie grausam Zäune die Menschen trennen können. Ich habe das Bild heute noch vor Augen. Ich sehe meine Mutter auf einer Wiese vor einem Waldhang. Das Gelände ist abschüssig und jenseits einer Talmulde sehe ich eine Reihe von Baracken eines Gefangenenlagers auf dem jenseitigen Hügel stehen, umzäunt mit einem hohen Stacheldrahtzaun. Im Abstand von etwa hundert Metern jeweils ein Wachturm. Und oben, wenn man länger hinschaut, kann man sie sehen, ganz oben bewegt sich eine winzig kleine Figur. Ein Wachmann? Ich habe große Angst. Meine Mutter drückt mich an sich und ist unfähig etwas zu sagen. Sie hatte es irgendwie möglich gemacht, meinem Vater die Nachricht zukommen zu lassen, dass sie mit den Kindern oder zumindest mit einem der Kinder zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt auf dem Hügel stehen werde. Seit dem vergesse ich nie ihren Blick über

den Zaun, der sie damals von ihrem Mann trennte - und mich von meinem Vater. Ich versuchte mir vorzustellen, was mein Vater in den letzten Jahren erlebt und empfunden hat, als er zuerst in Russland, dann in Frankreich Soldat war, dann vermisst galt, dann offiziell als Kriegsgefangener registriert wurde und ins Lager Bretzenheim kam, wo ich meinen Vater bewusst zum ersten Mal in meinem Leben von weitem sah, ihn aber nicht erkennen konnte – vor der Baracke – hinter diesem Zaun.“

Das, was der kleine Junge erlebt hatte, erlebten Millionen Menschen seit 1933, wenn Menschen wegen Widerstand oder als jüdische Bürger und dann ab 1939 als Kriegsgefangene in Gefangenschaft kamen.

Uns Teilnehmern wünsche ich bei dieser Tagung viele neue Erkenntnisse und dass dies ein Beginn für eine intensivere Auseinandersetzung mit diesem Thema bei uns allen ist.

In der Gedenkstätte KZ Osthofen stehen die Anfänge der nationalsozialistischen Diktatur, an der Gedenkstätte in Hinzert die Kriegsjahre und das Ende des KZ-Systems im Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in unserer Region. Bislang waren die Veranstaltungen, Seminare und Tagungen wie auch die dokumentarische Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung gemäß ihrem Auftrag vor allem auf die NS-Zeit konzentriert. Die Folgen der Diktatur, die wir bis heute spüren und die uns auch weiterhin begleiten werden, werden im Rahmen der Gedenkstättenarbeit als Mahnung für Gegenwart und Zukunft begriffen. Gedenkarbeit will dazu anregen, alles zu tun, um die Demokratie zu stärken und gegenüber extremistischen Aktivitäten wachsam zu sein. Mit der Themenstellung „Kriegsgefangenenlager 1939 bis 1950 – Kriegsgefangenschaft als Thema der Gedenkarbeit“ betreten wir als Landeszentrale für politische Bildung insofern Neuland, als wir den Blick auch auf die alliierten Kriegsgefangenenlager in den letzten Kriegswochen und in den Jahren nach Kriegsende richten.

Warum kommt es zu dieser Ausdehnung der Perspektive über das Ende des Dritten Reiches hinaus und warum haben wir uns entschlossen, diese erste Tagung zu diesem Themenfeld hier in der Gedenkstätte KZ Osthofen durchzuführen? 2011 erreichte ein Hilferuf aus der Ortsgemeinde Bretzenheim die Staatskanzlei und man bat die Landesregierung darum, beim Erhalt des am Gelände des ehemaligen alliierten Kriegsgefangenenlagers befindlichen Mahnmals behilflich zu sein. Man fühlte sich dort aufgerieben zwischen aus juristischen Gründen unverbinderbaren Aufmärschen von Altnazis und Rechtsextremisten und entsprechenden Gegenaktionen von Gruppen, die gegen diese Vereinnahmung mit Protest und Gegenritualen agierten. Umfangreiche Polizeieinsätze waren notwendig, um die offizielle Erinnerungsfeier mit dem Ministerpräsidenten ruhig ablaufen zu lassen und um an diesem Ort am Volkstrauertag die Würde zu wahren.

Die Situation in Bretzenheim an der Nahe, aber auch in Remagen-Sinzig, Böhl-Iggelheim oder anderen Erinnerungsstätten ehemaliger alliierter Kriegsgefangenenlager, ist leider in den letzten Jahren durch rechtsextremistische Aktionen an Gedenktagen wie dem Volkstrauertag oder dem Totensonntag geprägt worden. Die Totenehrung wird immer häufiger für demokratie- und verfassungsfeindliche Ziele missbraucht. Lügen, Halbwahrheiten und Legenden werden von rechtsextremer Seite dazu benutzt, in der Bevölkerung Unsicherheit über das historische Geschehen zu verbreiten. Die sogenannten „Rheinwiesenerlager“ werden von der NPD, rechten „Kameradschaften“ und anderen nationalistischen und demokratiefeindlichen Gruppen bewusst ohne den historischen Gesamtzusammenhang thematisiert. Der von der Hitler-Regierung verursachte Zweite Weltkrieg, der Vernichtungskrieg und die anderen Verbrechen der NS-Diktatur in den Jahren 1933 bis 1945 werden ausgeblendet. Man muss dazu nur im Internet das Stichwort „Rheinwiesenerlager“ eingeben, um zu erkennen, was da an Geschichtsfälschungen und vor allem an neonazistischer Propaganda dargeboten wird.

Kriegsgefangene wurden während des Krieges auf allen Seiten der Fronten gemacht. So gerieten zuerst polnische Soldaten in deutsche und sowjetische Gefangenschaft. Später gelangten alliierte Soldaten in deutsche und wiederum deutsche Soldaten in alliierte Gefangenschaft. Das Schicksal der Kriegsgefangenen im Krieg hing jeweils vom Stand der kriegerischen Auseinandersetzungen und von den Umständen im Land der Gefangenschaft ab. Nach Kriegsende war die Behandlung deutscher Kriegsgefangener durch die Alliierten auch beeinflusst durch das ungeheuerliche Ausmaß der gerade bekannt gewordenen Verbrechen der NS-Barbarei in den Konzentrationslagern und beim Völkermord.

Die Behandlung Kriegsgefangener in deutschem Gewahrsam wurde bestimmt durch die nationalsozialistische Rassenideologie. Etwa 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene kamen infolge dieser Behandlung als sogenannte „Untermenschen“ in deutscher Kriegsgefangenschaft um. Tausende sowjetische Soldaten waren erst gar nicht in Gefangenschaft gekommen. Sie waren infolge des verbrecherischen Kommissarbefehls unmittelbar nach der Gefangennahme ermordet worden.

Wir denken, dass Handlungsbedarf besteht. Es geht darum, Jugendliche, aber auch verunsicherte oder bislang gar nicht oder fehl informierte Erwachsene über das zu informieren, was wissenschaftlich und seriös erforscht worden ist. Es kommt uns darauf an, der Mythenbildung entgegen zu arbeiten. Dabei werden wir auch vom Wissenschaftlichen Fachbeirat zur Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz unterstützt, während dessen vorletzter Sitzung die Idee zu dieser Tagung entwickelt wurde. Lange Zeit waren die alliierten Kriegsgefangenenlager ein unbeachtetes Thema in der Erinnerungsarbeit. Es bestand bei vielen Wissenschaftlern und Pädagogen sowie an den Gedenkstätten die Sorge, dass die Thematisierung der Kriegsgefangenschaft deutscher Soldaten von der, erst nach Jahrzehnten langwierig erkämpften, Gedenkarbeit für die Opfer des Holocaust, der Konzentrationslager und der politischen und rassistischen Verfolgung durch die Nationalsozialisten ablenken könnte. Politikerinnen und Politiker waren nicht daran interessiert, das Thema näher zu bearbeiten und in der Gesellschaft zum Thema werden zu lassen, um nicht das Vertrauen der Alliierten und der anderen Länder wieder zu verlieren, die Deutschland trotz der erlittenen Verbrechen die Hand zur Versöhnung gereicht hatten. Erschwerend kam hinzu, dass man wusste, dass in den oft spontan errichteten Kriegsgefangenenlagern der Alliierten nicht nur vom NS-Staat missbrauchte und fehlgeleitete Soldaten inhaftiert waren, nicht nur Mitläufer und Jugendliche. Man wusste, dass auch Angehörige von SS und Wehrmacht, die in schlimmste Kriegsverbrechen verstrickt waren, in den Gefangenenlagern interniert waren.

Solche Täterfiguren, die nach 1933, aber vor allem auch ab 1939 ihrer nationalsozialistischen Weltanschauung frönten und in den besetzten Ländern übelste Verbrechen begangen haben, konnten und können nicht als Opfer des

NS-Systems angesehen werden. Sie sind nicht in einem Atemzuge mit mehr oder weniger unbelasteten einfachen Soldaten als Opfer zu nennen. Es gab einen gravierenden Unterschied zwischen einem Widerstandskämpfer und einem Soldaten. Der Widerstandskämpfer stellte sich in einem persönlichen Willensakt gegen die Diktatur und wusste, dass er sich damit der Verfolgung aussetzte und sich deswegen in Lebensgefahr begab. Der inhaftierte oder ermordete Widerstandskämpfer ist somit unmittelbar ein Opfer der NS-Diktatur. Der Soldat, der in der Wehrmacht diente, vollzog keinen persönlichen Willensakt. Er überließ sich dem Schicksal oder musste sich dem Schicksal überlassen, das ihm der NS-Staat und die Wehrmacht im Krieg zgedacht hatten. Ganz zu schweigen von den aus rassistischen Gründen millionenfach ermordeten Juden, Sinti und Roma sowie den Kranken und Behinderten, die nahezu völlig isoliert waren und zumeist gar keine Möglichkeit hatten, sich dem ihnen zgedachten grausamen Schicksal zu entziehen. Das ist sehr schwierig zu formulieren oder gar zu definieren, und es gibt hier, dessen bin ich mir bewusst, zigtausend Facetten.

Natürlich hat die große Gruppe der deutschen Kriegsgefangenen nach 1945 eine besondere Eigenwahrnehmung gehabt. Hierzu möchte ich aus einem Band der sogenannten Maschke-Kommission zitieren, die Anfang der 1970er Jahre unter der Leitung von Erich Maschke im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen untersucht hat. Ich zitiere aus dem Band 9 einen Bericht eines Gefangenen aus dem Lager in Remagen vom Mai 1945:

„Nachdem ich dort 3 Wochen hinter Stacheldraht lebte, ließ ich mich beim Lagerkommandanten melden, wurde auch von demselben empfangen und trug ihm mein Anliegen vor, welches darin gipfelte, dass wir als Kriegsgefangene gemäß der Genfer Konvention nach 14tägiger Gefangenschaft das Recht hätten, an unsere Angehörigen zu schreiben, ein Zelt oder eine Baracke für die Zeit unserer Gefangenschaft zu erhalten usw. Es wurde kurzerhand von diesem Offizier mit dem Bemerken abgetan, dass ich als deutscher Soldat nicht solche Ansprüche zu stellen hätte, da mein Führer und Reichskanzler auf den gleichen Platz, auf welchem wir uns als Kriegsgefangenen jetzt befänden, 1940 Frauen, Kinder und Greise (Juden) hätte verrecken lassen. Aufgrund dieses Einwandes des Lageroffiziers war unsere Unterredung beendet. Eine Besserung trat nicht ein, und der Zustand blieb derselbe.“

Solche subjektiven Betrachtungen, oft gepaart mit verzweifelmtem Selbstmitleid, ohne Blick über die eigene Situation hinaus, ohne Empathie für das, was der Staat, die Organisation, die Wehrmacht, der man diente, anderen Menschen und Völkern angetan hatte, müssen bei der Einschätzung des Geschehens in den Rheinwiesenlagern berücksichtigt werden.

Die Landeszentrale für politische Bildung will sich künftig dem Thema Kriegsgefangenschaft im historischen Gesamtkontext verstärkt widmen. Dabei sollen die unterschiedlichen Phasen der bestehenden Kriegsgefangenenlager und die historischen Zusammenhänge in den Blick genommen werden.

Wir wollen feststellen, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Lager vorliegen und wo es noch Forschungsbedarf gibt. Nachdem die Ergebnisse der Tagung vorliegen, sollen weitere Schritte zur historisch-politischen Bildung zu diesem Thema unternommen werden. Die Tagung diene als Bestandsaufnahme, sie diene aber auch der Vernetzung von Wissenschaft und historisch-politischer Bildung.

Kriegsgefangenschaft in NS-Lagern – Kriegsgefangenschaft in alliierten Gefangenenlagern

Der deutsche Soldat Hans Jonitz geriet am 9. April 1945 bei Schweinfurt in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Über Bad Kissingen, wo er eine Nacht in einem provisorischen Lager im Kurpark zubrachte, wurde er zusammen mit vielen Kameraden in einem überfüllten LKW, auf dem die Gefangenen dicht gedrängt standen, in die Pionierkaserne nach Worms gebracht. 30.000 bis 40.000 traurige Gestalten kampierten auf dem blanken Boden des Kasernenhofes, dem Regen und der Kälte ausgesetzt, aus Wehrmachtsbeständen kümmerlich ernährt. Der Gefangene will unbedingt das Lager verlassen. Er schmuggelt sich in das „Abgangs-Cage“, von dem aus Arbeitskommandos abtransportiert werden. In einem Güterwagen wird er per Bahn mit vierzig Mitgefangenen nach Südfrankreich geschafft, bleibt dort in amerikanischem Gewahrsam. Im Februar 1946 jedoch übergibt die US-Army das Lager mit allen Insassen den Franzosen, die die Kriegsgefangenen zum Arbeitseinsatz in verschiedene Orte aufteilen. Im Frühjahr 1947 wird Hans Jonitz entlassen, am 19. April erhält er in Tuttlingen den Entlassungsschein und kehrt in ein ziviles Leben als kaufmännischer Angestellter zurück. Sein Schicksal steht für viele.¹

Am Ende des Zweiten Weltkriegs befanden sich mehr als 8 Millionen Deutsche als Kriegsgefangene in Gewahrsam der Siegermächte. Innerhalb eines Jahres waren zwar 5 Millionen entlassen, aber es waren auch zahlreiche Todesopfer zu beklagen, und es gibt eine ungeklärte – und mit Sicherheit nicht mehr zu klärende – Anzahl von Vermissten. Weit über eineinhalb Millionen solcher Schicksale von ehemaligen Wehrmachtangehörigen verzeichnen die Statistiken. 1950 sprach man von 1,3 Millionen Vermissten im Osten und 100.000 im Westen, der Suchdienst des Roten Kreuzes hat 1,086 Millionen deutsche Soldaten für tot erklärt.

Zur statistischen Dimension des Kriegsgefangenenproblems gehört auch die Verständigung der Alliierten darüber, dass ein Teil der deutschen Kriegsgefangenen zum Wiederaufbau und zur Wiedergutmachung angerichteten Schadens eingesetzt werden sollte. Aufgrund dieser Verabredung übergaben Amerikaner und Briten ca. eine Million Gefangene an Frankreich; die Sowjetunion überstellte 80.000 Deutsche an Polen. Jahrelang schufteten ehemalige Landser in Bergwerken und Holzfällerlagern, in Fabriken und beim Straßenbau in der Sowjetunion und in Frankreich, in Polen und Jugoslawien, benutzt als Arbeiterheer, das in der Regel gerade so gut behandelt wurde, wie notwendig war, die Arbeitskraft einigermaßen zu erhalten. Man benötigte die Arbeitsleistung und investierte so wenig als möglich in die Reste der Deutschen Wehrmacht, und schon gar keine Gefühle.

Den Bewachern galten sie als „boches“ oder als Nazis. Die Spuren der Verwüstung des Krieges und der deutschen Besatzung waren in Frankreich, in Polen, in der Sowjetunion überall noch sichtbar, die Wunden frisch. Was kümmerte da Hunger, Elend, Krankheit und Tod deutscher Kriegsgefangener? Mehr als drei Millionen sowjetischer Soldaten, die in Gefangenenlager der Deutschen Wehrmacht geraten waren, sind dort umgekommen, d. h., sie sind systematisch ermordet worden, nicht nur durch Hunger und planmäßige Vernachlässigung in jeder Hinsicht.² In bewusster Missachtung der Genfer Konventionen zum Schutz von Kriegsgefangenen wurden Soldaten der Roten Armee zur „Sonderbehandlung“ in Konzentrationslager eingewiesen, mit der Intention also, sie dort zu ermorden. Das ist zuerst im KZ Sachsenhausen geschehen, wo eine Genickschussanlage installiert war, in der die Opfer unter dem Vorwand, ihre Körpergröße würde gemessen, erschossen wurden, während aus dem Lautsprecher, zur Tarnung der Massensexekution, Schlager und Volksmusik tönnten. Auch im KZ Buchenwald wurde ein solcher Tötungsmechanismus eingerichtet und benutzt. Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen wurde in allen Konzentrationslagern verübt. In Dachau sind ab August 1941 mindestens 5.000 Kriegsgefangene auf dem Schießplatz Hebertshausen, wenige km vom KZ entfernt, ermordet worden. Im KZ Neuengamme vor den Toren Hamburgs wurden im Herbst 1942 Gefangene der Roten Armee mit Giftgas getötet, ebenso wie in Auschwitz, wo der Probelauf der ersten Gaskammer mit sowjetischen Kriegsgefangenen durchgeführt wurde.

Die mörderische Intention des NS-Regimes gegenüber Unerwünschten kam auch im Kommissarbefehl zum Ausdruck. Entgegen allem Völkerrecht hatte das Oberkommando der Wehrmacht am 6. Juni 1941 angeordnet, „politische Kommissare“ der Roten Armee sofort nach der Gefangennahme zu erschießen. Dem verbrecherischen Befehl sind neueren Forschungen zufolge etwa 8.000 Menschen zum Opfer gefallen.³ Weitere zehntausende Rotarmisten wurden nicht auf dem Schlachtfeld ermordet, sondern erst in Kriegsgefangenenlager gebracht, dann in ein KZ überstellt und exekutiert. Die Begründung lag in der Rason des Vernichtungskrieges, den das Regime gegen den Bolschewismus und gegen slawisches Volkstum führte. Ein Höhepunkt der Barbarei war die Tötung invalider sowjetischer Kriegsgefangener als „unnütze Esser“, die im KZ Stutthof bei Danzig im Juli 1944 geschah.⁴

Wehrmacht und Waffen-SS hatten bei der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen alle internationalen Konventionen mit Füßen getreten – aber das war längst verdrängt und vergessen, als man im besiegten Nachkriegsdeutschland das ungewisse Schicksal der in sowjetische Kriegsgefangenschaft Geratenen beklagte. Längst vergessen waren auch die „Imis“, die „Italienischen Militärinternierten“. Nach dem Frontwechsel Italiens wurde im Herbst 1943 den italienischen Soldaten in deutscher Hand der Status von Kriegsgefangenen und

damit der Schutz der Genfer Konvention verweigert. Ungefähr 600.000 Italiener waren damit deutscher Willkür ausgeliefert. Das Rote Kreuz konnte sich nicht um sie kümmern und sie wurden, zunächst nur Mannschaften und Unteroffiziere, dann auch Offiziere, als Zwangsarbeiter für die deutsche Rüstungswirtschaft rekrutiert. Teilweise wurden sie, in eigenen Lagern untergebracht, dort schlecht ernährt und medizinisch unzulänglich versorgt, noch elender behandelt als sowjetische Kriegsgefangene.⁵

Die Alliierten führten in der European Advisory Commission ab 1944 Debatten über den Status deutscher Kriegsgefangener. Zu den Überlegungen gehörte die „Verwöhnung“ gefangener Soldaten gegenüber der Zivilbevölkerung angesichts der nach der Genfer Konvention zu gewährenden Lebensmittelrationen. Eine Überlegung war auch der Transfer von Gefangenen von einer Gewahrsamsnation zu einer anderen, insbesondere von den USA zu Großbritannien und Frankreich. Denn die USA hatten kein Interesse an der Ausnützung der Arbeitskraft wie Frankreich, das die Arbeitsleistung deutscher Landsler als wichtige Kriegsbeute betrachtete. Um den Transfer zu ermöglichen und um sich nicht auf Entlassungstermine nach der Genfer Konvention festlegen zu lassen, wurden Wehrmachtssoldaten, die nach der deutschen Kapitulation in westalliierten Gewahrsam gerieten, als Disarmed Enemy Forces (DEF) bezeichnet. Das war ein völkerrechtswidriger juristischer Trick, der allerdings das Schicksal der deutschen Gefangenen nicht wesentlich beeinträchtigte. Einerseits haben die USA aufgrund der Statusminderung mehr als eine Million Gefangener an Frankreich zur Arbeitsleistung überstellt, andererseits konnte der Status DEF auch frühere Entlassung bedeuten.⁶

Am frühesten – beginnend Ende Juli 1945 – entließen die Amerikaner die deutschen Kriegsgefangenen, allerdings wurden viele von ihnen aufgrund interalliiert vereinbarter Vereinbarungen nach Frankreich und Großbritannien zum Arbeitseinsatz überstellt. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 wurde der Dezember 1948 als Endtermin für die Repatriierung der ehemaligen Soldaten der Deutschen Wehrmacht festgesetzt. Alle westlichen Gewahrsamsmächte, auch die Tschechoslowakei und Jugoslawien, hielten sich an diesen Beschluss, nicht jedoch die Sowjetunion und Polen. Für die Kriegsgefangenen, die erst 1949 und 1950 entlassen wurden, bürgerte sich der Begriff Spätheimkehrer ein; die noch länger Zurückgehaltenen hießen Spätestheimkehrer.

Während überall in der Bundesrepublik Kundgebungen der Trauer und des Protestes zu einem Gedenktag für die deutschen Kriegsgefangenen veranstaltet wurden, versammelten sich die Abgeordneten des Bundestags am Vormittag des 26. Oktober 1950 zu einer Sitzung – es war die 94., und sie dauerte ganze 12 Minuten –, „um Zeugnis abzulegen, dass das deutsche Volk jederzeit an die noch im Ausland befindlichen Kriegsgefangenen denkt“. Mit diesen Worten

kündigte Präsident Ehlers die Erklärung des Bundeskanzlers an, die mit dem Dank an die Vereinigten Staaten und Großbritannien für die Nachprüfung der Verurteilungen begann, woran die Bitte an Frankreich geknüpft war, die Verfahren gegen deutsche Soldaten zu Ende zu bringen, und, fein abgestuft, folgte „ein Wort der Anerkennung“ an Jugoslawien, das den größten Teil der Kriegsgefangenen heimgesandt hatte. „Entsetzlich aber“, fuhr Adenauer fort, sei „das Schicksal der Deutschen, der früheren Angehörigen der Wehrmacht, der verschleppten Männer, Frauen und Kinder, die in Sowjetrußland noch zurückgehalten werden“. Nach sorgfältiger Prüfung des Materials betrage deren Zahl mehrere hunderttausend. Namens der Bundesregierung appellierte Adenauer an die Weltöffentlichkeit: die UNO müsse eine Kommission in die Sowjetunion entsenden, die sich ein Bild über die Situation und das Schicksal der Verschleppten und Kriegsgefangenen machen müsse.

Den rhetorischen Höhepunkt, aber auch die Substanz der Erklärung – und in dieser Empfindung herrschte Übereinstimmung im ganzen Land – bildeten folgende Sätze: „Das Schreckliche ist, wie ich glaube, für jeden irgendwie menschlich Empfindenden, dass diese Zurückhaltung vorgenommen wird nicht etwa im Kriege, nicht etwa in der Erregung des Kampfes, nicht etwa in einem noch nicht abgeebbten Rachegefühl nach Abbruch des Krieges. Sie wissen, dass die bedingungslose Kapitulation im Mai 1945 erfolgt ist, und jetzt schreiben wir Oktober 1950. Das sind fünfeinhalb Jahre nach dieser bedingungslosen Kapitulation. Jede Entschuldigung für ein solches Verfahren fehlt. Es ist keine Gefährdung für die Sowjetunion und für Polen damit verbunden. Ich habe eben schon hervorgehoben, dass auch das vielleicht im ersten Jahre verständliche Gefühl der Erregung und der Rache jetzt nach fünfeinhalb Jahren nicht mehr bestehen kann und herrschen darf. Nein, meine Damen und Herren, es handelt sich hier um eine Maßnahme kalter Grausamkeit, durch die über vielleicht eine Million Deutsche in Sowjetrußland, aber über eine ganze Anzahl von Millionen der Angehörigen in Deutschland Schmerz und Kummer und Trostlosigkeit und Hoffnungslosigkeit verhängt ist. Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, ob in der Geschichte jemals mit einer solchen kalten Herzlosigkeit ein Verdikt des Elends und des Unglücks über Millionen von Menschen gefällt worden ist. Die Geschichte wird auch darüber einst zu richten haben.“⁴⁷ Es dauerte noch bis 1956 – das war das Jahr nach dem Besuch Adenauers in Moskau –, bis die letzten deutschen Kriegsgefangenen aus den Lagern in der Sowjetunion heimkehren durften.

Kriegsgefangene und ihre Angehörigen bildeten im ersten deutschen Nachkriegsjahrzehnt ein Problem, das heute eher in Vergessenheit geraten ist. Ganz abgesehen von den psychologischen Folgen der Gefangenschaft, die quantitativ nicht messbar sind (aber die Kinder, die ohne Väter aufwuchsen, spürten sie ebenso wie ihre Mütter), gehörten die Heimkehrer und Spätheimkehrer zu den sozialen Folgelasten des Krieges. Sie mussten in die Gesellschaft und den

Arbeitsprozess eingegliedert werden, je später sie kamen, mit desto größeren Schwierigkeiten.

Die Geschichtsschreibung hat sich des Massenschicksals der Kriegsgefangenen frühzeitig angenommen. Eine „Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte“, gegründet vom damaligen Bundesvertriebenenministerium in Konsultation mit dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, dem Evangelischen Hilfswerk für Kriegsgefangene und Internierte, dem Deutschen Caritas-Verband und dem Verband der Heimkehrer, nahm im Frühjahr 1958 die Arbeit auf. Die Maschke-Kommission, wie sie nach ihrem Leiter genannt wurde, war berufen worden, um das Schicksal der insgesamt etwa 11 bis 12 Millionen deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs zu dokumentieren. 1962, nachdem das umfangreiche Quellenmaterial aufbereitet worden war, wurden ursprüngliche Konzeption und Name des Unternehmens („Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs“) geändert. Man hatte sich entschlossen, anstelle der Ausbreitung dokumentarischen Materials (wie es in der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, die zunächst als Vorbild gedient hatte, betrieben wurde) den Stoff in monographischen, reich mit Quellenzitaten belegten Studien in sachthematischen Zusammenhängen zu verarbeiten. Als Quellen standen den Autoren der Kommission drei Kategorien von Material zur Verfügung. Erlebnisberichte und Aussagen von Heimkehrern aus den Lagern aller Gewahrsamstaaten sowie Tagebücher, Briefe und Gesprächsaufzeichnungen bilden die erste Quellengruppe. Dazu kamen die Unterlagen der Verbände, die Kriegsgefangene und Heimkehrer betreuten. Weiterhin sind Delegiertenberichte des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz über Lagerbesuche aus den Jahren 1944 bis 1948 benutzt worden; für die westlichen Länder kamen Berichte der YMCA (Young Men's Christian Association) über deren Kriegsgefangenenfürsorge hinzu. Wichtig waren ferner interne Materialien und Akten zum Kriegsgefangenenwesen der Gewahrsamsmächte Großbritannien, Kanada, Australien, USA, Frankreich und der Benelux-Länder.

Die Kommission arbeitete zwar unabhängig vom Auftraggeber, dem Bundesvertriebenenministerium, sie war aber hinsichtlich der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse an die Zustimmung des Auswärtigen Amtes gebunden. Bis 1961 hatte es ohnehin gedauert, bis sich die Auftraggeber entschließen konnten, die Forschungen überhaupt zu publizieren. Zwischen 1962 und 1974 sind dann insgesamt 22 Bände der Schriftenreihe „Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs“ erschienen, aber das Publikum bekam die Bücher nicht in die Hände. Seriös und gründlich sind, nach Gewahrsamsländern und Sachzusammenhängen gegliedert, alle Aspekte des Kriegsgefangenenwesens behandelt. Neun Bände sind der Gefangenschaft in der Sowjetunion gewidmet, darunter finden sich Themen wie Hunger, Arbeit, kulturelles Leben,

Straflager. Von Jugoslawien bis zu den Benelux-Ländern sind die kleineren Gewahrsamsstaaten behandelt, für Frankreich, Großbritannien und die USA gibt es sechs Bände. Dazu kommen zwei Beihefte mit Erlebnisberichten und eine abschließende Zusammenfassung.⁸

Gründliche Arbeit wurde also geleistet, aber sie ist bald ins Gerede gekommen. Schuld daran war in erster Linie die Ängstlichkeit der Auftraggeber. In den Bonner Amtsstuben fürchtete man negative Wirkungen auf die Außenpolitik – zuerst gegenüber den Staaten im Westen, dann für die neue Ostpolitik –, und man fand es diplomatisch und politisch klug, die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen zwar drucken zu lassen, gleichzeitig aber die Öffentlichkeit an der Kenntnisnahme zu hindern. Bis Anfang der 1970er Jahre waren die Bände „Nur für den Dienstgebrauch“ freigegeben. „Zwecks wissenschaftlicher Auswertung“ standen sie zwar auch in den großen Wissenschaftlichen Bibliotheken, aber sie durften zunächst nicht in den Katalogen erscheinen und der Zugang war erschwert.

Als der Haushaltsausschuss des Bundestags 1963 die Mittel für die Publikation genehmigte, beschloss er auch, um Provokationen des Auslands zu verhindern, dass jeder Band vom Auswärtigen Amt zu begutachten und freizugeben sei. In einer Fragestunde des Bundestags gab Außenminister Willy Brandt am 25. April 1969 Auskunft über den Stand der Dinge: „Nachdem die beiden ersten Bände vorlagen, entschieden sich jedoch die beteiligten Stellen mit Billigung des Auswärtigen Amtes, diese Bände zu veröffentlichen. Für die restlichen Bände kam das Auswärtige Amt zu dem Ergebnis, dass es einstweilen besser sei, über die ursprüngliche Zweckbestimmung nicht hinauszugehen. Dies sollte von vornherein, so meinte mein Amt, das Missverständnis ausschließen, mit einer massierten Publizierung des Materials werde eine politische Absicht verfolgt und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslandes provoziert. Dies hätte bei allen Beteiligten – oder bei vielen Beteiligten – alte Wunden aufreißen können und wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich gewesen.“⁹

Diese Geheimniskrämerei hat der Rezeption der Forschungsergebnisse der Kriegsgefangenenkommission geschadet. Immer wieder beschäftigten sich Sensationsjournalisten mit dem Thema und nährten den Argwohn, Dinge von monströsem Ausmaß seien vertuscht oder im Dunkeln gehalten worden. Das änderte sich auch nicht, als Ende 1972 die Kommissionsarbeit beendet war und als die 22 Bände uneingeschränkt öffentlich zur Verfügung standen. Wegen der unglücklichen Veröffentlichungspolitik drang die Tatsache nicht ins allgemeine Bewusstsein, dass sich die Historiker so frühzeitig und gründlich mit der Geschichte der Kriegsgefangenen beschäftigt haben.

Das Buch des kanadischen Autors James Bacque „Der geplante Tod“, in dem er die USA und insbesondere den Oberbefehlshaber Eisenhower beschuldigt,

absichtlich den Tod einer Million deutscher Kriegsgefangener herbeigeführt zu haben, erschien erstmals 1989. Es wurde auf Anhieb ein großer Erfolg. Es ist im Gestus des auftrumpfenden Enthüllungsjournalismus geschrieben, dessen Autor sich zum heroischen Wahrheitskürer in einer Welt von Feinden stilisiert. Das Buch wird seither immer wieder neu aufgelegt, wobei der Verlag das Seine dazu tut, damit die erweiterten Neuausgaben „mit Informationen aus dem KGB-Archiv“ und anschwellenden Vorbemerkungen sowie Epilogen Käufer finden. Die Epiloge dienen dem Verfasser zu populistischem Aufschrei („Sind die Deutschen in unseren Augen keine Menschen?“). Das kennt man von rechtsextremen Demagogen. Darauf beruht die Wirkung: Es werden patriotische Gefühle stimuliert, in wehleidigem Ton werden angebliche Verbrechen enthüllt, die deutsche Emotionen wegen vermeintlich unrechtmäßig erlittener Verfolgung aufrühren.

Nachträgliche Aktenfunde oder die Tatsache, dass die Quellenbasis in den 1950er und 1960er Jahren noch nicht optimal war, ändern nichts daran, dass der Komplex „Kriegsgefangenschaft“ wissenschaftlich gut bearbeitet wurde, dass weder hinsichtlich der gesamten Dimension noch der Details wesentliche Korrekturen erforderlich wären. Zweifellos wäre es aber vernünftiger gewesen, die Ergebnisse des amtlichen Dokumentationsprojekts „Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs“ nicht unter Verschluss zu halten. Dadurch wurde nicht nur die Tätigkeit der wissenschaftlichen Kommission von vornherein diskreditiert, sondern auch der Boden bereitet für Legenden.

Den besten Nährboden für verschwörungstheoretisch aufbereitete Mythen bildeten die Rheinwiesener Lager, die von der US-Army im April 1945 eingerichtet worden waren, als ihnen deutsche Landser in ganz unerwarteter großer Zahl in die Hände fielen. Die Wehrmacht befand sich, als die Amerikaner den Rhein erreichten, in Auflösung, hunderttausende kampfmüde Soldaten ergaben sich einer Armee, die logistisch auf sie nicht vorbereitet war.

Eine Schilderung hält die typische Erfahrung eines deutschen Soldaten fest: „Ich bin Jahrgang 1924 und als Angehöriger der 5. Fallschirmjäger Division am 20. April 1945 knapp drei Wochen vor der deutschen Kapitulation nach fluchtartigem Rückzug aus Frankreich im Harz bei Quedlinburg von Amerikanern gefangen genommen worden. Ein paar Tage später wurden wir Gefangenen in offenen belgischen Kohlenwaggons mit je etwa 60 Mann Schulter an Schulter stehend ohne Verpflegung, ohne Wasser und natürlich ohne Toiletten in rund 24 Stunden nach Bretzenheim bei Bad Kreuznach gekarrt und auf offener Strecke ausgeladen. Fast alle Männer hatten vom Stehen Wasser in den Beinen und konnten kaum noch gehen. Das Gefangenenerlager war ein vom Regen durchweichter nackter Acker, Stacheldraht umzäunt, ohne ein einziges Zelt oder gar Gebäude. Wir lagen auf dem schlammigen Ackerboden, Körper an Körper, weil nur je drei Mann eine Wolldecke hatten. Es gab ansonsten kein Trinkwasser

und keine Verpflegung. Die Latrine war eine mit einem Bulldozer ausgehobene, etwa von der Größe wie zwei Zimmer, große Grube, ohne Randbefestigung und ohne Sitzgelegenheiten. Wer in diese Grube fiel, ertrank in den Fäkalien. Wasser zum Waschen gab es nicht. Jeden Morgen gingen Sanitäter durch die endlosen Reihen der Liegenden und stießen diejenigen mit dem Fuß an, von denen sie glaubten, dass sie tot waren. Nach der ersten Nacht wurden angeblich 120 Tote deutsche Landsler gezählt. Nach Tagen gab es das erste Trinkwasser und dann später die erste ‚Verpflegung‘: etwa 50 Mann ein Weißbrot und für jeden je einen Teelöffel Kaffeepulver, Eipulver, Milchpulver und Zucker. In diesem Lager bin ich bis zu meiner offiziellen Entlassung am 12. Juni 1945 geblieben.“¹⁰

Die Verzagtheit der deutschen Politiker, die den öffentlichen Umgang mit dem Schicksal deutscher Kriegsgefangener im Gewahrsam der Westalliierten, die jetzt Schutzmächte und Verbündete gegen die Sowjetunion geworden waren, scheuten, machte das Thema in den 1950er und 1960er Jahren tabu. Die Zurückhaltung der Historiker trug weiter dazu bei, dass in den 1980er Jahren die Mythenbildung den Zenit erreichte mit Büchern weit rechts stehender Autoren, die wie der US-amerikanische Völkerrechtler de Zayas¹¹ und seine Epigonen davon überzeugt sind, dass Deutschland 1945 großes Unrecht geschah und dass sich die Alliierten vieler Verbrechen gegen die Deutschen schuldig gemacht hätten.¹²

Das größte Aufsehen erregte die monströse Spekulation des kanadischen Journalisten Bacque, die in der These gipfelt, Amerikaner und Franzosen hätten nicht nur fahrlässig, sondern in bewusster Racheabsicht eine Million deutscher Kriegsgefangener umgebracht und die Deutschen – Historiker wie Politiker – hätten der Westallianz zuliebe den Mantel des Schweigens darübergebreitet.¹³ Die Hauptschuld weist Bacque dem damaligen Oberkommandierenden Eisenhower zu, den er zum deutschenhassenden Kriegsverbrecher stilisiert. Die Methode des Buches ist Spekulation, gestützt auf Aktensplitter und „Kronzeugen“, gipfelnd in unbeweisbaren Hochrechnungen. Die Behauptung, Lebensmittel hätten 1945/46 reichlich zur Verfügung gestanden, ist ebenso abstrus wie die Annahme, ein oder zwei Wochen Gefangenschaft seien ausreichend gewesen, um die Identifizierung von Kriegsverbrechern erfolgreich in Gang zu bringen.

Ein in vieler Beziehung fahrlässig, in schwitzendem Enthüllungseifer geschriebenes Buch, in dem Personen, Autoren und Behörden Unsachlichkeit oder Verschlagenheit vorgeworfen wird, das mit pauschalen Verschwörungsmymen arbeitet und unablässige Wiederholung als Hauptelement der Beweisführung einsetzt. Auf der rechten Szene wird das Buch vom angeblich geplanten Tod als „Beweis“ für die bösen Absichten der Alliierten gegenüber Deutschland benutzt und als Beleg für die Verschwörung der Politiker, Medien, Historiker gegen die gerechte Sache der deutschen Nation angeführt.

Bezeichnenderweise haben seriöse Arbeiten weniger Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden als das fahrlässige Sensationsstück des Kanadiers, wie z. B. die Studie von Arthur L. Smith über die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen und ihre Wiedereingliederung in die deutsche Gesellschaft¹⁴ und, vor allem, die Arbeiten von Rüdiger Overmans.

Der amerikanische Historiker Arthur L. Smith hat sich in einer kompetenten Studie auch mit den Phantasien Bacques auseinandergesetzt.¹⁵ Sein Urteil über die leichtfertige Bedienung der Sensationslust und/oder rechtsextremer Emotionen des Publikums ist, auf gute Argumente gestützt, vernichtend. Aber er sagt auch unmissverständlich, dass die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in den Rheinwiesenlagern Unrecht war. Er nennt sie ein „schändliches Kapitel in der Geschichte der Kriegsgefangenen“¹⁶ und kommt zum abschließenden Urteil: „Das Handeln jener Amerikaner, die in den Rheinlagern für den Hunger und die schlechte Behandlung der Gefangenen verantwortlich waren, ist keineswegs mit dem Argument zu erklären, das sei eine Folge des Krieges gewesen. Denn nicht alle deutschen Soldaten mussten leiden, die in amerikanische Gefangenschaft gerieten. Es war ein Kriegsverbrechen und sollte als solches in den Annalen festgehalten werden, doch darf die Schuld nicht allein den amerikanischen Soldaten vor Ort aufgebürdet werden, denn ihre Kommandeure und die Vertreter der Regierung, die nicht für Abhilfe sorgten, sind durchaus mitschuldig.“¹⁷

¹ Vgl. Wolfgang Benz/Angelika Schardt (Hrsg.), *Kriegsgefangenschaft. Berichte über das Leben in Gefangenenlagern der Alliierten* von Otto Engelbert, Hans Jonitz, Kurt Glaser und Heinz Pust, München 1991.

² Vgl. Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941 – 1945*, Stuttgart 1978.

³ Felix Römer, *Der Kommissarbefehl: Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42*, Paderborn 2008.

⁴ Willi Dreßen, *Konzentrationslager als Tötungs- und Hinrichtungsstätten für Oppositionelle, Behinderte, Kriegsgefangene*, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 1*, München 2005, S. 230 – 241.

⁵ Gabriele Hammermann, *Zwangsarbeit für den „Verbündeten“. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der italienischen Militärinternierten in Deutschland 1943 – 1945*, Tübingen 2002.

⁶ Arthur L. Smith, *Die „vermißte Million“. Zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1992, S. 17f.

⁷ Deutscher Bundestag, 26.10.1950, Sten. Ber., S. 3495f.

⁸ Vgl. die Übersicht über das Gesamtwerk im Abschlußband: Erich Maschke u. a., *Die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs. Eine Zusammenfassung*, München 1974.

⁹ Deutscher Bundestag, 25.4.1969, Sten. Ber., S. 12629

¹⁰ <http://www.de-it-media.info/html/kriegsgefangen.html>.

¹¹ Alfred-Maurice de Zayas, *Nemesis von Potsdam*, München 1977.

¹² Vgl. Erich Kern und Karl Balzer, *Alliierte Verbrechen an Deutschen. Die verschwiegenen Opfer, Preußisch Oldendorf 1980*; Heinz Nawratil, *Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten*, München, Berlin 1987.

¹³ James Bacque, *Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945 – 1946*, Frankfurt a. M. 1989.

¹⁴ Arthur L. Smith, *Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen*, Stuttgart 1985; s. a. Winfried Becker, *Die Brücke und die Gefangenenlager von Remagen. Über die Interdependenz eines Massenschicksals im Jahre 1945*, in: ders. (Hrsg.), *Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland*, Köln 1987, S. 45 – 71; Peter Steinbach, *Zur Sozialgeschichte der deutschen Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg und in der Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland: Ein Beitrag zum Problem historischer Kontinuität*, in: *Zeitgeschichte* 17 (1989), H. 1, S. 1 – 18.

¹⁵ Arthur L. Smith, *die „vermißte Million“*. Zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992.

¹⁶ Ebenda, S. 49.

¹⁷ Ebenda, S. 86.

Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam – aktuelle Forschungsergebnisse

Obwohl zu den sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam seit mehr als 30 Jahren intensiv geforscht wird, ist eine der wichtigsten Fragen, nämlich die nach der Zahl sowohl der in deutsche Hände geratenen als auch der darin umgekommenen sowjetischen Soldaten, nach wie vor unbeantwortet. Auf deutscher Seite liegen die Zahlen zwischen 5,73 Millionen Personen, von denen etwa 3,3 Millionen umgekommen seien (Christian Streit), und rund 5,34 Millionen Rotarmisten, von denen 2,5 Millionen nicht überlebt hätten (Alfred Streim), eine Differenz von immerhin 390.000, bei den Verstorbenen beträgt sie sogar 800.000. Noch weiter auseinandergehend sind die Angaben in der postsowjetischen Literatur.

Grund für die gravierenden Unterschiede sind Definitionsprobleme¹ – wer ist überhaupt ein Kriegsgefangener – sowie eine äußerst fragmentarische und widersprüchliche Quellenlage. In den zur Verfügung stehenden Wehrmachtsquellen aus der Schlussphase des Krieges – Stand Februar 1945 – liegen z. B. die Angaben über die Gesamtzahl der Gefangenen zwischen 5,245 und 5,743 Millionen – ein Unterschied von fast einer halben Million². In einer Aufstellung über den Verbleib der sowjetischen Kriegsgefangenen nach dem Stand vom 1. Mai 1944 ist u. a. die Rede von 3.117.449 Abgaben vom OKH- an den OKW-Bereich, wo jedoch nur 2.836.639 Personen als Zugang aufgeführt werden. Die Differenz von 280.810 Personen wird mit „Abgängen beim Transport, Zählfehlern u. dergl.“ begründet.

Kriegsgefangener ist für die Verwaltung der Gewahrsamsmacht allerdings letztlich immer nur derjenige, der als solcher individuell förmlich erfasst und gemeldet wird, während eine rein numerische Statistik der an der Front gefangenen Genommenen naturgemäß viele als Kriegsgefangene bezeichnete Personen enthält, die diesen formellen Status nie erreichen werden, sei es, weil sie vorher sterben oder ihnen die Flucht gelingt, sei es, dass man sie entlässt oder freiwillig bzw. unter Zwang als Hilfskräfte für die eigene Truppe rekrutiert. Insofern ist die Zahl der während einer kriegerischen Auseinandersetzung in Gefangenschaft Geratenen grundsätzlich höher als die der offiziell jemals als Gefangene registrierten. Im Fall der sowjetischen Soldaten in deutschem Gewahrsam wird erstere sich nur annähernd bestimmen lassen, weil für die Nichtregistrierten in nahezu allen Fällen Einzelnachweise fehlen, anhand derer sich ihr weiteres Schicksal rekonstruieren ließe. Sie bleiben daher rein statistische Größen. Dagegen lässt sich die Zahl der erfassten Gefangenen eindeutig bestimmen, wenn die entsprechenden personenbezogenen Dokumente erhalten geblieben sind, wie im Folgenden gezeigt werden soll.³

Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam

Nach einem Gefecht ging es zunächst darum, möglichst schnell einen Überblick über die feindlichen Soldaten zu erhalten. Deswegen waren die Kampfverbände verpflichtet, den vorgesetzten Dienststellen täglich die Zahl der Gefangennahmen mitzuteilen, je nach Größenordnung und Situation entweder als „gezählt“ oder lediglich „geschätzt“. Im Fall der Rotarmisten war die Meldung zusätzlich noch zu unterteilen nach den Nationalitäten des Vielvölkerstaates Sowjetunion. Derartige Meldungen, die nachvollziehbarerweise Fehler und Widersprüche zuhauf enthalten, sind in großer Zahl erhalten geblieben. Sie unterscheiden sich allerdings erheblich von den statistischen Angaben der Durchgangslager (Dulag) im Hinterland der Front, in die die Kriegsgefangenen zunächst gebracht wurden, denn die Fußmärsche und Zugtransporte dorthin forderten schon im August 1941 große Opfer. Auch die Zahl der Fluchtfälle ist größtenteils nicht zu unterschätzen.

Nach den vorhandenen Vorschriften sollten die Verwaltungen der Dulags die ersten Namenslisten zusammenstellen⁴. Hinsichtlich der sowjetischen Gefangenen jedoch teilte der Befehlshaber des Rückwärtigen Heeresgebietes Süd am 21. Juli 1941 mit, dass im Dulag zunächst „keinerlei namentliche Erfassung“ erfolgen solle, auch Aufnahme- und Weiterleitungslisten seien nicht zu führen. Eine gewisse Anzahl von Kriegsgefangenen müsse jedoch zum Arbeitseinsatz „in den Dulags zurückbehalten werden“. Es war demnach vom Zufall abhängig, ob und wann in der Operationszone des Heeres ein Soldat der Roten Armee nach der Gefangennahme als Individuum aktenkundig wurde.



Wehrkreiskarte Sommer 1941.

aus: Otto, Reinhard, *Das Stalag 326 (VI K) Senne. Ein Kriegsgefangenenlager in Westfalen*, Münster 2000, S. 11.

Reinhard Otto

Nach Westen schloss sich der sog. OKW-Bereich an, der das Deutsche Reich und die besetzten Gebiete umfasste. Die Dienstanweisungen der Wehrmacht sahen vor, dass die endgültige Registrierung der einzelnen Gefangenen, die auch als Erfassung bezeichnet wurde, ausschließlich in den dortigen Mannschafsstammlagern (Stalags) und Offiziers-Stammlagern (Oflags) erfolgen sollte⁵.

Alle Neuankömmlinge wurden „entsprechend ihrer Einlieferung, von eins beginnend, laufend durchnummeriert“ und erhielten Erkennungsmarken, die mit der Bezeichnung des Lagers und, beginnend bei eins, der jeweiligen individuellen Registrierungsnummer versehen waren⁶. Diese Marke hatte der Gefangene ständig an einer Schnur um den Hals zu tragen. Im Todesfall verblieb die obere Hälfte bei der Leiche, während die untere Hälfte zusammen mit den Personalunterlagen nach Berlin an die „Wehrmachtauskunftsstelle für Kriegerverluste und Kriegsgefangene“ (WASt) eingeschickt wurde.



Teil einer bei der Registrierung im Stalag 326 VI K ausgegebenen Erkennungsmarke.

Quelle: *Deutsche Dienststelle Ref. III/A, Berlin*

geben sowie die eigenen Verluste dokumentieren zu können. Das Pendant zur Erkennungsmarke eines Gefangenen war in der Lagerverwaltung die zeitgleich erstellte, mit Foto und/oder Fingerabdruck versehene Personalkarte I, in die neben Angaben zur Person auch Versetzungen in andere Lager, Lazarettaufenthalte und Arbeitskommandos eingetragen wurden. Sie begleitete ihn während der gesamten Zeit seiner Gefangenschaft⁷.

Maßgebliches Identifizierungsmerkmal für die Kriegsgefangenenverwaltung der Wehrmacht aber war die Erkennungsmarkennummer des jeweiligen Gefangenen, deren Bedeutung sich nicht zuletzt darin zeigt, dass sie als Einordnungskriterium für die Lagerkartei diene.

Die wichtigsten Angaben zu den Gefangenen gingen unmittelbar nach der Registrierung in Listenform oder auch als Einzelmeldungen der WASt zu, die somit, wenn auch mit einer gewissen Zeitverzögerung, einen genauen Überblick sowohl über die Zahl der Gefangenen in den einzelnen Lagern als auch über den Gesamtbestand an Gefangenen hatte. Die Registrierung erfolgte prinzipiell nur einmal; ein Gefangener behielt somit seine Nummer während der gesamten

Die WASt war im August 1939 im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) u. a. deshalb eingerichtet worden, um in Erfüllung des Artikels 77 der Genfer Konvention von 1929 den gegnerischen Staaten jederzeit über die in deutschem Gewahrsam befindlichen Kriegsgefangenen Auskunft

Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam

Die Personalkarte I enthält alle wesentlichen Angaben der Kriegsgefangenen.

Quelle: obd-memorial.ru

wurden. Die offizielle Aufnahme der personenbezogenen Daten eines Kriegsgefangenen war somit der Beginn eines komplexen administrativen Vorgangs, der seinen Abschluss entweder mit dem Kriegsende bzw. vorzeitig durch Tod, erfolgreiche Flucht oder Entlassung aus der Gefangenschaft fand.⁸

Jede Nummer war demzufolge nur einmal besetzt. Die höchste von einem Lager vergebene Erkennungsmarke ist somit gleichbedeutend mit der Gesamtzahl der in diesem Lager Erfassten, und eine Addition sämtlicher von den einzelnen Lagern vergebenen Markennummern müsste die Summe aller im Deutschen Reich registrierten Kriegsgefangenen ergeben.

Die Tatsache, dass der nationalsozialistische Krieg gegen die Sowjetunion als Eroberungs- und Vernichtungskrieg geführt wurde, in dem die zu erwartenden Gefangenen nicht nach den völkerrechtlich üblichen Maßstäben behandelt werden sollten, führte zwar zu einigen organisatorischen Besonderheiten im Kriegsgefangenenwesen, jedoch zu keiner grundsätzlichen Änderung des Verfahrens.

Zeit der Gefangenschaft, auch bei Versetzungen in andere Lager. Folgerichtig durfte eine einmal ausgegebene Nummer nicht wieder vergeben werden, selbst dann nicht, wenn ihr Inhaber verstorben war. Ging eine Erkennungsmarke verloren, war das der WAST mitzuteilen; sollte sie wiedergefunden werden, war sie einzuziehen und so zu vernichten, dass sie nicht mehr verwendet werden konnte. In vergleichbarer Weise verfuhr man bei wiederergriffenen Flüchtlingen, die, wenn sie nicht mehr im Besitz ihrer Marke waren, neu registriert wurden.

Jedes Lager führte ein eigenes Verzeichnis über die ausgegebenen Marken, in das als erstes die Nummer, dann Name und Vorname, Angaben zu Familie und Wohnort sowie in der letzten Spalte der weitere Verbleib des Betreffenden eingetragen

Im Deutschen Reich wurden spezielle, auch anders bezeichnete „Russenslager“ eingerichtet, die ausschließlich für Angehörige der Roten Armee vorgesehen waren, weil diese auch nach ihrer Gefangennahme in ideologischer Hinsicht noch als so gefährlich galten, dass man sie von den übrigen Gefangenen und der deutschen Bevölkerung glaubte strikt abtrennen zu müssen. Nichtsowjetische Gefangene durften zu solchen Lagern weder versetzt noch dort neu registriert werden. Das galt auch umgekehrt.

Gleichwohl handelte es sich bei ihnen um reguläre Kriegsgefangenenlager, in denen dieselben Vorschriften galten wie in allen anderen, und das hieß vor allem, dass die Neueintreffenden nach ihrer Ankunft erfasst wurden und sowohl eine Personalkarte als auch eine Erkennungsmarke erhielten⁹. Sie begannen somit vorschriftsmäßig bei eins zu zählen und nummerierten dann fortlaufend weiter. Die höchste nachweisbare Zahl einer von einem „Russenslager“ ausgegebenen Erkennungsmarke muss demnach die Mindestzahl der dort erfassten Personen wiedergeben.

Untersucht man daraufhin die vorliegenden Quellen¹⁰, so lassen sich für die „Russenslager“ sehr leicht die Mindestzahlen der Registrierten feststellen: Es sind 751.602; soweit eine Parallelüberlieferung erhalten ist, zeigt sich, dass die für die jeweiligen Lager ermittelten Zahlen sehr dicht an den Höchstzahlen liegen dürften. Im Stalag 326 Senne z. B., für den WK XII Wiesbaden von großer Bedeutung, wurde als eine der bislang höchsten bekannten Nummern die 179.329 ausgegeben und zwar an den Unterleutnant Aleksandr Grochalskij, der erst am 12.2.1945 in Gefangenschaft geraten war. Im gesamten Februar 1945 fielen nur noch 8.222 sowjetische Soldaten in deutsche Hände.¹¹ Die Tatsache, dass er von Schlesien überhaupt noch hat bis zur Senne transportiert werden können, ist schon an sich erstaunlich. Insofern kann man im Fall des Stalag 326 Senne von maximal 180.000 Registrierten ausgehen.

Das Prinzip der gesonderten Unterbringung in speziellen „Russenslagern“ wurde allerdings schon kurz nach dem Eintreffen der ersten Transporte zunächst an einigen Orten, bald aber überall im Reich aufgegeben. Schon im Juli 1941 gelangten gefangene sowjetische Soldaten z. B. ins Emsland in die seit 1939 bestehenden Stalags VI B Neu Versen und VI C Bathorn, zunächst auf dem Umweg über das „Russenslager“ im Wehrkreis VI, das Stalag 326 (VI K) Senne, bald aber auch unmittelbar von der Front. Im Wehrkreis IV nahm das Stalag IV B Mühlberg (Elbe) für die eintreffenden Rotarmisten ab Ende Juli zunehmend den Charakter eines Aufnahme- und Verteilerlagers zusätzlich zu dem eigentlichen „Russenslager“ Stalag 304 (IV H) Zeithain an. Mühlberg wie auch Neu Versen und Bathorn fungierten gleichsam als „Ersatz-Russenslager“, weil die eigentlich für diesen Zweck vorgesehenen Einheiten auf Grund unzureichender Ausstattung und organisatorischer Mängel ihre Aufgabe nur unvollkommen erfüllen konnten. Dazu

Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam

gehörte in erster Linie die karteimäßige Erfassung der vielen Gefangenen, die, weil sie in der Senne und in Zeithain nicht geleistet werden konnte, wenig später im Emsland bzw. in Mühlberg erfolgte. Bereits Mitte August 1941 befanden sich z. B. in den Stalags Neu Versen und Bathorn zusammen bereits mehr sowjetische Gefangene als in dem eigentlichen „Russenslager“ im WK VI, dem Stalag 326 (VI K) Senne. Kurz darauf begannen, im Widerspruch zur im Sommer 1941 geltenden Befehlslage, auch weitere mit Kriegsgefangenen verschiedener Nationalitäten belegte Stalags sowjetische Kriegsgefangene zu registrieren.

Es stellt sich die Frage, wie sich die Zahl der in diesen Stalags an sowjetische Gefangene vergebenen Erkennungsmarken bestimmen läßt. Untersuchungen zu einzelnen Lagern zeigen, dass für die verschiedenen Nationalitäten bestimmte Nummernblöcke verwendet wurden, chronologisch, also in der Reihenfolge des Eintreffens, beginnend mit Polen und Franzosen, es folgen Serben, Sowjets und Italiener. Wendet man das Verfahren auf die anderen Kriegsgefangenenlager an, so ist das Prinzip eindeutig zuzuordnender Nummernblöcke für sowjetische Kriegsgefangene überall zu erkennen: Hat man genügend Nummern, kann man die Spannweite des Blockes ermessen, seine Eckdaten lassen sich durch von anderen Nationalitäten her bekannte Zahlen weiter eingrenzen. Häufiger sind es sogar mehrere Blöcke, wie man am WK XII Wiesbaden erkennen kann.

Blöcke von Erkennungsmarkennummern sowjetischer Kriegsgefangener im Wehrkreis XII Wiesbaden

XII Wiesbaden	XII A Limburg/Lahn	60204 – 65479 69535 – 69981 25005 – 27394	5276 447 2390
	XII D Trier	23032 – 23657	626
	XII F Bolchen/Forbach	6053 – 14626 18708 – 22557	8574 3850

Die in diesem Fall geringe Zahl von etwa 20.000 hier erfassten Personen rührt daher, dass die meisten Gefangenen zuvor schon in Lagern anderer Wehrkreise registriert worden waren und daher ihre Nummer und Personalkarte mitbrachten.

Bezieht man die Lager von Luftwaffe und Marine mit ein, haben die „Nicht-Russenslager“ etwa ebenso viele Rotarmisten erfasst wie die „Russenslager“ selbst, nämlich rund 750.000, d. h., dass allein im Deutschen Reich selbst etwa 1,5 Millionen sowjetische Soldaten als Kriegsgefangene mit Erkennungsmarke und Personalkarte ausgestattet worden sind.

Nun ist das Prinzip, jeden Gefangenen tatsächlich nur einmal zu registrieren, nicht ganz so konsequent angewandt worden wie dargestellt. Es gab Doppelregistrierungen von einzelnen Gefangenen und größeren Gruppen, doch lassen sich diese nach dem derzeitigen Kenntnisstand auf wenige, als Ausnahmen anzusehende Fälle und zahlenmäßig nicht gravierend eingrenzen. Das gilt ebenso für die Zuteilung neuer Erkennungsmarken bei Verlust der alten oder in den Fällen, in denen geflohene Gefangene, wenn sie ohne Erkennungsmarke wieder aufgegriffen wurden und somit zumeist nicht eindeutig zu identifizieren waren, eine neue Nummer erhielten. Dies wurde auf der neuen Personalkarte ausdrücklich vermerkt. Die Durchsicht einiger Tausend Karteikarten zeigt allerdings, dass der überwiegende Teil der Flüchtigen nach wenigen Tagen gefasst und als durch die Erkennungsmarke oder aber, wenn sie diese weggeworfen hatten, durch das Lichtbild oder den Fingerabdruck eindeutig zu identifizierende Personen zumeist dem alten Lager wieder zugeführt wurde. Die auf den Karten enthaltenen Vermerke über Arreststrafen oder Abgabe an die Gestapo sind ein eindeutiger Beleg dafür. Die Zahl der Neuregistrierungen wiederergriffener sowjetischer Kriegsgefangener lässt sich zwar nicht quantifizieren, dürfte aber in Deutschland für die gesamte Kriegszeit in niedriger fünfstelliger Größenordnung anzusetzen sein.

In ähnlicher Art und Weise lässt sich bestimmen, wie viel Rotarmisten in den Lagern des OKW-Bereiches außerhalb Deutschlands registriert worden sind; es betrifft Skandinavien, das Generalgouvernement und die besetzten Ostgebiete. Bei den beiden Letzteren kommen Doppelregistrierungen relativ häufig vor; feste Nummern scheinen häufiger erst in dem Moment vergeben worden zu sein, in dem ein Abtransport zum Arbeitseinsatz im Deutschen Reich bevorstand. Insofern scheint es angebracht, die hier ermittelten Zahlen zu reduzieren; uns schienen 25 % angebracht zu sein. Damit ergibt sich der Zahlenstand, den die folgende Übersicht wiedergibt:

Mindestzahl der im OKW-Bereich registrierten sowjetischen Kriegsgefangenen

Bereich		Vergebene Nummern	Reduzierter, gerundeter Wert wegen der Doppelregistrierungen
Deutsches Reich	„Russenslager“	751602	1473000
	andere Lager	748207	
Generalgouvernement		528312	396000
Reichskommissariate	Ostland	529302	397000
	Ukraine	587065	440000
Skandinavien		25112	25000
Insgesamt			2731000

Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam

Damit sind nachweislich mindestens 2,731 Millionen sowjetische Kriegsgefangene im OKW-Bereich erfasst und an die WAsT gemeldet worden. Das Ergebnis liegt erstaunlich nahe an einer Angabe des OKW vom Mai 1944, nach der bis dahin 2.836.639 sowjetische Gefangene in dessen Zuständigkeitsbereich gelangt waren. Diese Zahl dürfte bis Kriegsende noch auf 2,9 bis 3 Millionen angestiegen sein. Damit lassen sich also zu etwa der Hälfte der sowjetischen Kriegsgefangenen, also denjenigen, die in den OKW-Bereich gelangt sind, genaue Angaben machen – wenn die personalbezogenen Dokumente erhalten geblieben sind. Das bedeutet allerdings auf der anderen Seite, dass das bei der anderen Hälfte eben nicht möglich ist, hier müssten sich jedoch, freilich mit erheblichem Aufwand, u. a. einem Vergleich sowjetischer und deutscher Quellen, zumindest präzisere statistische Angaben als bisher machen lassen können. Eine genaue Gesamtzahl wird sich also nie ermitteln lassen.

Abgesehen von einer Annäherung an die Gesamtzahl der sowjetischen Kriegsgefangenen ermöglicht das Wissen um die Praxis der Erkennungsmarkenvergabe noch ganz andere Erkenntnisse hinsichtlich kriegsgefangener feindlicher Soldaten. Es geht um die Wege und Schicksale ganzer Gruppen, Verteilungsmechanismen, Organisationsstrukturen – das Potential ist bisher kaum erkannt, geschweige denn genutzt worden, wie an zwei Beispielen aus dem WK XII Wiesbaden, zu dem Osthofen gehörte, gezeigt werden soll.

Im Stalag 326 Senne waren bis Ende Juli 1941 fünf oder sechs Transporte mit zusammen 12.000 Kriegsgefangenen eingetroffen und registriert worden. Ursprünglich sollten sie in Ostwestfalen, abgeschieden von der zivilen Welt, aber auch von den Gefangenen anderer Nationen, zur Arbeit eingesetzt werden. Der Arbeitskräftebedarf war jedoch allerorten so groß, dass ein großer Teil von ihnen binnen weniger Wochen nicht nur Richtung Ruhrgebiet, sondern auch in andere Wehrkreise weitertransportiert wurde. So kamen am 12. August mindestens 2.000 sowjetische Soldaten in den WK V Stuttgart und wurden auf die Stammlager Ludwigsburg, Villingen und Offenburg verteilt; die meisten von ihnen besaßen Kennnummern zwischen 6000 und 9000.

Eine Woche später, am 18. August, ging ein weiterer Transport ab, dieses Mal in den WK XII Wiesbaden in das Stalag XII A Limburg/Lahn, von dem aus der gesamte sog. Russeneinsatz in diesem Wehrkreis gesteuert werden sollte. Im Widerspruch dazu wurden die Rotarmisten aber sehr schnell auf die Stammlager in Frankenthal, Trier und Bolchen weiterverteilt. Der Befehl hatte gelaftet, etwa 1.500 Männer nach Limburg zu schicken; dafür genommen wurden zuerst diejenigen, die kurz zuvor gekommen waren, denn über ihren Einsatz war noch nicht verfügt worden. Da das zahlenmäßig nicht ausreichte, weil nicht nur der WK XII Bedarf angemeldet hatte, griff man überdies auf solche Gefangenen zurück, die schon früher angekommen waren. Daher kommen hier schwerpunkt-

mäßig Nummern zwischen 9.000 und 11.000 vor, doch gibt es, ebenso wie eine Woche zuvor, natürlich auch erheblich niedrigere Nummern.

Zumindest den historisch Interessierten im Südwesten Deutschlands ist bekannt, dass Mitte Oktober 1941 etwa 60 bis 70 als Kommissare deklarierte sowjetische Kriegsgefangene in das SS-Sonderlager Hinzert kamen und dort exekutiert wurden. Die diesbezüglichen Einzelheiten – Tarnmaßnahmen, Ermordung durch Zyankalispritzen – sind 1961 in einem Gerichtsverfahren ausführlich untersucht worden, wobei das Verfahren mit einem Freispruch für die beiden Beschuldigten endete.¹² Im Urteil von 1961 heißt es, Lagerkommandant Pister habe in Hinzert vor ausgewähltem Personal erklärt, 40 russische politische Kommissare würden am Abend ins Häftlingslager überführt. „Sie seien durch die ‚Wehrmacht‘ verurteilt, die ‚Exekution‘ solle jedoch in Hinzert stattfinden. Zu diesem Zwecke seien die Kommissare in Baumholder von der Wehrmacht der SS übergeben worden.“¹³ Über die Opfer war lediglich bekannt, dass sie aus einem Lager auf dem Truppenübungsplatz Baumholder gekommen waren.

Für 17 von ihnen, also für rund 1/4, liegen inzwischen Personalunterlagen vor, aus denen zwar die Abgabe nach Hinzert selbst nicht ersichtlich ist, doch geht das aus dem Zusammenhang eindeutig hervor. Alle waren im Stalag 326 Senne in Ostwestfalen registriert worden, 14 von ihnen besaßen eine Nummer zwischen 9.166 und 9.720, zwei waren niedriger (6862 und 8050), eine höher (11500). Sie waren in der zweiten Julihälfte in der Senne eingetroffen, wo sie am 25. dieses Monats ihre erste Impfung erhielten. Am 18. August wurden sie dem Stalag XII A Limburg überstellt, kurz darauf in die Lager XII D Trier und XII F Bolchen weitergeleitet und spätestens ab dem 9. Oktober in dem abgeschiedenen Arbeitskommando Aulenbach auf dem Truppenübungsplatz Baumholder eingesetzt.

Diese Männer waren allerdings so schnell von der Senne nach Limburg weiterversetzt worden, dass sie überhaupt nicht mehr auf ihre weltanschauliche „Verträglichkeit“ hin hatten überprüft werden können. Das aber hatten OKW und Reichssicherheitshauptamt eigentlich vorgeschrieben: Nach Maßgabe der Einsatzbefehle Nr. 8 und 9 vom 17. bzw. 21. Juli 1941 sollten Kommissare, Juden, Intelligenzler und andere, aus NS-Sicht gefährliche Kriegsgefangene überhaupt nicht in den Arbeitseinsatz kommen, sondern zuvor in den sogenannten Russenlagern von Polizei- und SS-Einsatzkommandos ausgesondert und im nächsten Konzentrationslager exekutiert werden. In der Senne und in einigen anderen Lagern waren jedoch zum einen die organisatorischen Voraussetzungen dafür längst noch nicht gegeben, zum anderen erfolgte der Arbeitseinsatz auf Grund des Arbeitskräftemangels überall so zügig, dass die Einsatzkommandos viel zu spät in diese Lager kamen und deshalb andere Gestapostellen mit den Aussonderungen beauftragt werden mussten. Das geschah in diesem Fall consequen-

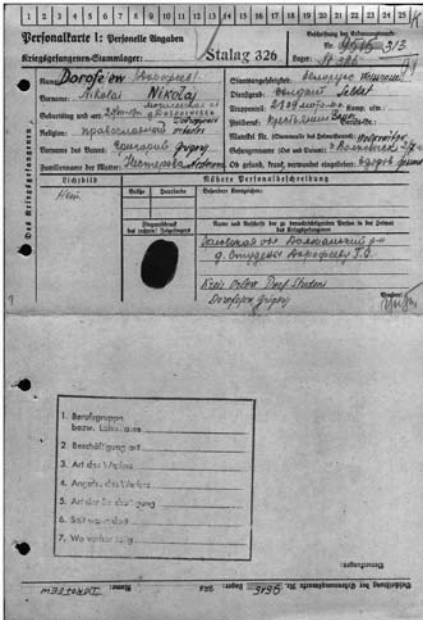
Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam

terweise in Limburg, wo ein Einsatzkommando aus Frankfurt ausweislich der erhaltenen Reisekostenabrechnungen zumindest am 10., 17., 23. und 31. Oktober, also wöchentlich, und noch einmal am 27. November selektierte und die Herausgesuchten in die Genickschußanlage des KZs Buchenwald transportierte.

Die nach Aulenbach Gebrachten waren durch ihre frühe Weiterleitung jedoch auch durch dieses Raster gefallen; ihre Überprüfung musste nun wiederum eine andere Gestapostelle, vermutlich diejenige in Trier, vornehmen. Diese schickte einige Beamte nach Aulenbach, die die Gefangenen zu ihrem Werdegang und ihrer politischen Einstellung befragten; etwa 60 bis 70 wurden als „untragbar“ ausgesondert. Für den 16. Oktober ist auf jeder Personalkarte notiert „abgeholt Gestapo“. Zuvor waren sie aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden.

Dafür, dass es sich so verhalten hat, sprechen parallele Quellen. 1941 lag die Arbeitskommandogröße auf den verschiedenen Truppenübungsplätzen bei mehreren Hundert Gefangenen. In Grafenwöhr in der Oberpfalz wurden z. B. von 250 sowjetischen Soldaten 41 Männer ausgesondert; setzt man diesen auch bei vielen anderen Gestapostellen nachweisbaren Prozentsatz als Maßstab, dürfte das Arbeitskommando rund 400 Personen umfasst haben. Die Aussonderungen von Mitte Oktober waren allerdings nicht die einzigen in Baumholder/Aulenbach, denn nur wenig später, am 31. Oktober und am 13. November, ging jeweils ein – derzeit größtmäßig nicht zu umreißen – Transport von Aulenbach zur Exekution nach Dachau ab; dieses KZ wurde auf den Karteikarten ausdrücklich unter „Versetzungen“ vermerkt; es heißt: „Ausgesucht von der Gestapo und nach Dachau versetzt“. Ähnliches gilt für Gefangene, die um den 22. November im Lager Bitsch in Lothringen ausgesondert worden waren und ebenfalls nach Dachau kamen, auf ihren Personalkarten lautet die Formulierung „vom SD nach Dachau versetzt“. Samt und sonders besaßen sie übrigens Nummern aus dem 9000er Bereich, vergeben im Stalag Senne.

Während in diesen Fällen also die Zuweisung des Konzentrationslagers festgelegt war – Buchenwald für Limburg, Dachau für den südwestlichen Bereich des WK XII –, heißt es bei denjenigen, die am Mitte Oktober in Aulenbach ausgesondert worden waren, und nur bei diesen, lediglich „abgeholt Gestapo“; ein KZ wird nicht genannt. Weist das allein schon auf Unsicherheiten bezüglich dieser Gruppe in der zuständigen Stalag-Verwaltung hin, so wird dieser Eindruck noch verstärkt bei einem Blick auf einige Personalkarten, etwa die von Nikolaj Dorofeew, bei dem nicht nur unter „Versetzungen“ die Abholung vermerkt ist, sondern unter den Arbeitskommandos noch ein zweites Mal notiert wurde. Letzteres wurde später durchgestrichen, daneben unbekannt geschrieben, das wiederum später ebenfalls durchgestrichen. Die Exekution dieser Männer in Hinzert war demnach eindeutig ein Ausnahmefall, sie hätten eigentlich nach Dachau kommen müssen.



Personalkarte von Nicolaj Dorofeew Vorder- und Rückseite (siehe Seite 33). Er gehörte zu den Mordopfern die im SS-Sonderlager/KZ Hinzert im Oktober 1941 mit Giftspritze getötet wurden.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätte Celle.

es aus den dortigen Mannschaftslagern waren, lässt sich nicht ermitteln, für den WK V liegen nur einzelne Nachweise vor; d. h., es handelte sich sicherlich um mindestens 300 Personen. Als dann, genau in dieser „Hochphase“, auch noch etwa 70 „Kommissare“ aus Aulenbach angekündigt wurden, dürfte man in Dachau keine „Kapazitäten“ mehr gesehen haben, wobei für die KZ-Verwaltung das eigentliche Problem in der zeitaufwendigen Verbrennung der Leichen bestand. Wollte man in Aulenbach die Ausgesonderten nicht allzu zu lange als „potentielle Unruheherde“ im Arbeitskommando auf dem Truppenübungsplatz behalten, bot sich als einziger Ausweg in dem Moment das Sonderlager Hinzert an. Dafür spricht auch die für die Aussonderungen atypische Exekution durch Zyankalispitzen, denn für gewöhnlich wurden die Männer erschossen in Buchenwald und Sachsenhausen „fabrikmäßig“ in eigens dafür eingerichteten Gennickschußanlagen, in Dachau auf dem Schießplatz Hebertshausen. Es handelte sich hier eindeutig um eine „Behelfsmaßnahme“.

Das führt zu der Frage nach dem Warum. Die Antwort kann nur zynisch anmuten: allem Anschein nach war Dachau durch die vielen Aussonderungen im Süden und Südwesten Deutschland im Herbst 1941 zeitweise völlig „überlastet“, denn immerhin wurden dort sämtliche Ausgesonderten aus dem WK V Stuttgart, dem WK VII München südlich der Donau, Teilen des WK XIII Nürnberg und eben Teilen des WK XII Wiesbaden exekutiert. Allein die Gestapo in Nürnberg gab bis Anfang Januar 1942 insgesamt 2009 sowjetische Offiziere und Mannschaften an die Dachauer SS zur Exekution ab, die meisten davon im in Frage kommenden Zeitraum. Man kann es weiter eingrenzen. Die Stapostelle München überstellte am 15. und 22. Oktober 27 bzw. 40 Männer zum Erschießen nach Dachau, aus dem Offizierslager XIII D Hammelburg kamen um den 8. und den 22. Oktober jeweils etwa 70 Offiziere, wie viele

Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam

Bei späteren Verhören wurden in Aulenbach weitere „Untragbare“ festgestellt. Wenn diese nun „ordnungsgemäß“ nach Dachau kamen, spricht das dafür, dass es sich bei der Hinzert-Gruppe um die allerersten Aussonderungen in Aulenbach gehandelt hat, von deren Umfang die Gestapo vermutlich selbst überrascht war; man dürfte angenommen haben, dass die für die früheren Stammlager zuständigen Kollegen ihre Arbeit schon weitgehend erledigt hätten.

Warum diese Leute aus der Sicht des Einsatzkommandos „untragbar“ waren, lässt sich nur in einem einzigen Fall der Personalkarte entnehmen; es handelte sich um einen Juden, der auch hinsichtlich seines Berufes – Physiklaborant – unter den anderen hervorsticht. Bei diesen handelte es sich zumeist um Bauern, einfache Soldaten Mitte 20, gefangen in Weißrussland Anfang Juli 1941. Nichts weist auf den erhaltenen Unterlagen auf eine „weltanschauliche Gefährlichkeit“ hin, die die Beamten zu einer Aussonderung hätten veranlasst haben können.

Die Rückseite der Personalkarte (PK I) enthält folgende Tabellen:

- Personaldaten:** Name, Geburtsdatum, Geburtsort, Dienstort, Dienstgrad, Dienstzeit.
- Dienstleistungen:** Tabelle mit Spalten für verschiedene Dienstleistungen (z.B. 1-10, 11-20, 21-30, 31-40, 41-50, 51-60, 61-70, 71-80, 81-90, 91-100).
- Straftaten:** Tabelle mit Spalten für Straftaten (z.B. 1-10, 11-20, 21-30, 31-40, 41-50, 51-60, 61-70, 71-80, 81-90, 91-100).
- Kommandozugehörigkeit:** Tabelle mit Spalten für Kommandozugehörigkeit (z.B. 1-10, 11-20, 21-30, 31-40, 41-50, 51-60, 61-70, 71-80, 81-90, 91-100).

Die Rückseite der PK I gibt Auskunft über das Schicksal des Kriegsgefangenen. Sie enthält den Hinweis, dass Dorofeev am 16.10.1941 der Gestapo übergeben wurde. Damit war sein Schicksal besiegelt.

Man kann sich dieser Hinzert-Gruppe noch auf einem anderen Weg nähern. Schaut man sich die Personalkarten von 93 Personen an, die bislang als in Aulenbach verstorben bekannt sind, so fällt es inzwischen leicht, über die niedrigen Nummern unterhalb von 12.000 insgesamt 33 dem erwähnten Transport vom 18. August aus der Senne nach Limburg zuzuordnen; Bis zum Verhör besitzen diese Männer also eine nahezu identische Gefangenenbiographie.

Es fällt aber noch eine zweite Gruppe von etwa 60 Personen ins Auge, deren Nummern zwischen 25.000 bis 34.000 liegen, die Zahlenlücke zwischen 12.000 und 25.000 ist markant. Diese zweite Gruppe hatte ihre Erkennungsmarken im Stalag VI B Neu Versen im Emsland erhalten. Am 27. August, neun Tage nach dem Senne-Transport, kamen sie im Stalag XII A Limburg an; die Größe beider Transporte zusammen ergibt sich aus den dortigen

Bestandsmeldungen zum 1. September: 3.094. In Limburg gerieten auch sie wenigstens zum Teil in das Räderwerk der Aussonderungen; einige wurden im Oktober in Buchenwald ermordet. Andere kamen jedoch schon kurz nach ihrem Eintreffen um den 9. Oktober weiter nach Baumholder/Aulenbach, wahrscheinlich gemeinsam mit ihren Kameraden aus der Senne. Welch ein organisatorisches Chaos im WK XII bezüglich des „Russeneinsatzes“ herrschte, erkennt man daran, dass ein Teil von ihnen zunächst in Pronsfeld nahe Prüm, 140 km entfernt, arbeiten sollte, dann aber stattdessen nach Aulenbach kam; Pronsfeld wurde auf den Karten ganz einfach überstempelt. Eine förmliche Versetzung zum Stalag XII D Trier erfolgte laut Personalkarten zum 31. Oktober – als die Versetzung erfolgte, waren bereits 27 Rotarmisten aus dieser Gruppe verstorben, die Ersten am 6. Oktober. Ihre Versetzung erfolgte in völliger Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse.

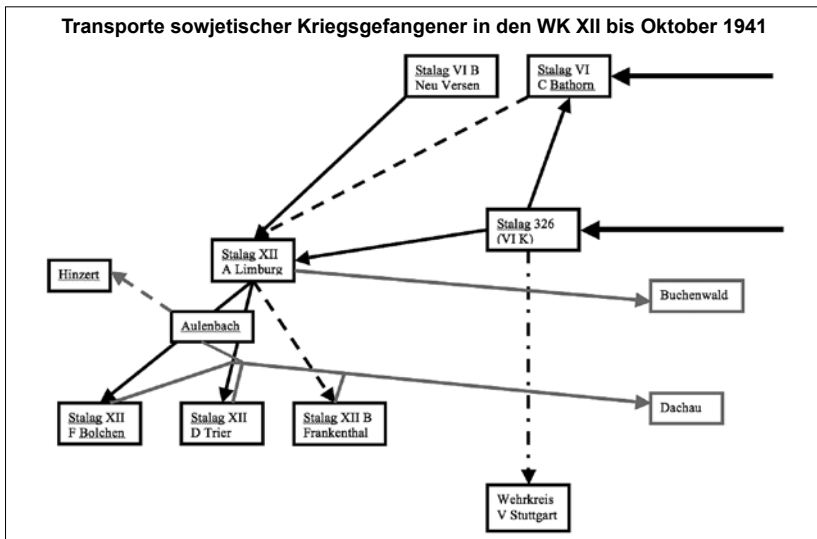
Damit liegt auf der Hand, dass die Emsland-Gefangenen in Aulenbach von demselben Einsatzkommando überprüft worden sein müssen, das die 70 „Kommissare“ nach Hinzert überstellte; ein Beleg etwa in Form einer Karteikarte liegt allerdings bisher nicht vor. Trotzdem ist als sicher anzusehen, dass sämtliche in Hinzert Exekutierten aus diesen beiden Transporten stammen, anders gesagt, sie besitzen ausnahmslos Erkennungsmarkennummern aus dem Stalag 326 Senne, zum großen Teil zwischen 9.000 und 11.000 liegend, sowie aus Stalag VI B Neu Versen aus dem Bereich zwischen 25.000 und 34.000.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf Osthofen. Sucht man nach Gefangenen, die hier verstorben sind, so findet man allein für 1941 mindestens 13, die zuvor im Arbeitskommando 780 Osthofen des Stalag XII B Frankenthal gearbeitet hatten. Achtet man auf ihre Nummern, so sieht man 12 Personen, die sich, selbst wenn es nicht angegeben wäre, auf Grund ihrer niedrigen Nummern mit Leichtigkeit dem Stalag 326 Senne zuordnen lassen; die einzige Frage, die sich im Zusammenhang mit ihnen stellt, ist die, warum ihre Nummern so viel niedriger sind als beispielsweise die in Aulenbach, anders gefragt: Verließ ihr Weg nach Osthofen anders als der ihrer Kameraden? Ihr Weg war etwas komplizierter, wie die Rückseite der Karten zeigt. Sei es wegen der schon erwähnten gravierenden organisatorischen Mängel in der Senne, sei es wegen des Arbeitskräftebedarfs – sie wurden nach ihrer Registrierung am 11. August 1941 zunächst in das Lager Dalum im Emsland geschickt, ein Teillager des Stalag VI C Bathorn. Anfang Oktober waren sie Teil eines weiteren, des dritten Transportes sowjetischer Gefangener nach Limburg, von dort erfolgte die Versetzung nach Frankenthal mit dem Einsatz in Osthofen. Die letzte Nummer, die nicht in das Schema passt, verweist auf eine andere Biographie. Iwan Gerassimenko war von der Front direkt ins Emsland gekommen, ein Hinweis darauf, dass die Mängel in der Senne der Kriegsgefangenenorganisation schon bekannt geworden waren und man deswegen umdisponierte. Es wird aber auch etwas anderes deutlich: Die wenigen Wochen

Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam

in der Gefangenschaft einschließlich der vielen Transporte hatten massive Auswirkungen auf die Gesundheit der Gefangenen, wie die vielen Todesfälle schon kurz nach der Ankunft eindringlich zeigen.

Die Transporte in den WK XII lassen sich graphisch als Itinerar darstellen. Es ließe sich bis hinunter auf die Arbeitskommandoebene verfeinern, wo sich Einzelne und Gruppen zumeist eindeutig zuordnen lassen, auch ihre Weiterversetzungen könnte man nachverfolgen, und ließe man so etwas im Zeitraffer ablaufen, sähe man deutlich Planungen und Planänderungen von Wirtschaft, Militär und Politik dahinter.



Die Transportwege der sowjetischen Kriegsgefangenen bis Oktober 1941.

In der historischen Forschung hält sich hartnäckig die Ansicht, Hitler habe erst zum 31. Oktober 1941 den Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen angeordnet, vorher sei dieser höchstens sporadisch erfolgt. Die Anordnung gibt es, dass ihre Einschätzung aber nicht richtig ist, zeigt allein schon diese Grafik: Alles, was hier dargestellt ist, beginnt Mitte Juli 1941. Ein Arbeitseinsatz der Gefangenen erfolgte von Anfang an systematisch, und zwar in allen Wehrkreisen des Deutschen Reiches. Rolf Keller hat das jüngst für die WK X und XI, d. h., das gesamte Nordwestdeutschland, akribisch nachgewiesen – er zählt Hunderte von Arbeitskommandos auf⁻¹⁴, doch geht das beispielsweise genauso für den WK IV Dresden oder die beiden österreichischen Wehrkreise. Bezeichnenderweise liegt der Schwerpunkt der Aussonderungen der für den Arbeitseinsatz

„Untragbaren“ auf der Zeit vor Ende Oktober, wie in Aulenbach, wo sie geradezu überstürzt erfolgten, um den Fortgang der Arbeit nicht zu „gefährden“. Und bis zu diesem Zeitpunkt waren schon Tausende in Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau liquidiert worden, die erste Vergasung war in Auschwitz Anfang September erfolgt – es hatte sich um etwa 600 Ausgesonderte gehandelt. Auf den systemimmanenten Konflikt zwischen Ideologie und Pragmatismus – jeder Ausgesonderte fehlt dem Arbeitseinsatz, jeder „Untragbare“ gefährdet ihn – soll an dieser Stelle jedoch nicht eingegangen werden. Hier wird es langsam Zeit für eine Neubewertung.

¹ Es geht dabei in erster Linie darum, wer überhaupt als „Kriegsgefangener“ zu bezeichnen ist. Viele Zivilisten, vor allem aus Weißrussland, wurden z. B. im Zusammenhang mit den sog. Bandenkämpfen in Weißrussland als Gefangene registriert; ein Teil von ihnen wurde aber wenig später wieder in den Zivilstatus entlassen und an verschiedene Arbeitsämter als Zwangsarbeiter abgegeben. Ihre Zahl dürfte eher im sechs- als im fünfstelligen Bereich anzusetzen sein. Die Vortragsausführungen zum Thema „Zahlen“ sind gekürzt entnommen aus: Reinhard Otto/Rolf Keller/Jens Nagel, Sowjetische Kriegsgefangene – Zahlen und Dimensionen. Eine Annäherung. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4/2008, S. 557-602; sowie Reinhard Otto/Rolf Keller, Zur individuellen Erfassung von sowjetischen Kriegsgefangenen durch die Wehrmacht. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4/2011, S. 563-577.

² Die letzte bekannte Zahl des OKH/Gen. Qu. über den „Gesamtanfall an sowj. Kgf.“ seit Kriegsbeginn stammt vom 22.3.1945, als das OKH für den Stand 28. Februar 5.245.882 Gefangene auswies (BA-MA, RH 2/v. 2623, Bl. 393). Diese Angaben waren Ausgangspunkt für die Berechnungen von Alfred Streim, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“, Heidelberg/Karlsruhe 1981, S. 224 ff. In den Monaten Januar und Februar waren 6.603 bzw. 8.222 Rotarmisten gefangen genommen worden. Auf der Basis der OKH-Angaben hochgerechnet liegt die Gesamtzahl bis Kriegsende bei knapp 5,3 Millionen Gefangenen. Die Abteilung Fremde Heere Ost meldete dagegen am 20. Februar 1945 zum Stand 31. Januar eine Gesamtzahl von 5.743.528 Gefangenen (BA MA, RH 2/v. 2588). Diese Zahl wurde von Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Stuttgart 1978, S. 244ff. übernommen.

³ Als Kriegsgefangene werden hier daher alle Personen verstanden, die als solche, ob berechtigt oder nicht, registriert worden sind, also auch Zivilisten, Partisanen, Angehörige der Eisenbahn und andere. Insofern entfällt das Definitionsproblem. Zur Registrierungspraxis der Wehrmacht grundlegend Rolf Keller/Reinhard Otto, Das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Wehrmachtbürokratie. Unterlagen zur Registrierung der sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945 in deutschen und russischen Institutionen. Ein Forschungsbericht, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 57 (1998), S. 149-180.

⁴ Heeresdruckvorschrift (H.Dv.) 38/4 Dienstanweisung für den Kommandanten eines Kriegsgefangenen-Durchgangslagers vom 22.5.1939. Bei den Listen handelte es sich um dreiteilige „Aufnahmelisten“, die ohne Rücksicht auf die Dienstgrade lediglich „ein Gesamtbild der Tageseingänge geben“ sollten. Während das Original, ein weißes Blatt, beim Kommandanten des Dulag verblieb, ging ein erster, gelber Durchschlag an den Zahlmeister, ein zweiter, roter, war mehrfach perforiert, um jedem Gefangenen seinen „eigenen“ Abschnitt als vorläufigen Ausweis und Beleg in die Hand geben zu können. (IfZ, Da 34.12, S. 11-13 sowie Anlagen 1 und 2).

⁵ Allgemein Keller/Otto, Massensterben, S. 179 f.

⁶ Die Lager wurden bezeichnet mit der römischen Ziffer des Wehrkreises, in dem sie lagen, kombiniert mit einem Großbuchstaben, der die Reihenfolge der Aufstellung angab. Stalag VII B mit Standort in Memmingen war also das zweite Lager, das im Wehrkreis VII München eingerichtet wurde.

Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam

⁷ Die Personalkarte I entsprach in Aufbau und Führung Art. 77 Absatz 4 und 5 der Genfer Konvention. Sie wurde nur einmal ausgestellt. Falls sie verloren ging, wurde das auf der neuen Karte als „Duplikat“ oder „Ersatzkarte“ vermerkt. Das Foto ist vergleichbar den bei der Kriminalpolizei im Rahmen einer erkennungsdienstlichen Behandlung angefertigten Aufnahmen und zeigt die Gefangenen zumeist mit einer Schiefertafel, auf der die Markennummer angegeben ist.

⁸ Die Entlassung aus der Gefangenschaft erfolgte im Falle der sowjetischen Gefangenen vor allem bei der Auslieferung an die Gestapo, bei der Überführung in ein ziviles Arbeitsverhältnis oder bei der Eingliederung von Freiwilligen in Verbände der Wehrmacht.

⁹ Alle erstmaligen Meldungen und späteren Veränderungen sollten der WAST allerdings nicht mit Zu- und Abgangslisten, sondern nach einem Befehl des OKW vom 2.7.1941 über vierteilige Grüne Karteikarten mitgeteilt werden. Das Verfahren war schon Anfang April 1941 wegen der unterschiedlichen Nationalitäten, Sprachen und Schriften für die jugoslawischen Kgf. eingeführt worden. Die Karten waren von den Kgf. selbst auszufüllen, um den Registrierungsvorgang zu erleichtern. BA-MA, RW 48/v. 12, Bl. 142 f.

¹⁰ Die die sowjetischen Gefangenen betreffenden Bestände der WAST galten bis zur Mitte der neunziger Jahre als verschollen. Es ist daher nachvollziehbar, dass das völlige Fehlen diesbezüglicher Informationen selbst bei Historikern lange Zeit zu der Annahme führte, die sowjetischen Gefangenen seien aus weltanschaulichen Gründen überhaupt nicht oder allenfalls erst ab Frühjahr 1942 registriert worden. Tatsächlich aber hatten die amerikanischen Truppen schon im August 1945 die WAST-Unterlagen zu einem großen Teil der Roten Armee übergeben; sie befinden sich heute, soweit es die Verstorbenen und die nicht heimgekehrten Angehörigen der Roten Armee betrifft, im Zentralen Archiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation (CAMO) in Podolsk südwestlich von Moskau. Die Unterlagen der Überlebenden liegen zumeist in den Oblast-Archiven des FSB/KGB usw., da diese Personen vor ihrer Repatriierung in sogenannten Filtrationslagern des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten (NKWD) auf eine mögliche Kollaboration mit den Deutschen überprüft wurden. Die dabei angelegten Dossiers, die für gewöhnlich auch die deutschen Karteikarten enthielten, verblieben im Besitz des Geheimdienstes und „begleiteten“ den Betroffenen zeit seines weiteren Lebens. Dort lagern ebenfalls die deutschen Dokumente solcher Personen aus dem betreffenden Oblast, deren Tod nicht einwandfrei nachzuweisen war, zum Beispiel von Gefangenen, die der Gestapo übergeben und dann ermordet oder in ein Konzentrationslager eingeliefert worden waren. Sie wurden in Verkennung der Fakten als potentielle Kollaborateure betrachtet, die, so sie zurückkommen sollten, intensiv überprüft und überwacht werden müssten.

Seit dem Jahr 2000 werden all diese Personalunterlagen in einem internationalen Projekt erschlossen, an dem bisher Einrichtungen in Deutschland, Russland und Belarus beteiligt sind, die Unterlagen der Verstorbenen sind über www.obd-memorial.ru im Internet in komfortabler Weise zugänglich.

¹¹ BA MA, RH 2/v. 2623. Statistiken für März und April 1945 liegen nicht vor.

¹² Urteil bei Albert Pütz, Angehörige der ehemaligen Lager-SS, Gestapo und NS-Justiz vor Gericht. Das SS-Sonderlager/KZ Hinzert 1940-1945, Teil 2, hg. vom Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz und der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Frankfurt 2001, S. 130-208. Zu den Aussonderungen Reinhard Otto, Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998.

¹³ Pütz, Urteil, S. 159

¹⁴ Rolf Keller, Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42, Göttingen 2011, S. 488 - 498.

Alliierte Kriegsgefangene und Internierte in Dachau

Dachau - der Name ist bis heute Synonym für Mord und Gewalt, die sich mit der Geschichte des Konzentrationslagers gleichen Namens verbinden. Bereits am 22. März 1933 wurde auf Befehl Heinrich Himmlers in einer nahe der Kleinstadt Dachau gelegenen, leer stehenden Munitionsfabrik das erste KZ in Bayern für politische Gegner des nationalsozialistischen Regimes errichtet. Bis zur Befreiung durch Einheiten der US-Armee am 29. April 1945 entwickelte sich Dachau vor allem in den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges zu einem gigantischen System mit einem Haupt- und 140 Außenlagern. Es erstreckte sich vom Bodensee bis nach Salzburg und von Tirol bis nach Nordbayern. Mehr als 200.000 Gefangene aus nahezu allen Ländern Europas wurden in den Jahren 1933 bis 1945 nach Dachau verschleppt, mehr als 40.000 von ihnen kamen zu Tode¹.

Als das 3. Bataillon des zur 45. Infanteriedivision gehörigen 157. Infanterieregiment der US-Armee am Nachmittag des 29. April 1945 Dachau erreichte, hatte



Am 28. April 1945 in Dachau angekommener Transport.

Quelle: Gedenkstätte Dachau

die Mehrzahl der Bewacher und des SS-Personals das Weite gesucht. Sie waren in den Tagen zuvor geflohen, nachdem Aktenbestände verbrannt und Besitztümer abtransportiert worden waren. Bevor die amerikanischen Soldaten zum Häftlingslager gelangten, machten sie vor dem Eingang in das SS-Lager eine grauerregende Entdeckung: In einem Zug mit 38 Waggons, der eineinhalb Tag zuvor aus Buchenwald eingetroffen und nicht mehr geleert worden war, bewegten sich zwischen etwa 2.000 toten Gefangenen einige wenige Überlebende.

Etwa gleichzeitig traf ein Trupp der 42. „Rainbow“-Division unter Brigadegeneral Henning Linden direkt am Häftlingslager ein, wo sie von einem

Alliierte Kriegsgefangene und Internierte in Dachau

Vertreter des Roten Kreuzes und zwei SS-Männern empfangen wurden, die das Lager an die US-Armee übergeben wollten. Im Gefangenenlager fieberten mehr als 32.000 zumeist kranke oder sterbende Häftlinge auf die Ankunft der amerikanischen Befreier. Dort waren keine Bewacher mehr zu sehen, nur die Maschinengewehre auf den Wachtürmen waren noch besetzt. Insgesamt wurden im Laufe der Befreiung 39 SS-Männer von US-Soldaten erschossen, ohne dass dazu ein Befehl erteilt worden wäre.² Auch Häftlinge begingen in den ersten Stunden Racheakte gegen einzelne SS-Männer, die versucht hatten in der Masse der Häftlinge unterzutauchen. Ansonsten wurden alle Angehörigen der SS, die noch aufgefunden wurden, festgenommen und inhaftiert.

Die an der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau beteiligten Soldaten der US-Armee waren vollkommen unvorbereitet auf das, was sie dort erwartete. Der Anblick von Bergen unbestatteter, zum Teil verwesender Leichen auf dem Gelände des Lagers und des Krematoriums und die Begegnung mit tausenden ausgemergelten, zu Tode erschöpften Häftlingen, viele am Rande des Todes, war ein Schockerlebnis, das die Befreier ein Leben lang begleiten sollte.

Einen Tag nach der Befreiung übernahm das amerikanische xv. Corps das befreite Konzentrationslager, in dem am 1. Mai 1945 31.432 Überlebende gezählt wurden. 4.000 mussten im Krankenrevier versorgt werden und weitere 6.000 benötigten ärztliche Behandlung.³ Die Toten mussten bestattet, die seit Anfang des Jahres im Lager herrschende Typhus- und Fleckfieberepidemie unter Kontrolle gebracht werden. Erst dann konnte mit der schrittweisen Repatriierung der Überlebenden in ihre Heimatländer und der Unterbringung derer, die nicht in ihr früheres Zuhause zurückkehren wollten oder konnten, begonnen werden. Bis Anfang Juli 1945 hatten alle ehemaligen KZ-Insassen das Lager verlassen, und die amerikanischen Militärbehörden eröffneten dort ein Internierungs- und Kriegsgefangenenlager, das zum zentralen Kriegsverbrecherlager der amerikanischen Zone werden sollte.

In den Vereinigten Staaten waren bereits im Jahr 1944 Richtlinien für die Personengruppen erstellt worden, die nach Beendigung der Kampfhandlungen verhaftet und interniert werden sollten. Gleichzeitig hatten die alliierten Streitkräfte den Befehl erhalten, Beweismaterial für nationalsozialistische Kriegsverbrechen zu sammeln. Der alliierte Oberbefehlshaber für Europa, Eisenhower, erließ am 18. September 1944 die ordinance No. 2, die den Aufbau und die Befugnisse der Gerichte der alliierten Militärregierung (Military Governments Courts) regelte.⁴ Mit dem Instrument der „automatischen Festnahme und Inhaftierung“, dem sogenannten automatic arrest von Verdächtigen („security suspects“), die als Sicherheitsrisiko betrachtet wurden, sollte eine große Zahl von Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu Institutionen des nationalsozialistischen Staates festgenommen werden. Am 7. Juli 1945 wurde eine Liste mit 136 Inhaftierungsgrün-

den erlassen, die auf der Grundlage der Zugehörigkeit zu einer Institution oder als Inhaber eines Amtes, „guilt by virtue of office“ verhaftet wurden.⁵ Es betraf Funktionäre der NSDAP, Beamte im Höheren Dienst, Generalstabsoffiziere, Angehörige der Deutschen Geheimdienste, der Sicherheitspolizei, der Gestapo und des SDs, Amtsträger der Kriminal- und Ordnungspolizei, Mitglieder und Führer der SS, Unteroffiziere und Offiziere der Waffen-SS, Führer der SA, des NSKK, des Reichsarbeitsdienstes, der Hitlerjugend und des Bundes Deutscher Mädel.⁶ Bis Dezember 1945 wurden in der US-besetzten Zone mehr als 100.000 Personen dieser Kategorien inhaftiert.⁷

In Dachau war Anfang Juli 1945 das Gelände des befreiten Konzentrationslagers zum Internierungs- und Kriegsgefangenenlager („War Crimes Enclosure“) unter amerikanischer Militärverwaltung umfunktioniert worden. Es war mit der Kapazität zur Unterbringung von 30.000 Personen die größte von 46 Internierungseinrichtungen in der US-Zone Deutschlands.⁸ Neben praktischen Gründen, die für die Nutzung des leeren Lagers sprach, spielte auch die Symbolik eine Rolle, die mit dem inzwischen weit verbreiteten Wissen über die Verbrechen, die an diesem Ort geschehen waren, verbunden wurde. Es unterstand dem US Counterintelligence Corps und umfasste sowohl Gebäude und Gelände des ehemaligen Häftlingslagers wie des SS-Lagers.



Juli 1945: Das Internierungs- und Kriegsgefangenenlager Dachau.

Quelle: Gedenkstätte Dachau

Alliierte Kriegsgefangene und Internierte in Dachau

Das Dachauer Kriegsgefangenen- und Internierungslager stand zunächst unter amerikanischer Bewachung unter der Leitung eines Lagerkommandanten. Ab November 1945 wurden auch polnische Soldaten zur Bewachung eingesetzt. Im Laufe des Jahres 1947, als Teile des Lagers an Deutsche übertragen wurden, übernahmen dann deutsche Staatsbürger auch die Bewachung.⁹ Insgesamt gab es vier voneinander getrennte Bereiche:

Im zunächst größten Bereich, dem „SS compound“, der als „Cage 1“ oder „Freilager“ bezeichnet wurde und der sich im ehemaligen Häftlingslager befand, wurden 10.000 bis 13.000 SS-Angehörige und andere Personen eingesperrt, die unter den „automatic arrest“ fielen. Sechs Monate später, im Januar 1946, wurden aus diesem Teil des Lagers eine große Zahl von SS-Männern mit niedrigen Dienstgraden oder solche, die am Ende des Krieges zwangsweise zur SS eingezogen worden waren, entlassen. Im April und Mai folgten weitere Entlassungen, diejenigen mit höheren Dienstgraden wurden in ein anderes Internierungslager verlegt.¹⁰

Im ehemaligen SS-Lager entstand ein Kriegsgefangenenlager für Wehrmachtangehörige, für deutsche Generäle, die in der ehemaligen Sowjetunion eingesetzt gewesen waren sowie für ungarische Armeeangehörige. Auch sie wurden bis auf 200 Personen im Juni 1946 entlassen.¹¹ Anschließend wurde dieser Bereich als Entlassungslager für deutsche Kriegsgefangene genutzt, die aus der Gefangenschaft in den USA zurückkamen. Im Oktober 1947 wurde dieser Teil des Internierungslagers aufgelöst.¹²

In diesen beiden Bereichen wurde nach Insassen gefahndet, die verdächtig waren, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Sie wurden in den sogenannten War Crimes Enclosure überführt, das der Verantwortung des Chief of Counsel for War Crimes zugeordnet war und bis Mitte Januar 1948 bestand.¹³ Ab Juli 1946 war dies das einzige Lager für Kriegsverbrecher in der amerikanisch besetzten Zone. Im November 1946 befanden sich in diesem Bereich rund 12.000 Gefangene, Die Hälfte von ihnen wurde verdächtigt, an Kriegsverbrechen gegen amerikanische Soldaten beteiligt gewesen zu sein, den anderen 6.000 Inhaftierten warf man Verbrechen an Vertretern anderer Nationen vor. Auch im ehemaligen KZ-Gefängnis, dem sogenannte Bunker wurden Verdächtige, später auch bereits verurteilte Gefangene festgehalten, die auf ihre Verlegung in das Gefängnis Landsberg warteten, wo Haftstrafen verbüßt und Todesurteile vollstreckt wurden.

Ab Ende Mai 1946 entstand gleichzeitig mit der Entlassung einer großen Zahl von Inhaftierten als vierte Einrichtung ein Zivilinterniertenlager für Verdächtige, deren Schuld nicht nachgewiesen werden konnte und die von deutschen Spruchkammern entnazifiziert werden sollten. Die Spruchkammern nahmen in Dachau ihre Arbeit am 1. April 1947 auf. Ab dem 1. August 1947 wurde dieser Bereich dann schrittweise unter deutsche Verwaltung gestellt. Innerhalb der ver-

schiedenen Bereiche des Lagers fanden allerdings kontinuierlich Verlegungen statt, so dass sich die Belegung der einzelnen Bereiche oft änderte. Darüber hinaus lieferten die amerikanischen Justizbehörden eine große Zahl von Inhaftierten, die verdächtigt wurden, in anderen Ländern, etwa in Polen, Kriegsverbrechen begangen zu haben, an die Justizbehörden des jeweiligen Landes aus.

Die amerikanischen Besatzungsbehörden waren von Anfang an bemüht, trotz erheblicher Versorgungsengpässe, besonders in der Anfangszeit, in allen Internierungslagern menschenwürdige Haftbedingungen zu schaffen. So war die amerikanische Besatzungszone die einzige, in der kein Internierter an Hunger starb, obwohl die Versorgungslage der Bevölkerung in den Wintermonaten der Jahre 1945/1946 insgesamt extrem schlecht war.¹⁴ Die Sterblichkeitsrate der Internierten war nicht höher als die der Gesamtbevölkerung.¹⁵ Kritiker warfen den Besatzern einerseits vor, die Internierten müssten unter KZ-ähnlichen Bedingungen leben. Andererseits wurde aber auch der Vorwurf erhoben, ehemalige Nazifunktionäre würden bevorzugt behandelt. Ab August 1945 wurden alle Internierungslager regelmäßig von Versorgungs- und Sanitätsoffizieren inspiziert. Die Internierten erhielten Unterstützung für den Aufbau eines Kulturprogramms. In Dachau bemühten sich Geistliche beider Konfessionen um die seelsorgliche Betreuung der Internierten. Trotzdem entwickelte sich im Laufe der Zeit unter den Gefangenen immer stärker die Haltung, sich selbst als unschuldig verfolgte Opfer der „Siegerjustiz“ zu sehen.

Das öffentliche Interesse im Zusammenhang mit dem Internierungs- und Kriegsgefangenenlager Dachau galt und gilt bis heute in erster Linie der Geschichte der sogenannten „Dachau Prozesse“, die von November 1945 bis zum 30. Juni 1948 auf dem Gelände des Lagers durchgeführt wurden. In 489 Verfahren gegen 1672 Angeklagte wurden von den Militärgerichtshöfen über 400 Todesurteile verkündigt, von denen etwa 300 vollstreckt wurden.¹⁶ Am 15. November 1945 wurde der erste sogenannte „große“ Dachau Prozess, „United States versus Martin Gottfried Weiß et.al. 000502“ eröffnet, der zum „parent case“ für folgende KZ-Verfahren wurde.

Angeklagt waren ein Lagerkommandant, 39 SS-Angehörige, drei ehemalige Funktionshäftlinge, sogenannte Kapos, drei Lagerärzte und ein Professor der Tropenmedizin, der Gefangene für medizinische Experimente missbraucht hatte. In diesem Prozess wurde zum ersten Mal das „Common Design“, das „gemeinschaftliche Vorhaben“, als Anklage erhoben, das anschließend in fast allen Verfahren gegen KZ-Personal Eingang fand.¹⁷ Es wurden 36 Todesurteile, eine Verurteilung zu lebenslanger Haft und drei zehnjährige Haftstrafen verhängt.¹⁸ Insgesamt wurden in 119 Gerichtsverfahren Angehörige des Konzentrationslagers Dachau und seiner Außenlager angeklagt. Sie wurden in SS-Wachen, SS-Ärzte und Funktionshäftlinge, sogenannte Kapos unterteilt. Wurden im ersten

Alliierte Kriegsgefangene und Internierte in Dachau



Im November 1945 bis Juni 1948 ist Dachau Schauplatz der „Dachauer Prozesse“.

Quelle: Gedenkstätte Dachau

Prozess die strengsten Urteile verkündet, so sank im Verlauf der drei Jahre laufenden Verfahren dann die Schwere der Strafen kontinuierlich ab.

In den weiteren „Dachau-Prozessen“ wurden Verbrechen verhandelt, die in den Konzentrationslagern Mauthausen, Flossenbürg, Buchenwald und Dora Mittelbau begangen wurden. Darüber hinaus lautete die Anklage in 200 sogenannten Fliegerprozessen auf Ermordung abgeschossener oder notgelandeter alliierter Piloten. Im „Malmedy Prozess“ wurden von Mai bis Juni 1946 73 Angeklagte beschuldigt, im Dezember 1944 77 gefangene US-Soldaten und im Laufe der Ardennenoffensive Zivilisten ermordete zu haben. Und von August bis September 1947 wurden Otto Skorzeny sowie neun weitere Angeklagte der Tötung, Beraubung und Misshandlung von Kriegsgefangenen beschuldigt.¹⁹ Bei letzteren Verfahrenskomplexen wurde die für die Überprüfung der Schuldsprüche zuständige Behörde (Approving Authority) u.a. mit Vorwürfen der Angeklagten konfrontiert, bei Voruntersuchungen wären Aussagen durch körperliche Misshandlungen erzwungen worden. Dies führte zu mehrfachen Überprüfungen aller bis dahin durchgeführten Dachau-Prozesse, die sich bis zum Jahr 1949 hinstreckten. Die Anschuldigungen erwiesen sich in allen Hauptpunkten als unhaltbar. Die

öffentliche Diskussion führte jedoch letztendlich zu einer Abmilderung der Urteile, die im Malmedy-Prozess ausgesprochenen Todesurteile wurden nicht vollstreckt und einige Haftstrafen vollständig aufgehoben.²⁰

Am 7. März 1947 entschied General McNarney, zu diesem Zeitpunkt Oberkommandierender der US-Streitkräfte in Europa, dass die War Crimes Group zum 30. Juni 1948 aufgelöst und die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen durch amerikanische Militärgerichte bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen werden sollte.²¹ Inzwischen herrschte Kalter Krieg und die amerikanische Politik hatte sich grundsätzlich gewandelt. Nicht mehr die Strafverfolgung der NS-Täter stand im Vordergrund, vielmehr sollte Westdeutschland in das Bündnis der Westalliierten integriert werden.

Wie in Nürnberg traten die Angeklagten auch in den Dachau-Prozessen als unschuldige Befehlsempfänger auf, die unisono auf „nicht schuldig“ plädierten. Ihre Haltung kam besonders deutlich in den Gnadengesuchen zum Ausdruck, die nach der Verkündung der Urteile von den Review Boards überprüft wurden. „Auch wenn man Anlass und Zielsetzung dieser Gesuche berücksichtigt“, urteilte der Historiker Robert Sigel, „wenn man berücksichtigt, dass es für die Bittsteller buchstäblich um Leben oder Tod ging, so entstand in diesen Gnadengesuchen doch ein sonderbares Bild, in dem aus den KZ-Schergen letztlich Opfer werden, die unpolitisch aus wirtschaftlicher Not der SS beitraten, dem Dienst in den Konzentrationslagern zu entkommen suchten, und als ihnen dies nicht gelang, in den Lagern selbst sich bemühten, die Lebensumstände der Häftlinge zu verbessern. Taten sie doch einmal Unrecht, so geschah es nur deshalb, weil es ihnen befohlen worden war. Treusorgende Familienväter allesamt, von dem Vorsatz beseelt, sich künftig für eine bessere, demokratische Welt einzusetzen.“²²

Auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft zeigte wenig Interesse am Verlauf der Dachau-Prozesse, die zumeist als „Siegerjustiz“, mit denen man nichts zu schaffen hatte, abgelehnt wurden. Die überlebenden Häftlinge waren in den Prozessen der ersten Nachkriegsjahre noch einmal als internationale Gemeinschaft aufgetreten. Ihr Anliegen war es, die Täter vor Gericht zu bringen und die amerikanischen Militärgerichte bei ihren Bemühungen zu unterstützen, die schrecklichen Verbrechen zu ahnden, deren Zeugen und Leidtragende sie gewesen waren. Als mit Beginn des Kalten Krieges die Glaubwürdigkeit politisch links eingestellter Überlebender als Zeugen von Gericht zunehmend in Zweifel gezogen wurden und sich die Begnadigung vieler, bereits verurteilter Straftäter abzeichnete, war dies für die überlebenden Opfer eine schmerzliche Enttäuschung. Sie mussten erkennen, dass die Hoffnung auf das „Nie wieder“, die viele von ihnen nach der Befreiung gehegt hatten, eine Illusion gewesen war.

Alliierte Kriegsgefangene und Internierte in Dachau

Heute steht in Dachau jedoch die Erinnerung an ihre Geschichte, die Geschichte der Opfer des nationalsozialistischen KZ-Systems, im Mittelpunkt des Interesses. Von den Internierten und Kriegsgefangenen, die in den Jahren 1945 bis 1948 dort untergebracht waren, sind kaum Spuren zurückgeblieben. Sie sind weitgehend dem Vergessen anheim gefallen.

¹ Stanislav Zámečník, *Das war Dachau*, Luxemburg 2002, S.398ff.

² Jürgen Zarusky, *That is not the American Way of Fighting*. Die Erschießungen gefangener SS-Leute bei der Befreiung des KZ Dachau, in: *Dachauer Hefte* 13 (1997), S.53.

³ Klaus Dietmar Henke, *Die amerikanische Besatzung Deutschlands*, München 1995, S.929.

⁴ *Military Government Gazette, Germany*. Twelfth Army Group Area of Control No.1, S.7-9, zitiert nach: Wolfgang Form, *Justizpolitische Aspekte westallierter Kriegsverbrecherprozesse 1942-1950*, in: Ludwig Eiber, Robert Sigel (Hrsg.), *Dachau Prozesse. NS-Verbrechen vor amerikanischen Militärgerichten in Dachau 1945-1948. Verfahren, Ergebnisse, Nachwirkungen*, Göttingen, 2007, S.46.

⁵ Harold Marcuse, *Legacies of Dachau. Uses and Abuses of a Concentrations Camp 1933-2001*, Cambridge 2001, S.68.

⁶ Gabriele Hammermann, *Das Internierungs- und Gefangenenlager Dachau 1945-1948*, in: Wolfgang Benz, Angelika Königseder (Hrsg.), *Das Konzentrationslager Dachau. Geschichte und Wirkung nationalsozialistischer Repression*, Berlin 2008, S.125f.

⁷ Marcuse, *Legacies*, S.68.

⁸ Kathrin Meyer, *Die Internierung von NS-Funktionären in der US-Zone Deutschlands*, in: *Dachauer Hefte*, 19 (2003), S.24.

⁹ Gabriele Hammermann, S.126.

¹⁰ Ebenda, S. 127.

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda.

¹³ Ebenda, S.128.

¹⁴ Kathrin Meyer, *Die Internierung von NS-Funktionären in der US-Zone Deutschlands*, in: *Dachauer Hefte* 19 (2003), S.32.

¹⁵ Hammermann, *Das Internierungs- und Kriegsgefangenenlager*, S.146.

¹⁶ Ute Stiepani, *Die Dachauer Prozesse ihre Bedeutung im Rahmen der alliierten Strafverfolgung von NS-Verbrechen*, in: Gerd R. Ueberschär, *Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952*, Frankfurt, 1999, S.229

¹⁷ Robert Sigel, *Im Interesse der Gerechtigkeit. Die Dachauer Kriegsverbrecherprozesse 1945-1948*, Frankfurt/Main, 1992, S.42.

¹⁸ Ebenda, S. 60.

¹⁹ Ebenda, S. 105ff.

²⁰ Ute Stiepani, S.230.

²¹ Robert Sigel, *Im Interesse*, S.161.

²² Robert Sigel, *Gnadengesuche und Gnadenerlasse. Kriegsverbrechen in der amerikanischen Besatzungszone*, in: *Dachauer Hefte* 10(1994), S.219.

Luxemburger Zwangsrekrutierte als Kriegsgefangene, eine ungenügend recherchierte Frage oder ein Tabuthema?

Als am 10. September 1944 amerikanische Truppen die Stadt Luxemburg befreiten, erschien dies den Einwohnern als das Kriegsende schlechthin und die ausgelassene Freude, die auf den Fotos und Filmen zu erkennen ist, hat wohl dazu geführt, dass bis heute dieser Tag im kollektiven Gedächtnis vielfach mit dem Kriegsende gleichgestellt wird. Doch schon die Ardennenoffensive im Dezember 1944 belehrte zumindest die Einwohner des nördlichen Landesteiles, dass Deutschland noch längst nicht endgültig besiegt war und dass der Krieg in Europa noch nicht zu Ende war. In vielen Familien war der 10. September 1944 denn auch kein ungetrübter Freudentag, waren doch nahe oder ferne Verwandte an diesem Tag nicht in Luxemburg anwesend, sondern noch immer unfreiwillig im deutschen Machtbereich als Zwangsumgesiedelte, als politische Gefangene in KZs oder Gefängnissen oder als Zwangsrekrutierte in der deutschen Wehrmacht.

Für die aus dem Exil zurückgekehrte Regierung standen neben den Fragen der Wiederaufnahme eines geregelten politischen und wirtschaftlichen Lebens solche der Versorgung der Bevölkerung, der Bestrafung der Kollaborateure und seit dem Kriegsende in erster Linie der Rückführung der sich zwangsweise noch im deutschen Machtbereich befindenden Luxemburger, im Zentrum der Bemühungen. Die luxemburgische Bevölkerung hatte bei all diesen Problemen ihre eigenen Vorstellungen wie schnell und umfassend sie zu lösen seien. Dabei übersahen sie z.B., dass die alliierten Besatzungsbehörden für sich die Aufsicht und Kontrolle aller Rücktransporte von „*displaced persons*“ beanspruchten.¹ Die Kritik an die Adresse der Regierung, sie tue nicht genug, um die Rückführung aller Luxemburger in kürzester Zeit durchzuführen, verstummte zwar im Laufe der Zeit, ist aber auch heute noch nicht ganz aus der Diskussion verschwunden. Diese Kritik wird dann sehr oft am Beispiel der vermeintlich verspäteten Befreiung der Luxemburger Zwangsrekrutierten aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft festgemacht.² Es kann jedoch heute, nach Öffnung der sowjetischen Archive, nachgewiesen werden, dass die westeuropäischen Regierungen kaum Einfluss in dieser Frage in Moskau geltend machen konnten.³ Im Vergleich mit der Rückführung der elsässischen und lothringischen Zwangsrekrutierten kann man ohne Weiteres behaupten, dass die Luxemburger Zwangsrekrutierten nicht schlechter behandelt worden sind als ihre französischen Leidensgenossen, eher sogar besser.

Am 30. August 2012 jährte sich zum 70. Mal die Einführung der Wehrpflicht in Luxemburg durch den Chef der Zivilverwaltung, Gauleiter Gustav Simon.

Dieses „Verbrechen an der luxemburgischen Jugend“, betroffen waren die Jahrgänge 1920 bis 1927, etwa 15.000 junge Leute, von denen letztlich 10.200 zwangsweise zum Wehrdienst rekrutiert wurden, ist jedoch bis heute von der Bundesrepublik Deutschland nicht als Kriegsverbrechen anerkannt worden, wie es die Haager Landkriegsordnung seit 1907 bestimmte.

3.510 junge Männer haben sich der Wehrpflicht entzogen, indem sie sich nicht stellten, aus dem Urlaub nicht zu ihrem Truppenteil zurückkehrten oder zu den Alliierten überliefen. 1.764 sind gefallen, 1.084 gelten als vermisst. (2.848) Etwa 4.000 von ihnen gerieten also in Kriegsgefangenschaft.

Ab 1943 waren auch schon einige Hundert Luxemburger als Kriegsgefangene in Lagern der westlichen Alliierten z.B. in Nordafrika und Süditalien identifiziert worden. Eine luxemburgische Kommission bemühte sich um ihre Freilassung insofern die jungen Luxemburger bereit waren, sich freiwillig für die Luxembourg Battery⁴, die im Rahmen der belgischen „Première Brigade belge“ aufgestellt worden war, zu melden. Bis Kriegsende stieg so die Zahl der Freiwilligenmeldungen auf 232. Insgesamt haben 321 junge Luxemburger freiwillig in den Armeen auf alliierter Seite gekämpft.⁵

In Luxemburg selbst verfügte man jedoch bei Kriegsende über keinerlei gesicherte Angaben in Bezug auf Anzahl und Verbleib von Zwangsrekrutierten in Kriegsgefangenenlagern. Im Laufe des Jahres 1945 konnte der seit 1944 aktive Commissaire au Rapatriement über 5.000⁶ Luxemburger aus alliierten Kriegsgefangenenlagern herausholen. 2.014 waren aus der Sowjetunion nach Luxemburg zurückgekommen. Dabei waren auch 450 Todesfälle als gesichert bekannt geworden.⁷ Dies war in erster Linie das Ergebnis der luxemburgischen Kommissionen, die die alliierten Kriegsgefangenenlager systematisch besuchten, um die Luxemburger zu befreien und zurückzuführen. Immerhin hatte die Sowjetunion zugestimmt, dass diese Kommissionen auch im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands aktiv werden durften. Kein Zutritt wurde ihnen aber auf dem Territorium der Sowjetunion selbst zugestanden. Im Laufe des Jahres 1946 wurde diese direkte Suche vor Ort und Rückführung von Zwangsrekrutierten abgeschlossen.⁸ Erhebliche Schwierigkeiten hatte es auf dem Balkan gegeben. Während Polen und die Tschechoslowakei sich sehr entgegenkommend zeigten, blieb z.B. der Weg nach Rumänien versperrt. Letztendlich, und praktisch bis heute, blieb die Suche nach etwa 1.000 Vermissten erfolglos.⁹ Aus der Sowjetunion kehrten bis 1953 noch Kriegsgefangene zurück, wobei es sich oftmals um Freiwillige in Wehrmacht und Waffen-SS handelte, die in der Sowjetunion als Kriegsverbrecher verurteilt worden waren. 1995 konnten wir nach Auswertung der Unterlagen zu den luxemburgischen Kriegsgefangenen aus sowjetischen Archiven folgende Zahlen nennen:

Paul Dostert

Rückkehrer.¹⁰

1945	1946	1947	1948	1949	1950
1.416	142	13	8	1	11

Laut einer Statistik des NKWD sollen 3 Luxemburger in der Sowjetunion verblieben sein.



Ankunft im Bahnhof Luxemburg von 500 Luxemburger Zwangsrekrutierten aus dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager Nr.188 (Tambow) am 5. November 1945.

Quelle: CDRR

Erlebnisberichte von Zwangsrekrutierten gibt es reichlich, auch wenn deren Lektüre hie und da eine rechte Zumutung ist.¹¹ Viele liegen nur in Manuskriptform vor oder sind ganz bewusst nur für Familienmitglieder verfasst worden.¹² Erste Berichte, insbesondere über das Lager 188 (von den Gefangenen nach der Stadt Tambow genannt), waren schon 1946 erschienen¹³. Der Großteil entstand aber erst in den achtziger Jahren und später als die Betroffenen das Rentenalter erreicht hatten und die Erinnerungen an die Kriegszeit erneut hochkamen. In vielen Berichten zu den Erlebnissen von der Rekrutierung über die Ausbildung bis zur Front, schließt sich jeweils ein Kapitel zur Kriegsgefangenschaft an, falls der Betroffene in Kriegsgefangenschaft kam. Im Verhältnis zahlreicher sind Berichte

über Fahnenflucht oder Wehrpflichtentzug, die ja als Akte des Widerstandes gewürdigt wurden. Dort wo die Kriegsgefangenschaft thematisiert wird, finden sich fast immer die gleichen Hauptthemen: die mangelhafte Verpflegung und die schwere Arbeit sowie das Gefühl von Gott und der Welt verlassen zu sein. Da die Luxemburger ja sehr jung waren, sind ihre Berichte stark gezeichnet von der Angst, nach dem überstandenen Krieg doch nicht nach Hause zurückkehren zu können. Kaum Kritik wird aber an den Russen geübt, da man sah, dass es der Zivilbevölkerung außerhalb der Lager oft nicht viel besser ging. In vielen Berichten wird die Tatsache, dass in den Kriegsgefangenenlagern die Deutschen das Sagen behielten sehr negativ angemerkt. Vielfach machten die Luxemburger, aber auch Elsässer und Lothringer, die Erfahrung, dass sie als Verräter an der deutschen Sache angesehen wurden und die Deutschen alles taten, um ihnen das Leben im Lager zu erschweren. Da die Deutschen z.B. die Listen der Lagerinsassen führten, kam es vor, dass bei Entlassungen aus dem Lager Namen von Luxemburgern auf den Listen fehlten oder Unterlagen unvollständig waren, sodass diese dann zurückbleiben mussten. Man hätte es schon gerne gesehen, wenn die Zwangsrekrutierte als Opfer der Nazis in den Lagern eine Sonderstellung innegehabt hätten und schneller befreit worden wären. Aber kaum einer der Alliierten war in dieser Hinsicht auf die Luxemburger besonders aufmerksam gemacht worden. Auch diese Erfahrung machte den Luxemburgern psychisch schwer zu schaffen. Negativ wirkte sich bei vielen aus, dass sie immer noch die gehasste Wehrmachtsuniform tragen mussten. Als große Enttäuschung empfanden die Luxemburger im Lager Tambow, dass ihre Freiwilligenmeldung zum Dienst in der Roten Armee oder zur Armee von General de Gaulle nicht angenommen wurde.¹⁴

Wie viele Luxemburger letztendlich in Kriegsgefangenschaft noch verstorben sind, ist bis heute nicht bekannt. Aus den sowjetischen Lagern wurden folgende Zahlen von verstorbenen Kriegsgefangenen mitgeteilt: Lager Tambow¹⁵ und Spezialhospital Kirsanow: 167, aus anderen Lagern mindestens 59. Auf der Rückreise, die etwa sechs Wochen dauerte, verstarben auch noch einige Kranke und Schwache, die man nicht hatte zurücklassen wollen. Insgesamt können wir heute von mindestens 217 namentlich bekannten Toten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft ausgehen. Zahlen über Kriegsgefangene in amerikanischem, britischem oder französischem Gewahrsam sind nicht bekannt. Berichte über den Aufenthalt in solchen Lagern gibt es nur sehr wenige¹⁶. Dies mag auch daran liegen, dass der Aufenthalt in diesen Lagern meistens recht kurz gewesen ist, die ersten Luxemburger wurden in Compiègne¹⁷ schon am 10. Mai 1945 entlassen und waren zwei Tage später zu Hause. Erwähnt werden die POW-Lager Cherbourg¹⁸ (135 Namen), Compiègne (239 Namen) und Stenay. Von besonderem Interesse sind natürlich hier und heute die sogenannten Rheinwiesen-Lager.¹⁹ Es wäre wohl ein Wunder, wenn in diesen Lagern nicht auch Luxemburger Zwangsrekrutierte festgehalten worden wären. Mitte Juni 1945 wurden diese

Lager von einer luxemburgischen Kommission besucht und die dort angetroffenen Luxemburger über das Lager Stenay in Frankreich dann nach Luxemburg entlassen. Eine Namensliste mit 146 Einträgen ist heute bekannt. Der Bericht von Emile Theisen, der auch das Lager in Bretzenheim erwähnt, belegt, dass der Aufenthalt dort nur einige Wochen dauerte und auch klimatisch für die Luxemburger wohl erträglich war. In den Rheinwiesenlagern nahmen die Amerikaner Durchkämpfungen vor, um die einzelnen Nationalitäten in getrennten Cages zusammenzubringen²⁰. Auf diese Weise kamen die Luxemburger Anfang Juni 1945 nach Bretzenheim. Gleich klingt die Kritik am Verhalten der Deutschen, den Luxemburgern gegenüber, gleich auch die Beschreibung des fast völligen Desinteresses der Lagerleitung am besonderen Schicksal der Luxemburger.

Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre schlossen sich die ehemaligen Insassen der einzelnen Kriegsgefangenenlager in Freundeskreisen (*Amicales*) zusammen. Den größten Einfluss erreichte hierbei die „*Amicale des Anciens de Tambow*“, die sich auch die Suche nach den in Russland Vermissten auf die Fahne schrieb. Am 26. September 2012 wurde im Beisein von Premierminister Jean-Claude Juncker auf dem Gelände des ehemaligen Lagers 188 ein Denkmal für die dort verstorbenen Luxemburger eingeweiht. Als vor etwa zehn Jahren ein gemeinsames Denkmal für alle dort Verstorbenen eingeweiht wurde, verweigerten sich die Luxemburger diesem gemeinsamen Gedenken, weil sie nicht mit Kriegsverbrechern (SS-Leuten z.B.) gemeinsam auf einem Denkmal stehen wollten.

Weitere Freundeskreise gab es für die Kriegsgefangenenlager Compiègne und Cherbourg und auch für die Lager in und um Bad Kreuznach. Heute sind diese Freundeskreise kaum noch oder überhaupt nicht mehr aktiv.

Im Allgemeinen muss man feststellen, dass wissenschaftliche Forschung zum Zweiten Weltkrieg bis in die siebziger Jahre gar nicht stattfand. Erst mein leider viel zu früh verstorbener Kollege Dr. Emile Krier und dann auch ich selbst haben die Grundlagen dazu geschaffen. Leider hat es aber bis heute nur wenige Nachfolger gegeben. Ende der neunziger Jahre gelang es mir, eine Studentin für das Thema zu interessieren. Sie war sogar bereit Russisch zu lernen, um den Zugang zu den russischen Archiven nutzen zu können. Neben einer Diplomarbeit²¹ und einer Diplôme d'Etudes Avancées (DEA)-Arbeit²² an der Sorbonne in Paris ist dann aber die Promotion aus gesundheitlichen Gründen aufgegeben worden. Beide Arbeiten liegen nur als nicht veröffentlichte Manuskripte vor. Im Augenblick interessieren sich durchaus wieder einige junge Historiker für Fragen des Zweiten Weltkrieges und insbesondere für die „Kollaboration“. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Uni Luxemburg auch dem Thema Kriegsgefangene widmen wird, immerhin nutzt man für die Forschung jetzt auch Zeitzeugenbefragung, um noch letzte wichtige Aussagen festhalten zu können.²³

Die Erinnerungen an die Zeit in den Kriegsgefangenenlagern zeigen große Unterschiede je nachdem ob es sich um Aufenthalte in Westeuropa oder in Osteuropa handelt. Während der Aufenthalt in amerikanischen oder britischen Lagern meist nur wenige Monate betrug, dauerte die Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion oftmals ein Jahr und länger. Dabei waren insbesondere die Insassen des Lagers Tambow immer wieder getröstet worden, dass Sie „Morgen nach Hause“ (*Sawtra domoi*) dürften, entlassen wurden sie aber erst im Herbst 1945. Die klimatischen Bedingungen sowie Unterbringung und Versorgung lassen sich in Ost und West nur sehr schwer miteinander vergleichen. Schließlich sollte nicht vergessen werden, dass die Lager in Westeuropa recht nahe an Luxemburg lagen und von den Insassen geographisch situiert werden konnten. Russland hingegen war ein weites Land, das den meisten unbekannt war, sie kamen sich deshalb dort völlig verloren vor. Die sprachlichen Barrieren verstärkten das Gefühl des Verlassenseins noch um einiges. Aus diesem Gefühl heraus entstand der Vorwurf an die Exilregierung nicht genügend getan zu haben, um die Entlassung der Luxemburger aus den sowjetischen Lagern zu erreichen.

Der Kalte Krieg, der aus dem einstigen Alliierten einen Feind machte, trug nicht dazu bei, dass die Erfahrungen der Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion nun die Allgemeinheit besonders interessiert hätten. Mitte der sechziger Jahre kam es dann noch zu sehr heftigen, zum Teil sehr polemischen Auseinandersetzungen mit Widerstandsgruppen, die den Zwangsrekrutierten vorwarfen, durch ihren Dienst in der Wehrmacht Nazi-Deutschland unterstützt zu haben.²⁴ Einige meinten sogar, die Zwangsrekrutierten hätten in den Kriegsgefangenenlagern nur das bekommen, was sie verdient hätten.

Die Suche nach den Vermissten führte sehr schnell zu einer Gleichstellung dieser Gruppe mit derjenigen der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Die spärlichen Informationen, die aus Russland kamen und die Unmöglichkeit diese vor Ort zu überprüfen, ließen das Thema in eine gewisse Vergessenheit geraten, auch wenn die Amicale jede Gelegenheit nutzte, um auf ihre Anliegen hinzuweisen. Immerhin war die Regierung Anfang der neunziger Jahre bereit, Geld zur Verfügung zu stellen, damit in den ehemals sowjetischen Archiven, zu denen man jetzt Zugang hatte, Nachforschungen angestellt werden konnten. Das Ergebnis deckte sich im Allgemeinen mit den Angaben, die auch durch die offiziellen Stellen der Sowjetunion früher schon geliefert worden waren. Die Enttäuschung in Luxemburg war recht groß, da man gehofft hatte, das Schicksal der Vermissten klären zu können. Immerhin reisten nun doch zahlreiche Überlebende des Lagers Tambow mehrfach an die Stätten ihrer Kriegsgefangenschaft und die Amicale der ehemaligen Tambower baute gute Beziehungen zu den russischen lokalen Autoritäten auf. Seit einigen Jahren entwickelt sich auch eine sehr positive Zusammenarbeit mit der russischen Botschaft in Luxemburg, die

wohl jetzt zum Austausch von personenbezogenen Unterlagen der luxemburgischen Zwangsrekrutierten, die in sowjetischer Kriegsgefangenschaft waren, führen wird. Leider besaßen die meisten Betroffenen bei ihrer Freilassung kaum Unterlagen zu ihrer Kriegsgefangenschaft und die mehrfache Neueinkleidung in den Entlassungslagern führte dazu, dass die wenigen Papiere, die man hatte, dort verloren gingen. Es fehlt auf Luxemburger Seite an dokumentarischen Belegen zu diesem Thema. Möglicherweise besitzen die vorhin erwähnten Freundeskreise noch interessante Dokumente, doch ich hege begründete Zweifel, dass dem so ist. Insgesamt kann man feststellen, dass die Zwangsrekrutierten nie daran interessiert waren, eine historische Dokumentation zu erstellen wie es z.B. die Widerstandskämpfer taten. Man verteidigte sich gegen Anschuldigungen aus Widerstandskreisen, man sprach immer mal wieder bei der Regierung vor, damit diese bei den sowjetischen Instanzen auf zusätzliche Informationen bestehen sollte oder man verlangte die materielle Gleichstellung der Zwangsrekrutierten mit den Widerstandskämpfern in Bezug auf Zusatzpensionen und Entschädigungen. So blieb für die historische Aufarbeitung des Themas Kriegsgefangenschaft kaum Zeit und Energie übrig.

Das Thema war sicher kein Tabu, aber weniger interessant für wissenschaftliche Nachforschungen als andere Themen wie z.B. Frauen im Widerstand, Kollaboration oder auch die Rolle der Wirtschaft in Luxemburg während der deutschen Besatzung. Ansätze gab es wohl, doch Ergebnisse fehlen noch. Neue Forschungen müssen auch den rein luxemburgischen Rahmen sprengen und transnationale Perspektive zumindest die Zwangsrekrutierten aus Frankreich und Belgien mit einbeziehen.

¹ Emile Krier: Luxemburg am Ende der Besatzungszeit und der Neuanfang. In: Kurt Düwell/Michael Matheus (Hrsg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947. Stuttgart 1997, S.69-95.

² Parlamentarische Anfrage N° 220 vom 18. Dezember 2004 des Abgeordneten Robert Mehlen und die Antwort des Premierministers vom 24. Januar 2005.

³ Retours d'URSS. Les prisonniers de guerre et les internés français dans les archives soviétiques 1945-1951. Paris 2001, S.13-33. Judith Feider: Le rapatriement des enrôlés de force luxembourgeois en captivité soviétique: Entre sentiments d'abandon et efforts diplomatiques. Paris Sorbonne 2003.

⁴ Jacques Dollar u. Robert Kayser: Histoire de la «Luxembourg Battery». Luxembourg 1982.

⁵ Henri Koch-Kent: Sie boten Trotz. 1939-1945. Luxemburger im Freiheitskampf. Luxembourg 1974, S. 309. Er gibt die Zahl der von den belgischen Militärbehörden erfassten Luxemburger mit 386 an. 264 Mann waren nach seinen Angaben vorher als Zwangsrekrutierte in alliierter Kriegsgefangenschaft gewesen.

⁶ Diese Zahl scheint aus heutiger Sicht zu hoch angesetzt.

⁷ Bulletin d'information, N° 2, 28 février 1946, S. 13-14: Activité du Commissariat au Rapatriement; N° 6, 30 juin 1946, S.3-7: Pressekonferenz vom 16.5.1946.

⁸ Die alliierten Mächte sahen diese Suchaktionen nationaler Kommissionen nur ungern und erlaubten ihre Aktivitäten nur ausnahmsweise.

Luxemburger Zwangsrekrutierte

- ⁹ Das „Commissariat au Rapatriement“ gab 1946 und 1947 je eine Liste mit Vermissten (Namen und Fotos) in kyrillischer Sprache heraus, die an alle Regierungen verschickt wurden.
- ¹⁰ Bericht des Autors an die Regierung vom 8.8.1995. Insgesamt erfasst wurden 1682 Kriegsgefangene. Für 101 zurückgebrachte Luxemburger fehlen die chronologischen Angaben zu ihrer Freilassung.
- ¹¹ Einige sind in schlechtem Deutsch verfasst, viele aber auch auf Luxemburgisch.
- ¹² Erny Schauss: Pickegen Drot. D’Leide vun engem Lëtzeburgesch Zwangsrekrutierten an Nazi-ffer. Luxembourg 2000 (Eigenverlag des Autors).
- ¹³ Bausch, Pierre/Faber, Ernest (Hrsg.): Tambow. Mersch 1946.
- ¹⁴ Amicale des Anciens de Tambow (Hrsg.): Tambow 1943-1945. 37 Joer duerno ... Luxembourg 1982, S. 148.
- ¹⁵ Zum Lager Tambow siehe auch noch: Amicale des Anciens de Tambow (Hrsg.): Tambow 1943-1945. Luxembourg 1963.
- ¹⁶ Bericht Nic Hoffelt in: Georges Even (Hrsg.): Ons Jongen a Meedercher. Die gestohlene Jugendzeit. Luxembourg 2012, S.178-188; Bericht Emile Steffen in: Ibidem, S. 95-111.
- ¹⁷ Bernard Ditsch: Odyssee eines Diekircher Zwangsrekrutierten 1940-1945. Luxembourg 1986, S. 77-84.
- ¹⁸ Bericht Alphonse Schmit in: Georges Even (Hrsg.) Deemols am Krich 1940-1945. Schicksale in Luxemburg. Menschen erzählen. Luxembourg 2005, S.55-98.
- ¹⁹ Als Ausnahme kann der Bericht von Emile Theisen gelten, der über seinen Aufenthalt in den Lagern in den Rheinwiesen bei Mainz, Bingen und Bretzenheim in: Georges Even : Deemols am Krich. 1940-1945. Schicksale in Luxemburg. Menschen erzählen. Luxembourg 2005, S.187-200.
- ²⁰ Dies ist auch für Kriegsgefangenenlager der Briten belegt.
- ²¹ Judith Feider: Les enrôlés de force luxembourgeois dans les camps soviétiques 1943-1953, Mémoire de maîtrise, Paris IV Sorbonne, 2001.
- ²² Judith Feider: Le rapatriement des enrôlés de force luxembourgeois en captivité soviétique: Entre sentiments d’abandon et efforts diplomatiques. Mémoire pour l’obtention d’un diplôme d’études approfondies en histoire, Paris Sorbonne 2003.
- ²³ Des souvenirs difficiles, à ne pas oublier. In: Le Quotidien, 16.8.2012.
- ²⁴ Man wollte den Gefallenen und den in der Kriegsgefangenschaft Verstorbenen den Ehrentitel «Morts pour la Patrie» nicht zugestehen.

Deutsche Kriegsgefangene in den Rheinwiesslagern. Alltagsrealität und Erinnerung

Vor 20 Jahren, Ende der 1980er Jahre, wurde das plötzliche Interesse an den Rheinwiesslagern ausgelöst durch das reißerische Buch von James Bacque „Der geplante Tod“. Der Verfasser des vorliegenden Beitrags, damals ein junger Mitarbeiter im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr, forschte zu den sozialen, demographischen und wirtschaftlichen Konsequenzen des Zweiten Weltkrieges. Aus der Beschäftigung mit den Thesen von James Bacque resultierten dann einige Veröffentlichungen,¹ die wiederum James Bacque veranlassten, den Autor des vorliegenden Beitrags zu einem „wichtigen Mitarbeiter“ des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und zum Sprecher der Bundesregierung in dieser Angelegenheit zu „befördern“.² Auch wenn der Autor bisher nie auf diese unsinnigen Zuschreibungen eingegangen ist, sei an dieser Stelle konstatiert, dass sich der Autor des vorliegenden Beitrags dienstlich als Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes nie mit den Veröffentlichungen von James Bacque befasst hat. Auch hat die Bundesregierung es zu Recht immer abgelehnt, in die geschichtswissenschaftliche Diskussion einzugreifen; sie benötigt daher auch keinen Pressesprecher in dieser Angelegenheit.

Im Folgenden werden in einem ersten Kapitel die alliierten Planungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Kriegsgefangenenfrage aufgezeigt. In einem zweiten Abschnitt wird auf die Situation in den Rheinwiesslagern aus der Sicht der Gefangenen eingegangen. Im dritten Kapitel werden die Thesen von James Bacque skizziert. Im vierten Schritt werden dann die wichtigsten Vorwürfe gegen die Westalliierten kritisch gewürdigt. Den Abschluss werden einige Bemerkungen zur Entwicklung des Forschungsstandes in den letzten 20 Jahren und der öffentlichen Diskussion über die Rheinwieslager bilden.

Alliierte Planungen und Maßnahmen

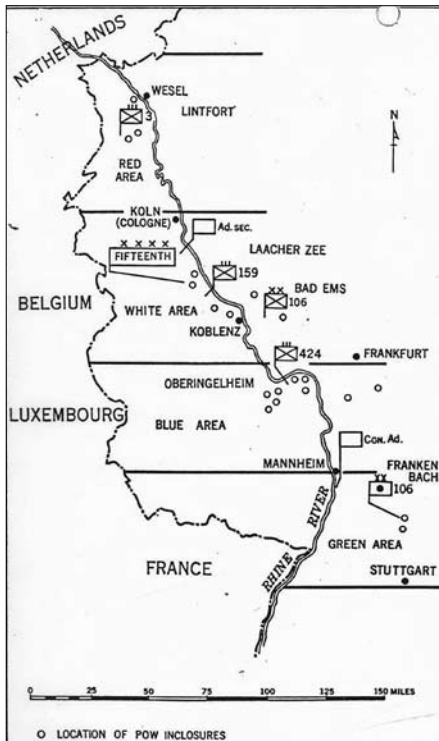
Zunächst hatten die Alliierten bei den Planungen für die Invasion und die anschließende Eroberung Deutschlands nur mit wenigen Kriegsgefangenen bis zum Zeitpunkt der Kapitulation gerechnet. Sie sollten nach Großbritannien verbracht und von dort weiter verschifft werden. Als dann aber im August 1944 diese Transporte eingestellt wurden, füllten sich die Lager in Großbritannien immer mehr. Es erwies es sich als notwendig, weitere Lager in Nordfrankreich anzulegen, die aber bald auch überfüllt waren. Bereits im Jahr 1943 hatten die Alliierten auch damit begonnen, über die weiter gehende Frage zu diskutieren, wie mit den deutschen Soldaten nach der Kapitulation zu verfahren sei. Ausgehend von der Befürchtung, die zu erwartenden Millionen Kriegsgefangene nicht ernähren zu können, entstand der Plan, sie nicht als Kriegsgefangene zu betrachten.

Deutsche Kriegsgefangene in den Rheinwiesenzlagern

Man verlegte sich auf die Argumentation, dass ein nicht mehr existierender Staat auch keine Soldaten mehr haben könne. Wer aber nicht Soldat sei, der könne auch nicht Kriegsgefangener werden. Von daher wählte man für die nach der Kapitulation gefangenen deutschen Soldaten die Bezeichnung „Disarmed Enemy Forces“ (DEF) – amerikanische Bezeichnung - oder „Surrendered Enemy Personnel“ (SEP) – britische Variante. Wichtig war diese Unterscheidung vor allem deswegen, weil diesen DEF/SEPs nicht der Schutz der kriegsvölkerrechtlichen Konventionen zugestanden wurde. Juristisch war diese Argumentation haltlos, die tatsächliche Behandlung unterschied sich jedoch kaum von der der „echten“ Kriegsgefangenen. Abweichend von den sonst üblichen Verfahrensweisen sollten als DEF/SEP deklarierte Einheiten geschlossen und organisatorisch intakt zur Verfügung gehalten und im Bedarfsfall als Arbeitskräfte zur Unterstützung

der alliierten Armee eingesetzt werden. Für die Versorgung dieser Verbände sollten nicht die Gewahrsamsmächte, sondern die deutschen Behörden verantwortlich sein.

Die militärische Lage entwickelte sich dann jedoch anders als geplant. Nach Überschreiten des Rheins im März 1945 – also bereits zwei Monate vor der Kapitulation – stiegen die Gefangenenzahlen explosionsartig an. Abweichend von den ursprünglichen Planungen hielt es das alliierte Oberkommando nun für einfacher, die Gefangenen nicht mehr nach Nordfrankreich zu schaffen, sondern ein System von ca. 20 Lagern im Wesentlichen längs des Rheines zu errichten – zunächst nur auf der linken Flussseite, um den Gefangenen die Möglichkeit zu nehmen zu flüchten und den Widerstand wiederaufzunehmen. Die ersten Lager richteten die Amerikaner im April ein, die letzten im Juni 1945 – als Rheinwiesenzlager wurden sie unrühmlich bekannt.

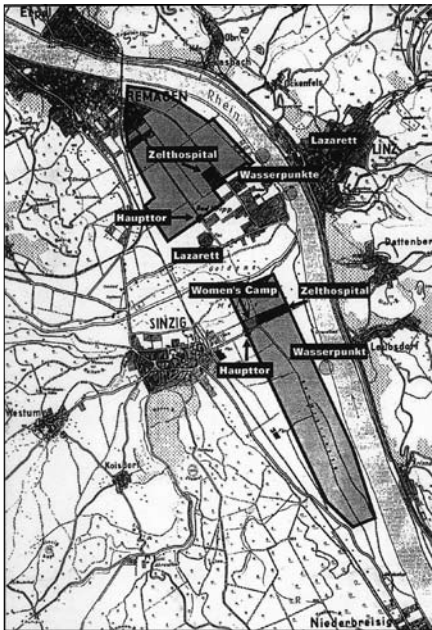


Raumaufteilung der Rheinwiesenzlager

aus: Dupuy, Richard Ernst: *St. Vith. Lion in the Way. The 106th Infantry Division in World War II*, Nashville: Battery, S. 228.

Rüdiger Overmans

Der Terminus Rheinwiesenerlager suggeriert, alle Lager hätten tatsächlich am Rhein gelegen, zu diesem Lagersystem gehörten aber auch weiter entfernte Lager, wie diejenigen in Heilbronn. Die Grundzüge der Lagerorganisation waren im Wesentlichen einheitlich. Verwendet wurden offene Ackerflächen inmitten menschlicher Besiedlung - am Rande eines Dorfes oder einer Kleinstadt, meist mit Bahnanschluss. Angrenzende oder auf dem Gelände liegende Wohngebäude, bzw. Fabriken wurden für die Verwaltung, Lager, Küchen und die Krankenreviere genutzt. Öffentliche Straßen oder Wege, die hindurchführten, wurden für den Verkehr gesperrt und zu Hauptlagerstraßen umfunktioniert.



Plan von Remagen

aus: Reiffen, Hans-Ulrich: *Das Rheinwiesenerlager Sinzig-Remagen 1945*, Remagen: Friedensmuseum 1994, Umschlagrückseite.

sind voll mit Schilderungen darüber, wie schrecklich das Wasser geschmeckt hat, aber die Maßnahme war erfolgreich. Außerdem verwendeten die amerikanischen Sanitäter DDT in großen Mengen zur Entlausung. Der Ausbruch von Seuchen konnte so verhindert werden.

Jedes Lager bestand aus 10-20 Cages zu je 5.000 -10.000 Mann, die meisten solcher Lager waren geplant für eine Kapazität von ca. 50.000 bzw. 100.000 Personen. Drei Gruppen erfuhren eine privilegierte Behandlung – die ca. 2.600 Frauen, die 68 Generäle und die Schwerkranken. Für sie standen Baracken, ein leerstehendes Wirtschaftsgebäude oder zumindest ein Zelt zur Verfügung, alle anderen aber waren im offenen Gelände der Witterung ausgesetzt. Ein großes Problem stellte die Trinkwasserversorgung dar. Hier ließen die Amerikaner sich eine ganz ungewöhnliche Lösung einfallen. Da die örtlichen Wasserversorgungssysteme nicht ausreichend leistungsfähig waren, versenkten sie Frachter im Rhein, indem sie die Frachträume mit Wasser volllaufen ließen. Anschließend wurde das Wasser gechlort und dann über Pumpen in die Lager geleitet. Die Berichte von Zeitzeugen

Deutsche Kriegsgefangene in den Rheinwiesenslagern

Mit der Bewachung dieser Lager wurde die 106th. Infantry Division beauftragt, eine gerade aufgefrischte, zusammen gewürfelte Einheit. Schon bald erwies sie sich als personell überfordert, so dass die Division um weitere 10.000 Mann aufgestockt, drei weitere Bataillone ad-hoc aufgestellt und DPs als Wachpersonal angeworben werden mussten. Aufgrund der zahlreichen Kranken wurden ihr zusätzliche Sanitätseinheiten unterstellt - so wuchs die Divisionsstärke bis auf 40.000 Mann an. Manche organisatorischen Mängel erklären sich aus dieser mangelnden Homogenität.

Zusätzlich ist zu bedenken, dass die nun als Wachpersonal eingesetzten ehemaligen DPs vorher jahrelang unter den Deutschen gelitten hatten und nun oft nicht die notwendige Distanz besaßen, sich korrekt zu verhalten. Aber auch die amerikanischen Soldaten besaßen ein negatives Deutschlandbild, hatten sie doch vorher Filme von der Befreiung der Konzentrationslager gesehen, wenn sie nicht sogar selbst an solchen Aktionen teilgenommen hatten. Die Versorgung sollte nach den ursprünglichen Planungen in den Händen der deutschen Behörden liegen; dieses Konzept erwies sich jedoch aus zwei Gründen als undurchführbar. Der erste lag darin, dass es nach dem Überschreiten des Rheins immer seltener vorkam, dass sich geschlossene Einheiten ergaben - in der letzten Phase des Krieges waren viele Einheiten zerschlagen worden, viele Soldaten hatten sich abgesetzt, um sich zu ergeben, oder einfach, das Ende in Ruhe abzuwarten. So mussten sie von den Amerikanern in kleinen und kleinsten Gruppen eingesammelt werden. Allerdings nahmen die Amerikaner nicht nur Soldaten gefangen - mitunter wurde jeder festgenommen, der Uniform trug – und sei es der Straßenbahnschaffner oder der Briefträger. Außerdem befanden sich Jugendliche, Volkssturmmangehörige, in letzter Minute eingezogene Vierzig- und Fünfzigjährige, Kriegsversehrte und ganze Lazarettbelegungen unter den Gefangenen. Aber selbst dann, wenn geschlossene Einheiten in Gefangenschaft gerieten, wurde darauf keine Rücksicht genommen, so dass jeder Zusammenhang verloren ging.

Der zweite Grund für das Scheitern des amerikanischen Versorgungskonzepts lag darin, dass die deutsche Zivilverwaltung überhaupt nicht in der Lage war, die Versorgung der Kriegsgefangenen zu gewährleisten. Sie besaß keinen Überblick über die noch vorhandenen Wehrmachtbestände, die ohnehin von den Amerikanern beschlagnahmt waren. Dennoch begannen die politischen und kirchlichen Gemeinden Lebensmittel, Kleidung, aber auch Literatur zu sammeln, die dann der jeweiligen Lagerleitung zur Weiterverteilung übergeben wurden. So hoch die Hilfsbereitschaft der Zivilbevölkerung auch zu bewerten ist, bezogen auf den Nahrungsmittelbedarf eines Lagers mit 100.000 Personen konnten die Mengen, die die im Umkreis lebende Bevölkerung im Jahr 1945 erübrigen konnte, jedoch doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein.

Sehr bald wurde daher klar, dass die Amerikaner entgegen ihren ursprünglichen Planungen doch die Gefangenen selbst versorgen mussten – dies jedoch nur widerwillig. Ohnehin waren dem enge Grenzen gesetzt, weil alle Transporte nur per Lkw über ein teilweise zerstörtes Straßennetz erfolgen konnten. Außerdem wurden Kapazitäten benötigt, um Material und Personal vom europäischen Kriegsschauplatz weg nach Asien zu schaffen. Diese Knappheit führte auch zu Versorgungsproblemen bei den angloamerikanischen Streitkräften selbst. Angesichts der Vielzahl an Problemen erwies es sich als notwendig, die Planungen zu ändern. Oberste Maxime der Amerikaner war dabei der Wille, möglichst bald diese Last loszuwerden. Bereits im Mai 1945 wurden die ersten Gefangenen freigelassen. Dies betraf zunächst diejenigen, die politisch unverdächtig waren, die Frauen und die Hitlerjungen. Später kamen für den Wiederaufbau wichtige Berufsgruppen, wie landwirtschaftliche Arbeiter, LKW-Fahrer und Bergleute sowie die älteren Gefangenen hinzu. Bei dieser zweiten Gruppe war allerdings zunächst zu prüfen, ob sie der Waffen-SS oder einer NS-Organisation angehört hatten, bzw. gegen sie sonstwie Belastendes vorlag. Zu diesem Zweck transferrierten die Angloamerikaner ihre Gefangenen in die Besatzungszone, aus der sie stammten, um sie dort in Lagern zu überprüfen und erst dann zu entlassen. Die erste Entlassungswelle wurde aber wieder gestoppt, weil sich eine andere Möglichkeit bot, sich der Gefangenen zu entledigen - die Übergabe an die Franzosen und die Briten. Letztere übernahmen bis zum 12. Juni 1945 die drei nördlichen Lager mit ca. 180.000 Kriegsgefangenen. Sie lösten sie binnen Wochen auf, indem sie die Gefangenen entweder entließen oder als Reparationszwangsarbeiter deportierten.

Im Mai 1945 bot das alliierte Hauptquartier Frankreich an, alle Rheinwiesenerlager, die sich in der französischen Besatzungszone befanden, vollständig zu übernehmen. Damit verbunden war der Hinweis, dass man die Gefangenen andernfalls freilassen müsse. Dieses Angebot war insofern unseriös, als auch die USA wussten, dass die Franzosen gar nicht in der Lage waren, die Kriegsgefangenen angemessen zu versorgen. Die Franzosen selbst hätten es zwar vorgezogen, die Gefangenen in kleineren Kontingenten zu erhalten, gingen jedoch notgedrungen auf das Angebot ein. Bereits am 26. Mai 1945 übernahmen sie alle Lager in Frankreich, am 10. Juli kamen auch die Lager in Deutschland hinzu.

Damit standen nun die Franzosen vor großen Problemen. Ihr Kontingent in Deutschland war mit ca. 182.000 zwar ähnlich groß wie das der Briten, aber ihre Ressourcen waren noch wesentlich limitierter als die der Briten - auch die Zivilbevölkerung in Frankreich litt an Unterernährung. Zwar entließen die Franzosen ein Drittel ihres Kontingents auf der Stelle, aber die anderen nach Hause zu schicken, hätte bedeutet, endgültig auf sie als Reparationszwangsarbeiter zu verzichten. Letztlich verblieb also die Mehrheit der Gefangenen in den Lagern und wartete dort auf den Abtransport, wurde gleichzeitig aber noch schlechter

Deutsche Kriegsgefangene in den Rheinwiesslagern

verpflegt als unter amerikanischer Hoheit. Prominente Deutsche, wie Konrad Adenauer und die Erzbischöfe von Trier und Köln, protestierten bei den Alliierten gegen die Zustände in den Lagern, auch das Rote Kreuz schaltete sich ein. Bis ca. Ende September waren sowohl die britischen als auch die französischen Lager aufgelöst, lediglich das französische Lager Bad Kreuznach/Bretzenheim – ähnlich wie Tuttlingen im heutigen Baden-Württemberg - diente noch bis 1948 als Transitlager für die aus Frankreich heimkehrenden Kriegsgefangenen. Im September 1945 stoppten dann die USA wegen der Proteste die Überstellung von weiteren Kriegsgefangenen an Frankreich. Besonders Schwerkranke wurden wieder in amerikanischen Gewahrsam zurücküberführt, die USA lieferten Hilfsgüter, wie auch die Franzosen selbst zusätzliche Güter auf dem Weltmarkt kauften. Im Endeffekt konnte die drohende Hungerkatastrophe vermieden werden.

Damit endete die Geschichte der Rheinwieslager Die nördlichen, die später an die Briten übergeben wurden, existierten rund zwei Monate lang. Die südlichen, die die Franzosen übernahmen, bestanden rund drei Monate lang. Hinzu kommt im zweiten Fall die „französische Phase“ die nochmals rund zwei Monate lang dauerte. Als besonders hart sind die ersten sechs Wochen bis Ende Mai anzusehen, danach besserte sich die Lage zusehends.



Passierschein zum Verlassen des Lagers

Quelle: Rüdiger Overmans

Die Sichtweise der Betroffenen

Werfen wir nun einen Blick darauf, wie die deutschen Kriegsgefangenen die Situation erlebten. Als sie in Gefangenschaft gerieten, da waren ihre Erwartungen an die Amerikaner als Gewahrsamsmacht hoch - nicht zuletzt, weil die Amerikaner viel versprochen hatten.

„Tausende, Zehntausende von deutschen Landsern haben sich der angloamerikanischen Armee ergeben, nachdem sie durch massenhaft abgeworfene, von General Eisenhower unterzeichnete Flugblätter zum Überlaufen aufgefordert worden waren, dass sie behandelt werden würden nach den Bestimmungen des Völkerrechts, dass sie nach Beendigung der Kampfhandlungen

Rüdiger Overmans

so schnell wie möglich ihren Familien zurückgegeben, und dass sie gepflegt werden würden nach den Verpflegungsgrundsätzen der bestverpflegten Armee der Welt, nämlich der USA-Armee.“³

Eine böse Überraschung bei der Gefangennahme war für alle das vor allem bei den Farbigen beliebte Filzen:

„Ein Neger nimmt Uhren ab. Er lässt sich dabei die Arme zeigen, um an den gebräunten Hautstellen zu erkennen, ob Uhren versteckt worden sind.“⁴

Von Russen hätte man so etwas erwartet, von Amerikaner nicht. Decken, Zelte, sonstige Ausrüstungsgegenstände und Lebensmittel mussten ebenfalls in der Regel abgegeben werden, oft gegen das Versprechen, im endgültigen Kriegsgefangenenlager völlig neu ausgerüstet zu werden - was aber nie eintraf. Hatte man chaotische Zustände in den provisorischen Sammellagern hinter der Front noch erduldet, so erwarteten die Gefangenen mit dem Eintreffen in den Rheinwiesenslagern, nun in geordnete Verhältnisse zu kommen. Das Gegenteil war jedoch der Fall. Ein Augenzeuge beschreibt den ersten Anblick des Lagers Remagen folgendermaßen:

„Das ist das Lager: Ein Acker, schwere mit Maschinen in die Erde gerammte Masten, die verbunden sind durch ein Stacheldrahtgeflecht, doppelt und dreifach gesichert mit abgerollten Spiralen, flankiert von hohen Wachtürmen, Patrouillenfahrten der Panzerwagen, Außenwachen mit ihren Spürhunden.“⁵



Lagerhöhlen, die sich die Gefangenen des Lagers in Remagen graben mussten, um notdürftig vor der Witterung geschützt zu sein.

Quelle: FRIEDENSMUSEUM Remagen

Deutsche Kriegsgefangene in den Rheinwiesenlagern

Da die meisten Gefangenen ihre Ausrüstung ja bereits bei der Gefangennahme verloren hatten, blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich Erdlöcher zu graben und darin zu schlafen:

„Zum Schlafen legten sie sich wie Mastschweine nebeneinander ins Erdloch. Gerd teilte seine Decke mit Gustav, weil er weder Mantel noch Wolldecke hatte. Die anderen drei zogen ihre Mäntel aus und deckten sich damit bis an die Ohren zu. Ihre Beine und Füße überließen sie der Unterkühlung, als ob sie für ihre unteren Extremitäten nur bedingt verantwortlich wären. Das war insofern ungerecht, als sie ihre Arme, Hände und Finger fürsorglicher behandelten. Sie waren sich aber nun mal darin einig, dass kalte Füße den Schlaf noch am wenigsten stören.“⁶

Gleichzeitig lebten diese Höhlenbewohner immer in der Gefahr, in einstürzenden Höhlen zu ersticken.

In den meisten Lagern existierten zu Anfang keine oder nur äußerst primitive Latrinen. Die Zustände beschreibt ein Augenzeuge folgendermaßen:

„Verheerend waren die ‚Bedürfnisanstalten‘. Etwa drei Meter tiefe Gruben waren zur Verrichtung der Notdurft ausgehoben worden. Ein Teil der Landser, am tiefer gelegenen Ende meines Camps sich aufhaltend, lag buchstäblich in einem See von Urin. Die Männer hatten sich wie alle eine manneslange Grube ausgehoben und diese mittels der angefallenen Erde mit einem gewissen Schutzwall umgeben. Mit der Zeit hatte sich dieser tiefelegene Teil des Camps mit Urin angesammelt. Wohl war die Möglichkeit gegeben, andere ‚Schlafstellen‘ aufzusuchen, aber entweder fehlte es den Betroffenen an der erforderlichen Kraft zum Ausheben anderer Gruben oder aber, und das dürfte der Wirklichkeit mehr entsprechen, sie waren durch das zeitliche und letztvergangene Kriegsgeschehen völlig apathisch und bedürfnislos geworden, so dass sie sich mit ihrem Schicksal abfanden.“⁷

Im Laufe des Mai und Juni wurden Latrinen aus Holz errichtet, allerdings mit dem Ergebnis, dass die Deckel nachts gestohlen wurden, um zur Ausgestaltung der Wohnhöhle oder als Feuerholz zu dienen.

Das Wetter war in den ersten Apriltagen noch trocken, Ende April aber begann es zu regnen. Wie er diesen Regen erlebte, beschreibt ein Augenzeuge so:

„Zuerst saugt sich die als Schirm über den Kopf gehängte Wolldecke wie ein Schwamm mit Wasser an. Dann folgt ihr der Mantel, die Feldbluse. Schon riecht ein kaltes Bächlein zwischen den ersten Rückenwirbeln und dem Schulterblatt ein. Und dann steht unser Adam völlig wie unter einer triefenden Dachrinne, schutzlos der Nässe und Kälte ausgesetzt. Alle Glieder starren in Eis. Zehen quatschen in formlosem Leder, die Brotbeutel tropfen. Sie bergen das letzte, nun unbrauchbare Hemd, walkweich, kalt, verloren.“⁸

Die Lager begannen sich in Schlammwüsten zu verwandeln. Viele Berichte erwecken den Eindruck, es habe monatelang geregnet:

„Immer wieder starrt mein Blick nach oben, ob noch nicht eine Aufhellung

*erfolgt, ob noch nicht eine Andeutung von einer Drehung des Windes zu vermerken ist. Immer noch ziehen die Wolkenmeere vom Westen heran, wälzen sich über den Rhein nach Osten, streichen tief an den Hängen der Berge entlang. Es regnet, regnet, regnet.*⁴⁹

Ein Vergleich mit den Daten der Meteorologischen Jahrbücher ergibt allerdings ein modifiziertes Bild: Zwar waren gerade die letzten Kriegstage Ende April/Anfang Mai verregnet, insgesamt aber war das Frühjahr 1945 überdurchschnittlich warm und sonnig - nur April und Mai waren dieser Regenperiode wegen zu nass. Berichte, wie das obige Zitat, sind daher nicht so sehr als meteorologische Beobachtungen, sondern vielmehr als Ausdruck der hoffnungslosen psychischen Situation in diesen letzten Tagen vor, bzw. nach der Kapitulation zu verstehen. Reguläre Soldaten, die durch den Kriegsdienst abgehärtet waren, kamen mit diesen Bedingungen leichter zurecht, aber in den Rheinwiesenlagern stellten sie vermutlich nur eine kleine Gruppe.

In den ersten Wochen war die Verpflegung in der Regel sehr ungleichmäßig, genug zu essen erhielt wohl kaum einer. Die Situation besserte sich zwar im Laufe des Mai, annähernd ausreichende, nie jedoch sättigende Portionen gab es erst im Juni. Womit vier Gefangene anfangs auskommen mussten, beschreibt ein Augenzeuge so:

*„Die 24-hour-ration enthielt zehn Kekse - jeder bekam zweieinhalb -, zwei kleine Riegel Haferflocken - jeder bekam davon eine halben -, einen Fleischbrühwürfel - der wurde mit einem geliehenen Messerchen säuberlich in vier gleiche Teile geschnitten -, drei kleine Riegel Schokolade, die sich auch noch unterschieden - jeder bekam drei verschiedene Viertel-, sechs Bonbons - jeder erhielt eineinhalb -, zwei Kaugummi - für jeden ein halbes -, ein paar Gramm schwarzen Tee - für jeden einen flachen Teelöffel voll auf die Hand. Vier Stück Zucker aufgeteilt auf vier macht ein Stück Zucker. Da gab's nichts durchzubeißen. Nach dem gleichen Rechengang erhielt jeder eine Chesterfield und zwei Blatt ‚latrine paper‘.*¹⁰

So kam es zu den typischen Hungersymptomen:

*„Es äußert sich zunächst in einem Schwächegefühl, in Unsicherheit und allgemeiner Mutlosigkeit, häufig auch in völlig unerwarteten Schwindelanfällen. Dann treten Schwellungen an den Fußknöchel auf, erzeugt vom Wasser. Deshalb konnte man auch oft die Stiefel nicht mehr aus- und anziehen, so verquollen waren der Rist und die Fesseln.*¹¹

Die Zivilbevölkerung versuchte zu helfen, indem sie zunächst spontan Nahrungsmittel und was sonst gebraucht werden konnte über den Zaun warf. Die Posten reagierten unterschiedlich. Während der Eine persönlich Päckchen über den Zaun reichte, war es Anderen ein Vergnügen, genau dies zu verhindern. Mitunter machten sich auch die Wachen einen Spaß, indem sie einen Essensrest oder eine Zigarettenkippe ins Lager warfen:

„Und die Deutschen ließen sich vorführen. Der zunächst Stehende wollte die Kippe aufheben, wurde jedoch von hinten umgestoßen, so dass er vornüber

Deutsche Kriegsgefangene in den Rheinwiesenlagern

*im Dreck landete und das bisschen Tabak unter sich begrub. Das hielt zehn andere nicht davon ab, sich auf ihn zu stürzen. Sie bildeten einen feldgrauen Haufen, aus dem bis an die Waden lehmverschmierte Beine herausragten.*¹²

Nach solchen Prügeleien weigerten sich manche Frauen wiederzukommen, weil ihnen diese Szenen zu widerwärtig waren.

Die psychischen Auswirkungen der Lagersituation auf die Gefangenen sind von zentraler Bedeutung. Schon bei der Gefangennahme, spätestens aber in den Sammellagern waren die Gefangenen durcheinander gewürfelt worden. Besonders schlimm war dies gerade für die Jungen:

*„Mit meinen 16 Jahren - ich war eigentlich noch ein großes Kind - war zunächst das Gefühl extremen Verlassenseins, der blanken Verzweiflung, am schlimmsten, als ich in Remagen vom Lastwagen, auf dem immer etwa 60 Soldaten stehen mussten, abgeladen wurde und vorher alle meine Freunde aus der Flak-Stellung aus den Augen verloren hatte.*¹³

Wer Einzelgänger blieb, der riskierte, beim Verlassen des Schlafplatzes für den Gang zur Toilette oder zur Wasserstelle, den Schlafplatz anschließend besetzt vorzufinden oder aller Habe bestohlen zu sein. Häufig kam es zu Diebstählen, die - wenn möglich - entweder durch Selbstjustiz oder durch die Lagerpolizei drakonisch bestraft wurden.

Der Zusammenschluss zu Gruppen bot nicht nur praktische Vorteile, er stabilisierte auch emotional, insbesondere wenn Ältere Jüngere unter ihre Fittiche nahmen. So konnten sich die mitunter 13-14jährigen etwas behütet fühlen und die Älteren hatten eine Aufgabe. Doch selbst die Zugehörigkeit zu einer Gruppe half nicht immer, mitunter wurden Gefangene gerade von den Gruppenkameraden aller Habe beraubt, weil die anderen der Ansicht waren, der Bestohlene werde ohnehin nicht mehr lange leben.

Ein weiterer, wesentlicher psychischer Belastungsfaktor im Lagerleben waren die Gerüchte. Hier einige Beispiele:

*„Wir werden nur registriert und in die Heimat entlassen, wir werden alle der Sowjetunion zur Zwangsarbeit ausgeliefert, wir werden sämtlich sterilisiert (!!), die älteren Jahrgänge werden entlassen, die Jungen bleiben auf unbestimmte Zeit in Gefangenschaft, Frankreich und Belgien lehnen deutsche Gefangene als Aufbaurbeiter ab, Frankreich fordert zwei Millionen deutsche Gefangene für seine Aufbaurbeiten an, die über fünfzig Jahre alten Kriegsgefangenen werden sofort entlassen, das gesamte Lager wird aufgelöst, das Lager wird weiter ausgebaut, das Lager wird in ein Konzentrationslager für politische Gefangene umgewandelt.“*¹⁴

So absurd die Gerüchte mitunter auch waren, sie tauchten die Gefangenen in ein Wechselbad von Hoffnungen und enttäuschten Erwartungen und erzeugten eine permanente Alarmstimmung.

Es hing nun vom eigenen Naturell ab, wie man mit der Situation fertig wurde. Eine mögliche Reaktion bestand in Fluchtversuchen, die vor allem in der ersten Zeit der provisorischen Lagersicherung mit einiger Erfolgsaussicht unternommen

Rüdiger Overmans

werden konnten. Unter denjenigen, die nicht flüchteten, hielten viele der psychischen Belastung nicht stand, Beispiele für einen Lagerkoller gibt es viele. Die dritte Möglichkeit war die Selbstaufgabe, oft an äußerer Verwahrlosung erkennbar:

„Unglaublich, wie verkommen dieser Dreckfink ist: ...Hier im Lager wäscht sich der Bursche in Wochen nicht einmal die Pfoten, von Gesicht oder Körper ganz zu schweigen. Niemand mag ihn, und so bleibt er für sich allein und schlingt nach dem Essenempfang im Stehen alles, was er empfangen hat, sofort ohne jede Zubereitung hinunter... Ich warne ihn, und bedeute ihm, dass, wenn er sich nicht zusammennimmt, sich nicht sauber hält und keinen Anschluss findet, er sicher nicht lebendig aus dem Lager kommt ... Wenige Wochen später ist er tot.“¹⁵

Diese Selbstdisziplin in einer Zeit der Untätigkeit stellte eine wesentliche Voraussetzung für das Überleben dar, auch wenn sie mitunter groteske Formen annahm. Ein Hilfsmittel war der Besitz eines Buches, das das Gefühl eines Restes von



Zeichnung aus dem Kriegsgefangenenlager Bretzenheim/Bad Kreuznach.

Quelle: Museum Bretzenheim

Kultur vermittelte, oder der Besuch von Gottesdiensten, bzw. von Kursen, die sich schon nach wenigen Wochen entweder selbst bildeten oder von der Lagerleitung organisiert wurden. Gelehrt wurde von Englisch über Kochrezepte bis zur Physik alles, was Zuhörer fand. Wichtig war sowohl für die Lehrenden als auch für die Lernenden nicht nur der Lernstoff, sondern auch das Ziel, die Aufgabe, die

zumindest zeitweilig von der Trostlosigkeit des Lagerlebens erlöste.

Trotzdem, auch für diejenigen, die sich nicht aufgaben, galt:

„Sechs Wochen Schlamm, Regen, Kälte; sechs Wochen Demütigungen und Entbehrungen; sechs Wochen als namen- und wesenloses Atom in einem willen- und funktionslosen Klumpen, der nur durch die Enge der durch Stacheldraht gezogenen Gevierte zusammengehalten wird, sie haben ihre Wirkung getan. Die physische und psychische Zermürbung nimmt täglich zu.“¹⁶

Deutsche Kriegsgefangene in den Rheinwiesslagern

Dies war in etwa die Situation Ende Mai, wie die Gefangenen sie erlebten. Dann begannen die Umgruppierungen und Entlassungen. Einige wurden tatsächlich entlassen, andere wurden aufgerufen und abtransportiert, nur um dann in einem anderen Kriegsgefangenenlager in ihrer Heimatzone zu landen. Diejenigen, die vorerst in den Lagern zurückblieben, mussten zusehen, wie die anderen entlassen wurden, während sie selbst voller Unsicherheit über ihr eigenes Schicksal warteten.

Im Juli 1945 wurden dann die Lager an die Franzosen übergeben. Alle Zeitzeugen sind sich darin einig, dass die Verpflegung sehr viel schlechter wurde als sie es unter den Amerikanern gewesen war. Auch die Behandlung wurde rigoroser. Zwischenfälle mit mehreren Toten sind vor allem für die französische Phase bekannt. Im September 1945 endete dann die Geschichte der Rheinwieslager.

Zum Abschluss der Ausführungen über die Sichtweise der Betroffenen möchte ich versuchen, die wesentlichen Gravamina, wie sie sich in vielen Berichten finden, zusammen zu fassen. Thematisiert werden dabei allerdings nicht so sehr die eigene psychische Situation und die eigene Verantwortung, sondern konkrete Verhaltenweisen der Gewahrsamsmächte:

1. Den Briten gelang es, in ihren Lagern Zustände wie in den Rheinwiesslagern zu verhindern. Die Amerikaner hingegen schienen über scheinbar unerschöpfliche Ressourcen zu verfügen. Wenn es ihnen trotzdem nicht gelang, die Kriegsgefangenen ausreichend zu versorgen, dann ist das auf Mutwillen, wenn nicht Vorsatz, zurückzuführen. Deutlich wird die amerikanische Haltung darin, dass das Rote Kreuz aus den Lagern ausgesperrt und die Zivilbevölkerung an der Hilfeleistung gehindert wurde. Nicht einmal vorhandene Hilfslieferungen des amerikanischen Roten Kreuzes wurden verteilt.
2. Eine große Anzahl von Kriegsgefangenen ist in den Lagern verstorben, sei es an Hunger oder an Krankheit. Viele sind in ihrer Schwäche in die Latrinen gestürzt und dort ertrunken, andere sind in ihren zusammenbrechenden Schlafhöhlen erstickt.
3. Die Übergabe von Kriegsgefangenen als Reparationszwangsarbeiter von der ursprünglichen Gewahrsamsmacht an eine andere wurde als Verrat, als Verkauf in die Sklaverei empfunden.
4. Die Amerikaner hatten eine korrekte, wenn nicht sogar gute Behandlung versprochen. Das Gegenteil war der Fall, sie wurden nicht als Menschen angesehen, sondern vollkommen rechtlos gestellt. Weder wurde ihnen der Kriegsgefangenenstatus zugebilligt, noch wurden sie registriert. Die Amerikaner haben hohe moralische Standards gesetzt und den Deutschen vorgeworfen, dagegen verstoßen zu haben. Tatsächlich haben sie sich jedoch nicht besser verhalten als die Deutschen gegenüber ihren Kriegsgefangenen und KZ-Insassen.

Die Thesen von James Bacque

Hier setzte nun James Bacque an. Im August 1989 wurde sein erstes Buch unter dem Titel „Other Losses“ in Kanada veröffentlicht, kurz danach brachte der Verlag Ullstein es in Deutsch mit dem Titel „Der Geplante Tod“ heraus. Es folgten mindestens weitere neun Auflagen und einige Taschenbuchausgaben. Zwar konnte der Verlag Ullstein auf Anfrage hin die Auflagehöhe nicht beziffern, sie dürfte aber im niedrigen sechsstelligen Bereich liegen. Veröffentlichungen in Frankreich, den USA und Italien folgten, die allerdings auf dem Buchmarkt nicht reüssierten. Im Jahr 1995 publizierte James Bacque dann noch einen zweiten Band unter dem Titel „Verschwiegene Schuld“, der jedoch von der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden ist.¹⁷

Beide Monographien sind als gedankliche Einheit zu verstehen, wobei das zweite den Kontext liefert, in den das Geschehen des ersten Bandes eingebettet ist. Die Diskussion der in den beiden Büchern präsentierten Thesen wird dadurch erschwert, dass der Autor – mitunter als Reaktion auf Kritik – bei neuen Auflagen zusätzliche Teile eingefügt oder aber auch bisher vorhandene weggelassen hat. Manche Textstellen aus den ersten Auflagen, die zwischenzeitlich entfernt worden waren, finden sich aber auch in späteren Auflagen wieder. Darüber hinaus unterscheiden sich die Übersetzungen erheblich voneinander. Zusätzlich enthalten die verschiedenen Sprachversionen Texte, die auf die Situation in den jeweiligen Ländern eingehen und in den anderen Versionen natürlich fehlen. So erfreulich es ist, wenn ein Autor auf die Einwände seiner Kritiker reagiert, so sehr erschweren diese Änderungen die Diskussion der Thesen. Von daher werde ich im Folgenden nur ganz grob auf die wesentlichen Thesen eingehen.

Nach James Bacque wurde Deutschland das Opfer des Morgenthau-Plans, den der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau im August 1944 entwickelt hatte. Angeblich machte sich Eisenhower, der die Deutschen von jeher hasste, die Intentionen dieses „Morgenthau-Plans“ zu eigen und führte aktiv eine Situation herbei, die zum Tod von ungefähr 600.000 – 800.000 deutscher Kriegsgefangener in den Rheinwiesenlagern unter amerikanischer Verantwortung führte. Erreicht wurde dieses Ziel dadurch, dass den Kriegsgefangenen willentlich vorhandene Nahrungsmittel verweigert, Hilfeleistung seitens der deutschen Zivilbevölkerung vereitelt sowie Lagerinspektionen und Hilfslieferungen des Roten Kreuzes verhindert wurden. Die Franzosen wurden genötigt, im Juli 1945 die Lager zu übernehmen, obwohl sie gar nicht in der Lage waren, die neu übernommenen Gefangenen zu ernähren. Trotz Warnungen von verschiedenen Seiten unternahmen die Franzosen und die Amerikaner nichts, um die Situation zu verbessern, so dass in den Monaten nach der Übernahme weitere 200.000 – 300.000 Kriegsgefangene starben.¹⁸

Nach Auffassung Bacques ist diese Million nie registriert worden. Fälschlicherweise haben die Deutschen in der Nachkriegszeit vermutet, diese Kriegsgefangenen seien im Osten auf dem Territorium der UdSSR ums Leben gekommen.

Deutsche Kriegsgefangene in den Rheinwiesenslagern

Angeblich beweisen sowjetische Quellen jedoch, dass dies nicht der Fall war, sondern diese Soldaten sich von der Ostfront in den Westen gerettet haben. In den Rheinwiesenslagern sollen sie dann unerkannt ums Leben gekommen sein. In den Folgejahren bis 1950 wurde der Morgenthau-Plan trotz des Rücktritts von Henry Morgenthau im April 1945 durchgeführt - mit dem Ergebnis, dass nach Bacques Auffassung zwischen 9,3 und 13,7 Millionen Deutsche ums Leben kamen – zusätzlich zu den registrierten Todesfällen von Kriegsgefangenen und Zivilisten.¹⁹

So weit zu den Thesen von James Bacque; die deutsche Öffentlichkeit hat sich allerdings seine Auffassungen nie im vollen Umfang zu eigenen gemacht. Der vermeintliche Kontext, der Morgenthau-Plan, ist kaum zur Kenntnis genommen worden. Auch der französische Anteil an diesen vermeintlichen Verbrechen ist kaum thematisiert worden. Im Vordergrund stand das eigene Leid in den Lagern, das die Betroffenen durch James Bacque endlich gewürdigt sahen.

Diskussion der Gravamina

Der erste Vorwurf, die USA hätten nicht alles ihnen Mögliche getan, um die Kriegsgefangenen zu versorgen, deckt sich mit der These von James Bacque, Eisenhower habe aus Hass auf die Deutschen willentlich eine Hungerkatastrophe in den Lagern herbeigeführt. Bacque argumentiert aufgrund von Kalkulationen, es habe keine Knappheit an Nahrungsmitteln gegeben. Völlig außen vor bleibt allerdings die Frage, wie sich die Ernte räumlich und zeitlich verteilte, ob den Entscheidungsträgern dieses Verteilungsmuster bekannt war und ob sie über die Ressourcen verfügten, die Nahrungsmittel dorthin zu bringen, wo sie benötigt wurden. Eines steht jedenfalls fest: Weite Kreise der europäischen Bevölkerung haben 1945 gehungert, die anderen hatten allenfalls gerade genug zu essen. Die USA hatten zu kämpfen, um die Millionen von DP's und alliierten Kriegsgefangenen neben ihren eigenen Truppen zu ernähren. Die deutschen Kriegsgefangenen besser zu ernähren, wäre den USA nur möglich gewesen, wenn die Rationen einer anderen Gruppe gekürzt worden wären. Genau dies war aber politisch weder durchsetzbar noch gewollt und wäre moralisch auch nicht zu vertreten gewesen.

Unstrittig hat es Lebensmittelvorräte gegeben, die trotz ihrer Verfügbarkeit nicht an die Gefangenen ausgegeben wurden. Dabei handelte es sich um Lieferungen des Amerikanischen Roten Kreuzes, die für die alliierten Kriegsgefangenen in Deutschland bestimmt gewesen waren. Sie hatten dann allerdings wegen des Kriegsendes nicht mehr verteilt werden können. Da das Amerikanische Rote Kreuz als Eigentümerin die Zustimmung zu einer anderweitigen Verwendung verweigerte, waren der US Army die Hände gebunden. Darüber hinaus wurden mitunter auch Hilfeleistungen der Zivilbevölkerung unterbunden. Hier machte sich vermutlich die negative Einstellung des Wachpersonals bemerkbar, die ich schon erwähnt habe.

Sicherlich ist es richtig, dass es den Briten trotz ihrer zweifellos geringeren Ressourcen gelang, Zustände wie in den Rheinwiesenlagern zu vermeiden. Sie handelten klug, indem sie gemäß dem ursprünglich gemeinsam beschlossenen Konzeptes die gefangen genommenen deutschen Verbände lediglich entwaffneten. Ihnen wurden Verfügungsräume zugewiesen, in denen sie sich einzurichten hatten. Die Organisationsstrukturen blieben erhalten. Die deutschen militärischen Vorgesetzten waren weiterhin verantwortlich für die Versorgung der Kranken und Verwundeten wie auch für die Ernährung. Wie das in der britischen Zone in Norddeutschland organisiert war, zeigt die folgende Abbildung.



Britische Lager in Norddeutschland

aus: Wolff, Helmut: *Die deutschen Kriegsgefangenen in britischer Hand – ein Überblick*, München 1974, Kartenanhang

Insgesamt befanden sich ca. 1,5 Millionen Kriegsgefangene in diesen Lagern. Versorgt wurden sie aus noch vorhandenen Wehrmachtbeständen, Hilfslieferungen erhielten sie nur dann, wenn es unabdingbar war.²⁰

Zusammenfassend ist hinsichtlich des ersten Vorwurfs festzustellen, dass die falsche amerikanische Politik einen wesentlichen Grund für die Missstände in den Rheinwiesenlagern bildete. Auch hat es den Amerikaner damals mitunter an der Bereitschaft gefehlt, alles zu versuchen, um das Chaos zu bewältigen, das sie selbst in den Lagern angerichtet hatten. Aber eine kriegsvölkerrechtlich korrekte Versorgung wäre in den Rheinwiesenlagern wohl weder möglich noch moralisch gegenüber anderen Gruppen vertretbar gewesen. Trotzdem bleibt dieses Verhalten ein Völkerrechtsverstoß.

Der zweite Vorwurf bezieht sich auf die angeblich große Zahl an Toten. James Bacque weitet ihn noch dahin gehend aus, dass rund eine Million Gefangene ums Leben gekommen sein sollen. Dabei soll es sich um Soldaten handeln, die von der deutschen Öffentlichkeit irrtümlich annahm, sie seien in der UdSSR vermisst. Todesfälle ereigneten sich zum einen bei Fluchtversuchen und Schie-

Deutsche Kriegsgefangene in den Rheinwiesslagern

ßereien betrunkenen Wachen - dabei handelte es sich jedoch um Einzelfälle, vor allem in der Anfangszeit. Der folgenreichste, in Berichten erwähnte Vorfall ereignete sich in Andernach - 24 Gefangene kamen dabei ums Leben, allerdings nicht im amerikanischen, sondern im französischen Gewahrsam. Eine weitere Todesart, die oft beschrieben wird, bestand darin, in ein Latrinelloch zu fallen und dort vor Schwäche zu ertrinken. Solche Unfälle bleiben in Erinnerung und werden geschildert, weil sich darin der Ekel und die Angst spiegeln, ebenfalls ein solches Schicksal zu erleiden - ein Massenschicksal stellen sie jedoch nicht dar.

Ähnlich verhält es sich mit denjenigen, die sich eine Höhle gegraben hatten und nun in der Angst lebten, von der einstürzenden Höhle lebend begraben zu werden. In manchen Berichten wird die Befürchtung geäußert, noch heute könnten die Opfer solcher Unfälle in ihren Höhlen auf dem Gelände der ehemaligen Lager liegen. Einige wenige Male haben Bauern später tatsächlich einzelne Leichen zufällig gefunden. In den Fällen, in denen solchen Gerüchten nachgegangen und systematisch Grabungen durchgeführt wurden, bestätigten sich die Angaben nicht. Heute sind die ehemaligen Lagerflächen in der Regel bebaut, aber auch bei den Ausschachtungsarbeiten hierfür wurden keine Massengräber gefunden. Letztlich dürfte also in den Berichten über Tote in den Höhlen vorwiegend die Angst vor einem derartigen Tod zum Ausdruck kommen - Massenschicksale waren dies nicht.

Dieses Ergebnis wird bestätigt durch eine Untersuchung für das Doppellager Remagen/Sinzig: Obwohl das Lager eine Höchstbelegungsstärke von knapp 300.000 Mann gehabt hatte, kam es nach dem Krieg nur in 18 Fällen zu Nachforschungen über Personen, die sich in Remagen aufgehalten hatten und nun gesucht wurden. Davon erwiesen sich einige als lebend, andere waren in Remagen gestorben. Mehrere waren zwar in Remagen/Sinzig gewesen, sie sind aber nicht notwendigerweise dort gestorben - vieles spricht dafür, dass sie nach Frankreich transferiert worden und dort gestorben sind. Doch selbst wenn alle 18 Vermissten tatsächlich in Remagen ums Leben gekommen wären, dann wäre ihr Anteil bezogen auf die 300.000 Gefangenen dort verschwindend gering. Insgesamt kann man daher feststellen, dass es unentdeckte, spurlos in den Rheinwiesslagern Verschwundene nur in Einzelfällen gegeben hat - und diese Nachforschungen sind längst abgeschlossen.

Es hat nicht an Bemühungen gefehlt, die Zahl der Toten möglichst exakt festzustellen. Die wohl gründlichste Untersuchung hat die Maschke-Kommission durchgeführt. Sie kam zu dem Ergebnis, dass in den sechs Lagern mit der höchsten Sterblichkeit ca. 5.000 von 500.000 Insassen ums Leben gekommen sind. Rechnet man diese Zahl auf die ca. 1.000.000 Gefangenen in allen Rheinwiesslagern um, dann ergibt sich eine mögliche, aber nicht belegte Zahl an Ge-

samtverlusten von ca. 10.000 Menschen. Eine Untersuchung für die beiden Remagener Lager, die immerhin ein Drittel aller Gefangenen umfassten, bestätigt dieses Ergebnis und schließt höhere Todeszahlen für diese Region aus. Die Frage, ob nun 5.000 oder 10.000 Menschen in den Lagern ums Leben gekommen sind, lässt sich derzeit wohl nicht sicher bestimmen, eines ist jedoch eindeutig: Von einem Massensterben kann keine Rede sein, auch wenn in diesen Lagern unbestreitbar Tausende von Menschen unter unwürdigen, vermeidbaren Umständen gestorben sind.

Auf die These von James Bacque, es seien nicht nur viele, sondern bis zu einer Million Kriegsgefangene gestorben, kann hier nur kurz eingegangen werden: Wenn alle Belege für eine – relativ – geringe Zahl an Toten falsch wären und tatsächlich so viele Menschen in den Rheinwiesenslagern gestorben wären, dann müssten eine Million Leichen beerdigt worden sein. Nachdem es bisher völlig an Berichten über Einäscherungen fehlt, müsste es auch eine Million Gräber oder entsprechende Massengräber geben. Im dicht besiedelten Rheintal hätten solche Gräber nicht unbemerkt bleiben können – es liegen aber keine derartigen Beobachtungen vor.

Ähnlich abwegig ist die These, bei den in den Rheinwiesenslagern Verschwundenen handle es sich um solche Männer, die eigentlich an der Ostfront eingesetzt gewesen seien und sich in den letzten Kriegsmonaten in den Westen durchgeschlagen hätten – um dann doch noch in den Rheinwiesenslagern zugrunde zu gehen. Bei den Vermissten an der Ostfront, deren Schicksal bis heute oft nicht geklärt ist, handelt es sich um Soldaten, die bereits ein Jahr vorher bei den Zusammenbrüchen der Heeresgruppen Mitte, Ukraine und Südukraine im Sommer 1944 zu Hunderttausenden ums Leben gekommen sind.²¹

Ein Zusammenhang zwischen diesen Vermisstenfällen und den Rheinwiesenslagern ist nicht erkennbar. Wenn James Bacque behauptet hätte, die Zahl der Todesfälle würde nicht 5.000, sondern 50.000 betragen, dann wäre es aufgrund der Lückenhaftigkeit der vorliegenden Daten vermutlich schwierig, ein solches Argument zu widerlegen. Aber Verluste in der Höhe wie James Bacque sie postuliert sind definitiv auszuschließen.

Der dritte Vorwurf bezieht sich darauf, dass die USA die deutschen Kriegsgefangenen völkerrechtswidrig als Reparationszwangsarbeiter an andere Gewahrsamsstaaten überstellt hätten. In diesem Zusammenhang sei das Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg vom 1.10.1945 zitiert. Die Richter zitierten eine Stellungnahme, die der deutsche Admiral Wilhelm Canaris im Jahr 1941 gegen die verbrecherischen Befehle für die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen formuliert und Hitler zur Kenntnis gebracht hatte. Aus Sicht des Gerichts zeigte die Stellungnahme von Canaris, dass es in der deutschen

Deutsche Kriegsgefangene in den Rheinwiesslagern

Führung sehr wohl Personen gegeben hatte, die – allerdings vergeblich – gefordert hatten, das Kriegsvölkerrecht korrekt anzuwenden. Aus dieser Stellungnahme stammt das nachfolgende Zitat:

„Das Genfer Kriegsgefangenenabkommen gilt zwischen Deutschland und der UdSSR nicht, daher gelten lediglich die Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts über die Behandlung der Kriegsgefangenen. Diese haben sich seit dem 18. Jahrhundert dahin gefestigt, dass die Kriegsgefangenschaft weder Rache noch Strafe ist, sondern lediglich Sicherheitshait, deren einziger Zweck es ist, die Kriegsgefangenen an der weiteren Teilnahme am Kampf zu verhindern.“²²

Die Alliierten haben zwar versucht, die Zurückbehaltung der deutschen Kriegsgefangenen damit zu erklären, dass die Genfer Konvention die Freilassung erst nach Friedensschluss vorsehe, dieser aber nicht erfolgt sei. Dem ist entgegen zu halten, dass die Formulierungen der Kriegsgefangenenkonvention von 1929 die Grundsätze des Kriegsvölkerrechts nicht aufheben können. Darüber hinaus erfolgte die Zurückbehaltung der deutschen Kriegsgefangenen nicht, weil ein Friedensvertrag noch ausstand, sondern beruhte unabhängig davon auf bereits während des Krieges getroffenen Entscheidungen über die deutschen Reparationsleistungen.²³

Der vierte und letzte Vorwurf bezog sich darauf, die Alliierten hätten die Einhaltung hoher Standards versprochen, aber dann die deutschen Kriegsgefangenen nicht besser behandelt als die Deutschen vorher ihre Kriegsgefangenen oder die KZ-Insassen behandelt hätten. Diesen Vorwurf nachzuvollziehen fällt leichter, wenn man das nachfolgende Flugblatt liest. Es handelt sich um eine vom Reichspropagandaministerium gefälschte Fassung des bereits erwähnten alliierten Flugblatts.

An diesen Text dürften sich die Gefangenen in den Rheinwieslagern erinnern haben.



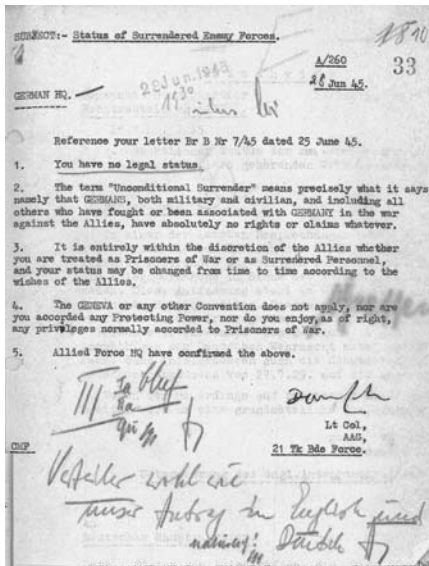
Gefälschter Passierschein

aus: Buchbender, Ortwin: Heil Beil, Stuttgart: Seewald 1974, S. 157.

Rüdiger Overmans

In diesen Zusammenhang gehört auch der Vorwurf, die Gefangenen seien jedes Rechtsstatus beraubt worden. Schriftlich dokumentiert findet sich dieser Standpunkt in der Regel nicht; das nachfolgende Beispiel stammt aus dem britischen Gewahrsam. Der deutsche Kommandeur der Wehrmachtverbände, die bei Rimini (Italien) in einen Verfügungsraum ähnlich wie diejenigen in Norddeutschland versammelt waren, hatte beim britischen Kommandeur nachgefragt, welchen Rechtsstatus seine Soldaten und er nun besäßen. Die Antwort ließ an Klarheit nicht zu wünschen übrig.

Schriftliche Stellungnahmen anderer alliierter Kommandeure – so es sie denn gäbe – wären vermutlich nicht grundsätzlich anders ausgefallen. Eines ist in diesem Zusammenhang allerdings zu bedenken: Letztlich verhielten sich die Alliierten in der Realität verantwortungsvoller als das nachstehende Schreiben es vermuten lässt.



Quelle: Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv, ZA 7/7.

Orientierung auf neue Werte war schmerzhaft und langwierig. Zu dem zermürbenden Existenzkampf um die Essensration, der Sicherung der eigenen Habe vor dem Diebstahl und der Versuchung, selbst zum Dieb zu werden, kam die Ungewissheit über die eigenen Zukunft und die der Angehörigen, von denen die meisten seit dem Beginn des Endkampfes Anfang 1945 nichts mehr gehört hatten. All diese Faktoren führten zunächst einmal zu einem Gefühl der völligen

Wenn man zum Abschluss dieses Kapitels versucht, die Gravamina der Kriegsgefangenen in den Rheinwiesenlagern zusammenzufassen, dann ist festzustellen, dass es sehr wohl Sachverhalte gab, an denen sich Kritik zu Recht festmacht. Doch diese Kritik wirkt überzogen, sie verabsolutiert die Situation der Betroffenen und blendet den damaligen Kontext aus. Verständlich wird diese Haltung erst, wenn man die Situation der Betroffenen bedenkt.

Mit der Kapitulation brach für viele eine Welt zusammen - und dieses Ereignis fiel nun exakt in den Zeitraum, in dem es andauernd regnete, die Lager Schlammwüsten darstellten und die anti-deutschen Gefühle der Amerikaner besonders ausgeprägt waren. Die notwendige

Deutsche Kriegsgefangene in den Rheinwiesslagern

Verzweiflung, zum psychischen Zusammenbruch. Zur Untätigkeit verdammt, ständig wechselnden Gerüchten ausgesetzt, vor Hunger immer schwächer werdend, waren sie dazu verdammt, tagaus, tagein zu warten, ohne das eigene Schicksal beeinflussen zu können. In einer solchen Situation wurden Übergriffe der Amerikaner besonders aufmerksam registriert, weil sie die eigene Recht- und Hilflosigkeit vor Augen führten. Hatten die Amerikaner nicht zigfach versprochen, die Deutschen korrekt zu behandeln? Und nun war das Gegenteil der Fall. Von daher fühlten sich die Gefangenen als Opfer der Amerikaner und des Krieges - und nicht als Verantwortliche, als Täter.

Dies war die Mentalität vieler ehemaliger Lagerinsassen, wie der Autor sie Anfang der 90er Jahre kennen gelernt hat. Ihre Kritik machte sich an den eigenen Erfahrungen fest, ein rechtskonservatives oder gar rechtsradikales Weltbild war damit nicht notwendigerweise verbunden. Heute lebt kaum noch jemand von ihnen. In der Bevölkerung gehen damit auch die Kenntnisse über die damaligen Geschehnisse verloren. Genau hier liegt die Chance der Rechtsradikalen, ihre Thesen vorzutragen, die weit über die Gravamina der Lagerinsassen hinausgehen. Sie argumentieren nicht mit den Missständen im Lager X oder Y, sondern mit dem Morgenthauplan, also mit den großen politischen Konzepten. Insofern erreicht die Auseinandersetzung nun eine neue Qualität.

Schlussbemerkung

Abschließend seien einige Überlegungen zum Stand und dem Gang der Forschung zu den Rheinwiesslagern angestellt. Als das Thema Ende der 1980er Jahre durch James Bacque erstmals in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt wurde, lagen bereits zahlreiche Zeitzeugenberichte vor. Auch in der umfangreichen populärwissenschaftlichen Literatur waren die Lager durchaus erwähnt. Anders sah es in der geschichtswissenschaftlichen Forschung aus. Seit dem Zweiten Weltkrieg fristete die Militärgeschichtsschreibung ein Mauerblümchendasein. Noch mehr galt diese Feststellung für die Kriegsgefangenengeschichte – es existierte keine einzige von einem Deutschen verfasste geschichtswissenschaftliche Monographie zu den deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs. Lediglich auf zwei Werke ist zu verweisen, die zumindest partiell einen geschichtswissenschaftlichen Anspruch erhoben. Bereits im Jahr 1985 verfasste Gertrud Schuster eine Magisterarbeit über die Kriegsgefangenenlager Galgenberg und Bretzenheim. Hinzu kommt das Werk der Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte. Sie allerdings der universitären Geschichtswissenschaft zuzuordnen fällt schwer. Nicht nur war der wichtigste Autor, Kurt W. Böhme, kein Historiker, sondern ein Fachmann des Roten Kreuz mit schriftstellerischem Talent. Die 22 Bände, die die Kommission verfasste, verstanden sich auch nicht als Gesamtdarstellung der Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, sondern explizit als „Dokumentation“, also lediglich als Aufbereitung von Dokumenten ohne ge-

schichtwissenschaftliche Interpretation. Trotzdem erarbeitete die Kommission ein sehr solides Grundlagenwerk, das auch heute noch seinen Wert besitzt. Nur – eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Gesamtdarstellung ist es nicht und wollte es auch nicht sein – und einen Beleg für das Engagement der universitären Geschichtswissenschaft in diesem Thema stellt die Arbeit der Kommission sicher nicht dar.

Natürlich wurde Vieles zum Thema als Reaktion auf das erste Buch von James Bacque veröffentlicht, die allermeisten Publikationen konzentrierten sich jedoch darauf, die Thesen von James Bacque zu widerlegen; inhaltlich Neues wurde selten publiziert. Zu erwähnen sind hier die Monographie von Arthur Smith, zwei – allerdings hervorragende - Aufsätze von Kurt Kleemann über die Vermisstensuche in Remagen und von Bertram Resmini über das Lagersystem, sowie einige lokalhistorische Studien, u.a. die von Hans-Ullrich Reiffen über Sinzig-Remagen sowie von Herbert Reiners über Wickrathberg.²⁴ Die wichtigste Veröffentlichung allerdings ist die akten- und faktesättigte Dissertation von Christof Strauß über die beiden Kriegsgefangenenlager in Heilbronn.²⁵ Finanziell und fachlich unterstützt von der Stadt Heilbronn hat er eine 500seitige umfassende Arbeit vorgelegt. So positiv die wenigen hier aufgezeigten Veröffentlichungen zu bewerten sind – bezogen auf 20 Jahre, die der Forschung seit den Veröffentlichungen von James Bacque zur Verfügung standen, fällt die Bilanz sehr bescheiden aus. Einige der bisher kaum oder gar nicht bearbeiteten Fragen seien hier kurz skizziert: Über die britischen und US-amerikanischen Entscheidungsprozesse auf der militärischen Ebene sind wir faktisch nicht informiert. Wie die Durchschleusung von der Front in die Lager erfolgte, ist unbekannt. Gleiches gilt für die vielen Zwischenfälle in den Lagern, deren Hintergrund bis heute ungeklärt ist. Von vielen Lagern sind nicht einmal Eckdaten wie die Gründung und die spätere Auflösung bekannt. Über den Umfang und den Zeitpunkt der Entlassung von Kriegsgefangenen, wie über die Zahl der Todesfälle wissen wir bei den meisten Lagern ebenfalls wenig. Die Liste der Desiderata ist damit nicht abgeschlossen, die Lücken sind zahlreich – weitere Forschung würde sich lohnen.

¹ Overmans, Rüdiger: German Historiography, the War Losses and the Prisoners of War, in: Bischof, Günter/ Ambrose, Stephen (ed.): Eisenhower and the German POWs, Baton Rouge 1992, S. 127-169; Overmans, Rüdiger: „Ein untergeordneter Eintrag im Leidenbuch der jüngeren Geschichte“? Die Rheinwiesenerlager 1945, in: Volkmann, Hans-Erich (Hrsg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München: Piper 1995, S. 259-291; die folgenden Ausführungen beruhen auf diesem Beitrag; auf den auch hinsichtlich der Belege verwiesen wird.

² Bacque, James, Der geplante Tod, 10. Auflage, Berlin: Ullstein 2004, S. 260.

³ Hellweg, Fritz vom: Rheinwiesen 1945, Wuppertal 1951, S. 6.

⁴ Bericht WKU 221, S. 31, Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv, B 205/v. 240b.

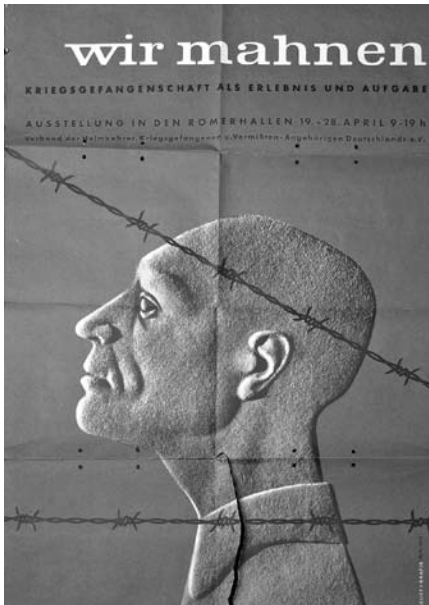
⁵ Thomas Hansheinrich/ Hofmeister, Hans: Das war Wickrathberg, Minden 1950, S. 11.

Deutsche Kriegsgefangene in den Rheinwiesenlagern

- ⁶ Brägelmann, Paul: Auf den Rheinwiesen 1945, Cloppenburg: Runge 1992, S. 36.
- ⁷ WKU 222, S. 3, Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv, B 205/v. 240b; ähnlich WKU 239, S. 2: „Das Lager war nichts weiter als eine große Kloake; denn jeder schiß dorthin, wo er gerade stand. Der nächste, ruhebedürftig, setzte sich hinein.“, Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv, B 205/v. 242b; Brägelmann (wie Anm. 9), S. 41;
- ⁸ Oberneder, Marzell: Wir waren Kreuznach, Straubing, Attenkofersche Buchdruckerei, 1954, S. 27.
- ⁹ Hellweg (wie Anm. 5), S. 45.
- ¹⁰ Brägelmann (wie Anm. 9), S. 65.
- ¹¹ Oberneder (wie Anm. 12), S. 52-53.
- ¹² Brägelmann (wie Anm. 9), S. 43.
- ¹³ Kürten, Remagen (wie Anm. 1), S. 79.
- ¹⁴ Hellweg (wie Anm. 5), S. 41, 60; ähnlich Göers, Heinrich: So hab' ich's erlebt - Lager Bad Kreuznach, Bramsche: Rasch 1991, S. 78.
- ¹⁵ Hellweg (wie Anm. 5), S. 48; s. auch von Rad, Gerhard, Erinnerungen aus der Kriegsgefangenschaft. Frühjahr 1945, Neukirchen-Vluyn, S. 31.
- ¹⁶ Hellweg (wie Anm. 5), S. 81.
- ¹⁷ Bacque, Geplanter Tod, 10. Aufl. S. 253.
- ¹⁸ Bacque, James: Verschwiegene Schuld, 2. Auflage, Selent: Pour le Merit 2002, Verschwiegene Schuld, S. 38-66.
- ¹⁹ Bacque, Verschwiegene Schuld (wie Anm. 23), S. 138-152.
- ²⁰ Piening, Holger: Als die Waffen schwiegen, Heide: Westholsteinsche Verlagsanstalt 1995, S. 66-71
- ²¹ Overmans, Rüdiger: Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg, München: Oldenbourg 1999, S. 285.
- ²² Overmans, Rüdiger et al. (Hrsg.): Rotarmisten in deutscher Hand, Paderborn: Schöningh 2012, S. 93-96.
- ²³ Schöbener, Burkhard: Die amerikanische Besatzungspolitik und das Völkerrecht, Frankfurt: Lang 1991, S. 508.
- ²⁴ Kleemann, Kurt: Die Kriegsgefangenenlager Remagen und Sinzig 1945 aus der Sicht kommunaler Aktenbestände, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, 20 (1994), S. 451-483; Reiffen, Hans-Ulrich: Das Rheinwiesenlager Sinzig-Remagen 1945, Remagen 1994; Reiners, Herbert: Kriegsgefangenenlager Wickrathberg 1945 (POW TE A-9). Ein Beitrag zur Mönchengladbacher Stadtgeschichte, Mönchengladbach 1998; Resmini, Bertram: Lager der Besatzungsmächte in Rheinland-Pfalz. Kriegsgefangene, Internierte und Verschleppte im Rheinland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte. Festschrift für Franz-Josef Heyen zum 65. Geburtstag, 19(1993), S. 601-621; Smith, Arthur Lee Jr.: Die „vermißte Million“. Zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener nach dem Zweiten Weltkrieg, Stuttgart: dva1992
- ²⁵ Strauß, Christof: Kriegsgefangenschaft und Internierung. Die Lager in Heilbronn-Böckingen 1945 bis 1947, Heilbronn: Stadtarchiv 1998.

Der Verband der Heimkehrer und die Erinnerung an die Kriegsgefangenschaft in der frühen Bundesrepublik

Im März 1951 wurde in der Frankfurter Paulskirche eine historische Ausstellung eröffnet, die bis Anfang der 1970er Jahre in rund 130 Städten überwiegend in der Bundesrepublik, zum Teil auch im Ausland zu sehen war und die im genannten Zeitraum die beachtliche Zahl von rund 1,7 Millionen Besuchern verzeichnen konnte. Es handelte sich dabei um eine Ausstellung, die sich zunächst unter dem Titel „Kriegsgefangene reden“, später u. a. unter: „Wir mahnen. Erlebnis ist Aufgabe“ mit dem Thema Kriegsgefangenschaft auseinandersetzte.¹



Plakat zur Ausstellung „Wir mahnen“, 1952

Quelle: Sammlung Birgit Schwelling

Diese, gemessen am Zuspruch der Besucher, ausgesprochen erfolgreiche Schau wurde vom Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands e.V. (VdH) veranstaltet, bei dem es sich um die Interessenvertretung ehemaliger Kriegsgefangener in der Bundesrepublik handelte und der in den 1950er Jahren nicht nur zu den mitgliederstärksten, sondern auch zu den einflussreichsten Verbänden in Westdeutschland zählte.² Seine Betätigungsfelder reichten vom Einsatz für die Freilassung der noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen und der in alliierten Gefängnissen einsitzenden Kriegsverbrecher über zahlreiche Aktivitäten im Bereich der Sozialpolitik, insbesondere der Kriegsfolgengesetzgebung, bis hin zur politischen Bildungsarbeit, dem für einen Veteranenverband wohl ungewöhnlichsten

Betätigungsfeld. Schon früh zielten die Aktivitäten des Verbandes außerdem darauf ab, das Gedenken an die Kriegsgefangenen öffentlichkeitswirksam zu inszenieren und die Erinnerung an diesen Teil der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte im öffentlichen Gedächtnis der Bundesrepublik zu verankern. In der ersten

Hälfte der 1950er Jahre veranstaltete der VdH mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung und unter großer Beteiligung der Öffentlichkeit Kriegsgefangenen-Gedenkwochen, in deren Rahmen bundesweit die Freilassung der noch in Gewahrsam befindlichen deutschen Kriegsgefangenen gefordert wurde. Auf seine Initiative gingen außerdem zahlreiche Denkmalprojekte zurück. Bis Mitte der 1960er Jahre errichtete der Verband rund 1.800 überwiegend lokale Mahnmale zur Erinnerung an die Kriegsgefangenschaft, von denen heute allerdings nur noch wenige existieren. Den Höhepunkt der Aktivitäten in diesem Bereich stellte die Errichtung der monumentalen Friedland-Gedächtnisstätte im Jahr 1967 unweit des Durchgangslagers Friedland dar.³ Darüber hinaus war der Verband auch darum bemüht, auf die thematisch einschlägige Geschichtsschreibung in der frühen Bundesrepublik Einfluss zu nehmen.⁴ Die „hohe emotionale Identifikation der deutschen Öffentlichkeit mit den Kriegsgefangenen“⁵ insbesondere in der ersten Hälfte der 1950er Jahre war nicht nur auf die mediale Verbreitung der Thematik und die Omnipräsenz von Bildern und Geschichten über Kriegsgefangene und Heimkehrer zurückzuführen,⁶ sondern auch durch die öffentlichen Aktionen und Gedenkinitiativen des VdH und nicht zuletzt durch seine Ausstellung *Wir mahnen* verursacht. Diese Ausstellung ist Thema der folgenden Ausführungen. Dabei wird zunächst der gesellschaftspolitische Kontext aufgezeigt, in den die Ausstellung und ihr Erfolg einzuordnen sind. Auf der Basis der Rekonstruktion ihres Inhalts, ihrer Form und Erzählstruktur sowie ihrer Rezeption werden anschließend die Zielsetzungen der Ausstellung, ihre Wirkung und die Gründe für die positive Aufnahme durch die Besucher diskutiert.

Die Ausstellung im Kontext: Die Problematik der Kriegsgefangenen in der frühen Bundesrepublik

Dass die Problematik der Kriegsgefangenschaft zu einem der zentralen Themen in der frühen Bundesrepublik aufsteigen konnte, hing wesentlich mit der über das Jahr 1948 hinaus andauernden Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion zusammen. Obwohl von den vier Siegermächten auf der Moskauer Außenministerkonferenz am 23. April 1947 beschlossen worden war, alle deutschen Kriegsgefangenen bis zum 31. Dezember 1948 zu repatriieren, hielten die östlichen Staaten auch nach diesem Zeitpunkt noch zahlreiche Gefangene zurück. Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion wurden in den Jahren 1949/50 in rechtlich fragwürdigen Massenverfahren zu langjährigen Freiheitsstrafen von zumeist fünfundzwanzig Jahren Arbeitslager verurteilt. Entsprechend hieß es in einer Erklärung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 5. Mai 1950, dass sich keine deutschen Kriegsgefangenen mehr in der Sowjetunion aufhielten. Lediglich 9.717 wegen „schwerer Verbrechen gegen das sowjetische Volk, gegen den Frieden und die Menschlichkeit“ verurteilte Kriegsverbrecher, ferner 3.815 Personen, gegen die noch ein Verfahren anhängig sei, sowie 14 nicht transportfähige Kranke würden weiterhin zurückgehalten.⁷

Neuere, auf ehemals sowjetischen Archivbeständen basierende Erkenntnisse gehen davon aus, dass die Zahl der tatsächlich Zurückgehaltenen bei rund 30.000 lag.⁸ Die große Bedeutung der Problematik in der frühen Nachkriegszeit ist auch darauf zurückzuführen, dass zeitgenössische Schätzungen jedoch deutlich höher bei 120.000 bis 300.000 Personen lagen.⁹

Im Jahr 1950 gab es aufgrund der schleppenden Informationspolitik der Sowjetunion in dieser Frage und aufgrund der Tatsache, dass die während der Besatzungszeit wenig systematisch gesammelten Daten nicht abgeglichen und nicht zentral erfasst worden waren, freilich keine gesicherten Erkenntnisse über die genaue Zahl der noch in östlichem Gewahrsam befindlichen Kriegsgefangenen.¹⁰ Aufgrund der von den Kriegsgefangenen aus den Lagern eintreffenden Nachrichten und der Aussagen von zurückkehrenden Kriegsgefangenen konnte jedoch mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die von der TASS verbreiteten Zahlen nicht zutreffend sein konnten. Insofern löste die Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland, innerhalb der Bevölkerung und unter vorgehaltener Hand auch in der DDR, große Empörung aus, weil nun davon ausgegangen werden musste, dass die Sowjetunion die Kriegsgefangenen nicht ausschließlich aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen zurückhielt.

Spätestens mit der TASS-Meldung vom Mai 1950 rückte das Thema Kriegsgefangenschaft in der Bundesrepublik in das Zentrum der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit. In den ersten Nachkriegsjahren war den heimkehrenden Kriegsgefangenen kein besonderes Interesse entgegengebracht worden. Ihr Schicksal war „nur Teil eines allgemeinen gesellschaftlichen Elends, das durch soziale Entwurzelung, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit charakterisiert war.“¹¹ In den Jahren 1948/49 begann sich diese Wahrnehmung allerdings allmählich zu wandeln, was insbesondere auf die „kranke und unterernährte Erscheinung der östlichen Veteranen“ und auf die „mangelhafte Kleidung“ bei ihrer Ankunft zurückzuführen war.¹² Ausgelöst durch die TASS-Meldung richtete sich der Blick der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft zu einem Zeitpunkt, als die meisten Kriegsgefangenen bereits nach Hause zurückgekehrt waren, verstärkt auf das Schicksal der noch in der Sowjetunion internierten ehemaligen Soldaten. Die TASS-Meldung kann daher als Initialzündung gelten für die enorme politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit, die den Kriegsgefangenen in den kommenden Jahren entgegengebracht werden sollte.

Die Gründung des VdH im März 1950 erfolgte also zu einem Zeitpunkt, als die Kriegsgefangenenproblematik zum „vielleicht wichtigsten Thema der frühen Nachkriegszeit“¹³ aufzusteigen begann und eine „eminente gesellschaftliche Bedeutung“¹⁴ erhalten sollte. In seiner Satzung definierte der VdH als seine erste Aufgabe, „alle Möglichkeiten zur endgültigen Rückführung der Kriegs- und Zi-

vilgefangenen auszuschöpfen, sowie alle Maßnahmen zur Sicherung der Rechte der Zurückgehaltenen und Gefangenen zu treffen und zu unterstützen“.¹⁵ Der VdH fühlte sich also nicht nur den Anliegen der bereits Zurückgekehrten verpflichtet, sondern verstand sich auch als Interessenvertretung derjenigen, die sich noch in der Kriegsgefangenschaft befanden. Überzeugt davon, dass aus den Erfahrungen seiner Mitglieder eine besondere Autorität in Fragen der Kriegsgefangenschaft erwachse,¹⁶ forderte der Verband mit verschiedenen Mitteln die Entlassung der Kriegsgefangenen. Dazu zählten Dokumentationen, Denkschriften, Appelle und Anfragen an die Regierungen der Westmächte und an internationale Organisationen. Und dazu zählten auch die Kriegsgefangenen-Gedenkwochen – aufwändige Protestaktionen, die der VdH seit 1951 unter dem wachsamen Auge und mit Unterstützung der Bundesregierung, mit Unterstützung von namhaften Politikern, der Kirchen, von Behörden und Betrieben veranstaltete und an denen sich Millionen von Bundesbürgern beteiligten. Im Rahmen der Kriegsgefangenen-Gedenkwochen wurden im gesamten Bundesgebiet Schweigemärsche, Fackelumzüge und Kundgebungen durchgeführt. Bundespräsident Theodor Heuss wandte sich jeweils am Vortag der Gedenkveranstaltungen mit einer Rundfunkansprache an die Hörer, in den Kirchen ertönten die Glocken zum Gedenken an die zurückgehaltenen Kriegsgefangenen, Behörden und Betriebe setzten ihre Fahnen auf Halbmast. Wesentlicher Bestandteil waren außerdem eine zweiminütige Verkehrsstille und Arbeitsruhe, sowie eine parlamentarische Schweigeminute, mit der sich die Abgeordneten des Bundestages an den politischen Aktionen beteiligten. Und Teil dieser Protestveranstaltungen war auch die Ausstellung „Wir mahnen“, in der über die Hintergründe der anhaltenden Kriegsgefangenschaft informiert werden sollte. Aus Sicht des ersten Präsidenten des VdH, August Fischer, stellte „Wir mahnen“, neben der Mitgliederzeitung „Der Heimkehrer“, sogar „das publizistisch stärkste Mittel des VdH“ dar, um auf das Schicksal der noch in Kriegsgefangenschaft verbliebenen ehemaligen Soldaten der Wehrmacht aufmerksam zu machen und deren Freilassung zu fordern.¹⁷ Die Ausstellung wurde demnach vom VdH zunächst als Instrument im politischen Kampf verstanden und eingesetzt und sie nahm thematisch auf eines der zentralen gesellschaftspolitischen Problemfelder der frühen Bundesrepublik Bezug.

Im engeren Sinn blieb der VdH mit seinen Forderungen erfolglos. Die Initiativen, mit denen der Verband einen direkten Einfluss auf den Zeitpunkt der Entlassung der Kriegsgefangenen zu nehmen versuchte – etwa sein Vorschlag, die Kriegsgefangenen freizukaufen – blieben ohne spürbare Resonanz. Der Einfluss, den der VdH in der Frage der Kriegsgefangenen geltend machen konnte, war auf einer anderen Ebene angesiedelt. Er wird sichtbar, wenn die innenpolitische Bedeutung der Aktionen des Verbandes im Zusammenhang mit den Kriegsgefangenen in den Blick genommen wird. Diese kann kaum hoch genug veranschlagt werden, denn der VdH schuf damit ein Forum für die öffentliche Artikulation

eines auch in Kreisen jenseits der Kriegsgefangenen und ihrer Angehörigen weit verbreiteten Gefühls, zu den Opfern des Krieges, der Nachkriegszeit und des gerade begonnenen Kalten Krieges zu zählen. Die Phase der emotionalen Identifikation der deutschen Nachkriegsgesellschaft mit den Kriegsgefangenen, die weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinausging, war in hohem Maße durch die Aktivitäten des VdH und nicht zuletzt durch die Ausstellung *Wir mahnen* verursacht. Auf dieser Ebene der Belieferung der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft mit identifikatorischen Geschichten ist die Bedeutung der Ausstellung zu verorten.

Eine Wende in der Frage der Kriegsgefangenen sollte erst Ende 1955 eintreten. Nachdem Adenauer im September 1955 nach Moskau gereist war, bei dieser Gelegenheit die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik vereinbart wurden und Adenauer im Gegenzug die mündliche Zusicherung erhalten hatte, dass die in der Sowjetunion noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen in die Heimat entlassen werden würden, kehrten die letzten Soldaten des Zweiten Weltkriegs im Laufe der Jahre 1955/56 nach Deutschland zurück.¹⁸ Nach der Freilassung der letzten Kriegsgefangenen in Folge von Adenauers Moskauer-Reise im Jahr 1955 hatte sich die mit den Kriegsgefangenen-Gedenkwochen und mit der Ausstellung verbundene politische Zielsetzung und Funktion weitestgehend erübrigt. Die Protestveranstaltungen fanden 1955 ein letztes Mal statt und wurden danach eingestellt. Die Ausstellung wurde jedoch weiterhin gezeigt. Ihr wurde nun von Seiten des VdH eine veränderte Aufgabenstellung zugewiesen. Zum einen sollte die Ausstellung nun dazu eingesetzt werden, die Erinnerung an das Thema Kriegsgefangenschaft wachzuhalten. Zum anderen wurde die Ausstellung nun verstärkt als Instrument zur Bildung eines Gemeinschaftsgefühls unter den Verbandsmitgliedern verstanden. Dazu musste ihnen deutlich gemacht werden, wo die verbindende Erfahrung zu finden war und worin der tiefere Sinn ihres Erlebnisses lag:

„Ein Verband gibt seinen Mitgliedern in einer so schweren Zeit nur dann etwas für ihre innere Entwicklung, wenn er sich neben der Sicherung der sozialen Existenz den Fragen und Erkenntnissen zuwendet, die in einem so bitteren und zugleich so umfassenden Erlebnis, wie der jahrelangen Zurückhaltung in fremdem Volksraum, in jedem bewusst oder unbewusst entstanden sind.“¹⁹

Auf den thematischen Aufbau der Ausstellung hatte dies, soweit rekonstruierbar, jedoch keinen erkennbaren Einfluss. Die veränderte Zielsetzung fand ihren Niederschlag allerdings in der inhaltlichen Ausrichtung der Begleitbroschüren. Während in der Begleitbroschüre zur Ausstellung „Kriegsgefangene reden“ Stationen des politischen Bemühens um die Freilassung der Kriegsgefangenen aufgezeigt sowie die Zahlen der noch in Gefangenschaft befindlichen bzw. vermuteten Personen aufgeführt wurden,²⁰ fanden sich diese explizit auf den politischen

Prozess Bezug nehmenden Elemente in der Broschüre und dem Faltblatt zur Ausstellung „Wir mahnen“ nicht mehr. Im Faltblatt zur späteren Ausstellung wurde sogar dezidiert darauf hingewiesen, dass die Ausstellung keinen politischen Zweck verfolge, sondern aufzeigen wolle, „wie deutsche Menschen, Männer und Frauen, in einer besonders schweren, durch Jahre sich hinziehenden Prüfung in fremdem Volksraum gelebt und sich innerlich behauptet haben.“²¹

Inhalt, Form und Erzählstruktur der Ausstellung

Was insgesamt für historische Ausstellungen in der frühen Bundesrepublik kennzeichnend war, traf auch auf die vom VdH veranstaltete Schau Wir mahnen zu. Sie war, gemessen an Standards heutiger historischer Ausstellungen, mit einfachsten Mitteln gestaltet. Texte, Dokumente, Fotografien und andere Abbildungen wurden auf Stellwänden, Objekte auf Tischen und in Vitrinen präsentiert. Inhaltlich war die durch private Spenden und durch öffentliche, vom Bundesministerium für Vertriebene bereitgestellte Mittel finanzierte Ausstellung in drei Teile gegliedert.

Der erste Teil war mit dem Titel „Die Entrechtung“ überschrieben und bot einen historischen Abriss über das Phänomen der Kriegsgefangenschaft seit dem Jahr 1812. Illustriert anhand von Dokumenten und Fotografien wurde die These vertreten, dass die Bedingungen in der Kriegsgefangenschaft im historischen Verlauf zusehends härter geworden seien. Betrachte man die Bilder von 1814 und 1871, so in einem für das Jahrbuch 1952 des VdH verfassten Beitrag über die Ausstellung, mute Gefangenschaft noch „wie eine bürgerliche Angelegenheit“ an.²² Hundert Jahre später aber habe sich die Situation der Kriegsgefangenen gravierend verschlechtert. Ihren Höhepunkt finde diese Entwicklung in den Bedingungen, die in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern des Zweiten Weltkriegs vorherrschten: Das „Absinken der Behandlung des Menschen“ offenbare sich im Zweiten Weltkrieg. Zwar wurde im Jahrbuch-Artikel in diesem Zusammenhang auch vermerkt, dass „jedes Volk“ an dieser Entwicklung Schuld trage – „auch wir“.²³ Durch die Exponate in der Ausstellung wurde aber insofern eine andere Interpretation nahe gelegt, als sie überwiegend auf das Schicksal deutscher Kriegsgefangener bezogen waren.

Der zweite Teil der Ausstellung widmete sich unter dem Titel „Die Anklage“ der Situation der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischem Gewahrsam. In der sowjetischen Kriegsgefangenschaft, als Tiefpunkt der im ersten Teil gezeigten historischen Entwicklung dargestellt, habe die „vollständige Lebensentrechtung“ der Kriegsgefangenen begonnen:

„Die Menschen werden aus allem Bisherigen, aus ihrer inneren und äußeren Umwelt herausgerissen. Sie werden einem fremden Lebensraum und einem fremden Volk überantwortet, ohne Selbstbestimmungsrecht, ohne Wahl der

*Lebensform stehen sie da. Es gibt für sie keine Familie, keine Heimat, keine freie Arbeit mehr. Es ist ein Leben ohne Sinn, Ziel und Ende.*²⁴



Johannes Schopper, „Am Drahtzaun“

aus: *Wir mahnen die Welt. Jahrbuch 1952*, hg. VdH, Bad Godesberg 1952, S. 33.

Diese These von den Kriegsgefangenenlagern in der Sowjetunion als „totalen Institutionen“ (Erving Goffman) versuchten die Ausstellungsmacher unter anderem an einem Modell eines sowjetischen Kriegsgefangenenlagers, an Zeichnungen ehemaliger Kriegsgefangener, auf denen Situationen aus den Lagern festgehalten waren,²⁵ sowie an Gegenständen zu belegen, die Gefangene in der Kriegsgefangenschaft gefertigt hatten bzw. von denen dies behauptet wurde. Es handelte sich bei diesen auch zur Beglaubigung eingesetzten Objekten um alltägliche Gebrauchsgegenstände wie Löffel, Messer, Töpfe, Kleidung und Käämme, die die Gefangenen aus verschiedensten Materialien gefertigt hatten.²⁶

Die Objekte sollten zum einen die Not und das primitive Leben in den Lagern anschaulich machen. Darüber hinaus sollten sie den „inneren Kampf der Menschen in ihrer körperlichen und seelischen Not“ zeigen.²⁷ In diesem Sinn wollte der Verband auch die neben den Alltagsgegenständen gezeigten, von Gefangenen gefertigten (kunst-)handwerklichen Arbeiten verstanden wissen. Anhand dieser Gegenstände – unter anderem Schnitzereien, aus verschiedenen Mate-



In der Ausstellung „Wir mahnen“ gezeigte Objekte, 9. Heimkehrer-Deutschland-Treffen, Stuttgart 1971.

Quelle: Sammlung Birgit Schwelling

Begriffen „Überwindung“, „Widerstand“ und „Erkenntnis“ umschrieben, eine Erkenntnis, die ein „Handeln aus sich selbst heraus aus einer Reaktion von Seele und Geist“²⁹ ermöglicht habe:

„Und doch! Gefangenschaft ist nicht nur Sinnlosigkeit, Leiden und tausendfaches Sterben. Gefangenschaft kann zur Überwindung und damit zum Erkennen dessen führen, was an ewig unerschütterbaren Werten in uns gelegt ist.“³⁰

Die Gegenstände wurden als Symbol der Überwindung der Sinnlosigkeit interpretiert. In ihnen verdichtete sich das mit der Aura des Mythischen versehene Erlebnis der Konversion in den Lagern, das diejenigen, die den Weg der „Überwindung“ eingeschlagen hatten, zu „Sehenden“ gemacht hatte.

Die in der Ausstellung präsentierten Deutungsmuster gingen allerdings im dritten, mit dem Stichwort Überwindung überschriebenen Teil, der direkt an das „Bestehen“ im Lager anknüpfte, noch einen Schritt weiter. Die in diesem Zusam-

rialien hergestellte Kartenspiele, aus Konservendosen gefertigte Wandteller – sollte verdeutlicht werden, dass die Gefangenen über Mittel und Wege verfügten, der Sinnlosigkeit des Lagerlebens zu entkommen. Sie wurden als „Ausdruck eines ständigen sich-wehrens“ verstanden:

„Sich-wehren gegen die Brutalität der Macht, gegen die Sinnlosigkeit des Daseins, gegen die Trägheit in uns selbst, gegen die Gleichgültigkeit der anderen, gegen den Einfluss des Fremden.“²⁸

In diesem Zusammenhang wurde die Unterscheidung zweier möglicher Verhaltensweisen im Gefangenenlager präsentiert: Während ein möglicher Weg über „die Äußerlichkeit zur Oberflächlichkeit bis zur tierhaften Vermasung“ geführt habe, wurde die zweite Handlungsoption mit den

menhang präsentierte These lässt sich anhand einer Aussage verdeutlichen, die einer der Begleitbroschüren zur Ausstellung vorangestellt war:

„Ein Kampf, härter und bitterer als jeder andere ist die Gefangenschaft. Sie kann trotzdem zum Siege führen und wird euch dann zu einer Reife führen, die ein gewöhnliches, ein Alltagsleben nie erzeugt.“³¹

Kriegsgefangenschaft war in dieser Deutung mit der reinigenden Kraft des erfahrenen Leidens verbunden, und wurde als Wendepunkt des persönlichen Schicksals dargestellt. Dies war eine deutliche Reminiszenz an die Kriegsdeutungen im Umfeld des Ersten Weltkriegs, in denen die „Armut“ an Erlebnis und Erfahrung im zivilen Leben beklagt, der Krieg dagegen zu einer Art „Selbsterfahrungsunternehmen“ stilisiert wurde.³² War es in der zeitgenössischen Kulturkritik und in Teilen der Roman- und Erinnerungsliteratur des Ersten Weltkriegs der Krieg selbst, dessen „Erfahrungshaltigkeit“ in einem „gewöhnlichen“ Leben nicht zu erreichen war, wurde die Kraft des Leidens in der VdH-Ausstellung in die Gefangenenlager verschoben. Damit war ein Weg aufgezeigt, wie die Erfahrung der Kriegsgefangenschaft „gerettet“ werden konnte, nämlich indem sie der „Ereignislosigkeit des Daseins“³³ entgegengestellt und zu einer nicht nur prägenden, sondern zugleich wertvollen, im Übrigen nur in dieser außergewöhnlichen Situation zu erlangenden und im zivilen Leben nicht zu replizierenden Erfahrung stilisiert wurde. Ein Angebot der Sinnstiftung bot der VdH seinen Mitgliedern darüber hinaus dadurch, dass er ein Deutungsmuster bereitstellte, mit dem die Zeit in der Kriegsgefangenschaft, über die Einordnung in die jeweils persönliche Lebensgeschichte hinaus, in einen größeren Sinnzusammenhang integriert werden konnte:

„Wer von uns in der Heimat oberflächlich und achtlos an dem Spätheimkehrer vorübergeht, erkennt in dieser Ausstellung, dass die Fragen unserer Zeit, die Einstellung zum Volk und zu Gott gerade in der tiefen Verlassenheit in der Gefangenschaft oft viel ernster durchdacht worden sind, als es uns heute in der Oberflächlichkeit und Hetze des alltäglichen Lebens möglich ist.“³⁴

Diejenigen, die die Härten der Gefangenschaft ausgehalten und überwunden hatten, waren, so die These, zu „Experten“ geworden, denen die Nachkriegsgesellschaft nach ihrer Rückkehr Beachtung schenken und deren Deutungen gehört werden sollten. Insofern wurde die Ausstellung nicht nur als Mittel begriffen, auf das Schicksal der noch in Kriegsgefangenschaft zurückgehaltenen Personen aufmerksam zu machen und deren Freilassung zu fordern, sondern auch als Botschaft „zu dem Heute, zu der Zeit, in der wir stehen“:³⁵

„Damit wird diese Ausstellung zum Wegweiser durch die Gegenwart in ihrer Zerrissenheit und Schwere. Ob man den Dingen ausweicht und den Weg der

*Vermassung geht, oder ob man aus dem Eigenen heraus sich durchkämpft und sich neu mit dem Sinn des Lebens auseinandersetzt, das sind die Fragen, vor die diese Ausstellung jeden stellt. So gibt das Erlebnis der Gefangenen und Verschleppten uns Werte wieder, deren Existenz wir zu vergessen in Gefahr sind.*³⁶

Insgesamt wurde in der Ausstellung ein Bild der Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion präsentiert, das auch in anderen Darstellungen des VdH aufzufinden war. Die Situation in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern wurde als absoluter historischer Tiefpunkt des Phänomens Kriegsgefangenschaft dargestellt. Die deutschen Kriegsgefangenen waren in diesem Kosmos zunächst Opfer, konnten in der Gefangenschaft aber auch zu Tätern werden, wenn sie ihre Mitgefangenen bespitzelten, schikanierten oder quälten. Auf diejenigen, die den anderen Weg beschritten, indem sie das Lager „bestanden“ und innerlich „überwanden“ und auf deren vom Verband daraus abgeleitete moralische Überlegenheit wollte die Ausstellung besonders aufmerksam machen.

Obwohl die Thesen der Ausstellung im Wesentlichen am Beispiel deutscher Gefangener in sowjetischem Gewahrsam thematisiert wurden, waren Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam nicht völlig abwesend. Wie einem der Faltblätter zur Ausstellung zu entnehmen ist, wurden in einem Teil der Ausstellung „Deutsche Gefangene in französischen Gefängnissen“ und „Französische Gefangene in Deutschland“ vergleichend gegenübergestellt.³⁷ Anhand dieser Gegenüberstellung sollte verdeutlicht werden, „wie ähnlich Frankreich und Deutschland trotz aller Gegensätzlichkeit empfinden.“³⁸ Vergegenwärtigt man sich vor dem Hintergrund dieser vergleichenden Perspektive die der Ausstellung zugrunde liegende These der sukzessiven Brutalisierung der Behandlung von Kriegsgefangenen sowie insgesamt die Konzentration auf das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, wäre konzeptionell nahe liegend gewesen, die Bedingungen in sowjetischer Kriegsgefangenschaft mit dem Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in den Händen der Wehrmacht zu vergleichen. Die Darstellung ihres Schicksals wäre angesichts der These der sukzessiven Brutalisierung das Beispiel par excellence gewesen. Ihre Behandlung durch die Angehörigen der Wehrmacht unterschied sich erheblich von der von Gefangenen anderer Nationalitäten. Von den etwa 5,35 bis 5,75 Millionen sowjetischen Soldaten in deutscher Hand verstarben aufgrund der ausgesprochen brutalen Bedingungen geschätzte 2,5 Millionen in der Gefangenschaft.³⁹ Die hohe Todesrate und das Massensterben in den Lagern der Wehrmacht waren auf die katastrophalen hygienischen Bedingungen, die starke Unterernährung der Gefangenen und auf weit verbreitete Krankheiten und Seuchen zurückzuführen, allesamt Umstände, die die Missachtung völkerrechtlicher Vereinbarungen durch das Deutsche Reich in der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen deutlich werden lassen. Hinzu kam die gezielte Ermordung von Teilen der

Gefangenen, so dass davon ausgegangen werden muss, dass es sich dabei um „eines der größten deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs“ gehandelt hat, das nur von dem Mord an den Juden übertroffen wurde.⁴⁰

Nach Hinweisen auf das an den sowjetischen Gefangenen begangene Kriegsverbrechen sucht man sowohl in der Ausstellung als auch in den sonstigen Verlautbarungen des VdH vergeblich. Die Erklärung für diese Leerstelle liegt auf der Hand. Zwar hätte mit der Darstellung des Schicksals der sowjetischen Kriegsgefangenen die These von der sukzessiven Brutalisierung der Behandlung der Kriegsgefangenen im historischen Verlauf untermauert werden können. Damit aber wäre die These des mit der Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion erreichten „Tiefpunktes“ der Brutalisierung in Frage gestellt gewesen. Nicht dass das Leben für die deutschen Gefangenen in der Sowjetunion einfach war – insbesondere in den Jahren bis 1950 waren die Bedingungen sehr hart. Aber dieser Behandlung lag keine systematische Tötungsabsicht zu Grunde und sie reichte in ihren Dimensionen auch nicht an die Ermordung der europäischen Juden heran, was für das Massensterben der sowjetischen Gefangenen in deutschem Gewahrsam durchaus konstatiert werden kann. Eine Thematisierung des Schicksals der sowjetischen Kriegsgefangenen hätte außerdem eine selbstkritische Positionierung eingefordert, denn schließlich waren die Mitglieder des VdH ehemalige Angehörige der Wehrmacht, also derjenigen Organisation, deren Regime die sowjetischen Kriegsgefangenen unterworfen waren und die das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen mitzuverantworten hatte.

Die Rezeption durch Besucher und Presse

Folgt man den Angaben des Verbandes, haben bis in das Jahr 1972 insgesamt rund 1,7 Millionen Personen die Ausstellung besucht, darunter 342.929 Schüler.⁴¹ Bis 1972 wurde sie in 127 Städten und Gemeinden der Bundesrepublik, vereinzelt auch im Ausland, gezeigt. Während im Zeitraum 1955 bis 1957 225.787 Besucher⁴² gezählt worden waren, war die Zahl der Besucher in den Jahren 1958 bis 1960 mit 173.443 schon deutlich zurückgegangen.⁴³ Die Besucherzahlen für 1957 bewegten sich zwischen rund 6.000 und 12.000 Besuchern am jeweiligen Ausstellungsort, im Jahr 1959 lag die Zahl bereits deutlich niedriger bei durchschnittlich rund 4.000 Besuchern. Verglichen mit anderen historischen Ausstellungen, die im selben Zeitraum zu sehen waren, konnte Wir mahnen durchaus beachtliche Besucherzahlen vorweisen.⁴⁴

Im Heimkehrer, der Mitgliederzeitung des VdH, wurde regelmäßig über die Ausstellung und ihre Stationen berichtet. Dabei wurden besonders hohe Besucherzahlen deutlich hervorgehoben.⁴⁵ Auch immer dann, wenn hochrangige Politiker oder andere prominente Persönlichkeiten die Ausstellung besuchten, wurde berichtet. Von deren Seite wurde mit Lob und Anerkennung nicht gespart. So trug sich Bundeskanzler Adenauer nach seinem Besuch der Ausstellung am

12. Juni 1953 in Bad Godesberg mit dem Satz „Ein erschütterndes Erlebnis!“ in das Besucherbuch ein.⁴⁶ Und der Vorsitzende der Sozialdemokraten, Erich Ollenhauer, der die Ausstellung am 11. Juni 1953 besucht hatte, vermerkte im Besucherbuch:

„Ich wünsche dieser eindrucksvollen Ausstellung einen großen Erfolg im Interesse der Menschlichkeit und vor allem im Interesse unserer noch nicht heimgekehrten Brüder und Schwestern.“

Auch von Seiten der weniger prominenten Besucher wurde die Ausstellung in den Besucherbüchern mit viel Lob bedacht. „Tief beeindruckt“, „tief ergriffen“, „erschüttert“, „schmerzlich“, „beeindruckend“ sind die am häufigsten auftretenden Kennzeichnungen der Ausstellung und der Selbstbeschreibungen der Reaktionen der Besucher. Die Einträge lassen zudem deutlich werden, dass die Ausstellung von den Besuchern als historische Dokumentation wahrgenommen wurde, die jenseits von Verbandsinteressen vermittele, wie sich das Leben und Leiden in der Gefangenschaft zutrug. In zahlreichen Stellungnahmen von Besuchern, die sich als ehemalige Kriegsgefangene zu erkennen gaben, wurde auf die Authentizität des Gezeigten hingewiesen. Daneben fanden sich Einträge ehemaliger Kriegsgefangener, die der Ausstellung einerseits zwar Komplimente aussprachen, andererseits aber auf die Grenzen der Darstell- und Vermittelbarkeit des Erlebten hinwiesen. So vermerkte Dr. Joseph H. am 30. Juni 1952 in Freiburg in das Besucherbuch:

„Diese Ausstellung ist echt. Dies kann ich als ehemaliger Kriegsgefangener in Russland wirklich bestätigen. Eher kann man sagen, dass das Schrecklichste noch gar nicht gezeigt ist und auch nicht gesagt werden kann: Die Verzweiflung des einzelnen hinterm Stacheldraht.“

Und auch der Russlandheimkehrer Gustl L. wies in seinem Eintrag vom 26. Juni 1952 auf die Grenzen der Darstellbarkeit hin: *„Die Ausstellung kann nur einen ganz kleinen Teil von dem Erlebten zeigen, es war zu hart.“*

Deutlich wird aus den Besucherbüchern darüber hinaus, dass die Ausstellung bei den Besuchern Gedanken und Gefühle an Verlust und Leiden auslöste. Zahlreiche Einträge von Besuchern, die sich als Vertriebene zu erkennen gaben, lassen erkennen, dass die Darstellung des Schicksals der Kriegsgefangenen Erinnerungen an jenseits dieser Erfahrung angesiedelte Erlebnisse auslösen konnte. So trug H.K. aus Breslau am 4. März 1952 in das Besucherbuch ein, dass ihm bzw. ihr „beim Anblick der Kriegsgefangenen meine Erlebnisse in Schlesien ein[fallen].“ Andere Besucher nutzten den Eintrag ins Gästebuch, um an ihre im Krieg gefallenen Familienangehörigen zu erinnern:

„Tief ergriffen von der Ausstellung, gleichzeitig in wehmütigem Gedenken an unsere geliebten unvergesslichen Gefallenen Söhne Herbert und Martin. Essen, den 8. April 1952, Wilhelm W. und Frau.“

Weitere Besucher erinnerten mit ihrem Eintrag daran, dass sie noch auf vermisste Familienangehörige warteten: „Ich warte alle Tage auf meinen lieben Bruder. Ilse L., München, 28.10.1953.“

Nur ganz vereinzelt finden sich Einträge, die die Ausstellung kritisch kommentieren. So findet sich der Eintrag von Ruth M., die sich selbst als „eine jener Frauen, die seit 8 Jahren auf ihren in Russland zurückgehaltenen Mann wartet“, beschrieb. Sie erinnerte im Weiteren daran, „dass es auch in Deutschland Kriegsgefangenenlager gab, in denen Menschen unter Qualen verhungert sind.“ Und sie fuhr fort mit der Forderung nach einer angemessenen Kontextualisierung der Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion: „Unsere Kriegsgefangenen in Russland sind die Opfer für die Unmenschlichkeit, die im deutschen Namen geschah.“ Und es findet sich der englischsprachige Eintrag von Bernard K. aus New York, der die Ausstellung während ihrer Station in München im Oktober 1954 besuchte. Er machte auf eine Leerstelle, nämlich die fehlende Erwähnung der Ermordung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten aufmerksam:

„I feel sorry for all of them but what about the Jews who fell under the Third Reich? Why not one word about them?“

Diese kritischen Stellungnahmen waren in den Besucherbüchern allerdings die Ausnahme. In der überwiegend positiven Presseberichterstattung über die Ausstellung fehlten kritische Kommentare gänzlich. Vor allem die lokale Presse bedachte die Ausstellung mit großer Aufmerksamkeit und begleitete deren Stationen mit zahlreichen Artikeln, zumeist zu Beginn der Ausstellung und kurz vor ihrer Schließung.⁴⁷ In weiteren Artikeln wurde über den Ausstellungsbesuch von Schulklassen berichtet. Oft wurden in diesem Zusammenhang Ausschnitte aus Schulaufsätzen zitiert, die die Schüler über den gemeinsamen Ausstellungsbesuch anzufertigen hatten. Da sich der Inhalt der zahlreichen Artikel auffällig gleicht, ist anzunehmen, dass sich die Verfasser jeweils eng an die Vorgaben der Pressemitteilungen des VdH hielten und deren Inhalte im Wesentlichen reproduzierten. So wurde zumeist über die feierliche Eröffnung der Ausstellung sowie über deren Inhalt berichtet, gefolgt von einer Aufforderung, den Besuch der Ausstellung nicht zu versäumen. Die Schau wurde, ähnlich wie in den Besucherbüchern, als „erschütternd“ und „denkwürdig“ bezeichnet. Sie werde für jeden Betrachter zu einem „aufwühlenden“, „aufrüttelnden“, „mahnenden“, „ergreifenden“ Erlebnis, da aus den gezeigten Gegenständen eine „Unmittelbarkeit des seelischen Ausdrucks“, eine „tiefe Wahrhaftigkeit“ spreche. Lobend erwähnt

wurde außerdem ihr „hohes Niveau“. Die lokale Presse wertete die Ausstellung häufig als „vollen Erfolg“ und bewertete die Besucherzahlen als „hoch“, das Interesse, das der Ausstellung entgegengebracht wurde, als überdurchschnittlich.

Die beachtlichen Besucherzahlen und die weithin anerkennenden Worte lassen sich als Hinweis darauf lesen, dass der VdH mit seiner Kriegsgefangenen-ausstellung einen zentralen Beitrag zum „Imaginationshaushalt“⁴⁸ der frühen Bundesrepublik leistete, in welchem die Opferrhetorik vielfältigen Ausdruck fand. Insbesondere die antitotalitäre und antikommunistische, auch in anderen Kontexten Verwendung findende Chiffre des „Lagers“⁴⁹ wurde im Rahmen der Ausstellung ausbuchstabiert und mit dem Schicksal der Kriegsgefangenen in Verbindung gebracht. Die Reaktionen der Besucher der Ausstellung ließen wie auch die Beteiligung von Millionen von Bundesbürgern am Kriegsgefangenen-Gedenken der ersten Hälfte der 1950er Jahre deutlich werden, dass das auf diese Weise präsentierte Schicksal der Kriegsgefangenen Assoziationen freisetzte und Erinnerungen wachrief, die jenseits der Erfahrung der Kriegsgefangenschaft lagen. „Kriegsgefangenschaft“ wurde auf diese Weise zum vielfältig besetzbaren Erinnerungsort, der die Erfahrungen der Deutschen nicht nur in der Gefangenschaft, sondern auch die durch Verlust, Vertreibung und Flucht ausgelösten Leiden in das Zentrum rückte. Es ging dabei weniger um „reale“, als vielmehr um „gefühlte“ Gefangenschaft, wie sich exemplarisch an dem folgenden Zitat aus einer Ansprache des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard zeigen lässt. Dieser bekannte bei einer Veranstaltung des VdH seine tiefe Verbundenheit mit den ehemaligen Kriegsgefangenen, „weil ich nach dem furchtbaren Zusammenbruch des Jahres 1945, wie wohl die Mehrzahl aller Deutschen, selbst das Gefühl hatte, ein Heimkehrer zu sein; denn das Deutschland, in das meine Generation geboren war und das wir von Kindheit an liebten, war in diesen furchtbaren Jahren von 1933 bis 1945 und im trostlosen Chaos der ersten Nachkriegsjahre untergegangen. Jeder Deutsche, jeder von uns musste sich in diesem unheimlich veränderten Ruinenreich erst zurechtfinden, um in den Trümmern die geliebte alte Heimat wieder zu entdecken und das zerstörte, das schon verloren geglaubte in harter, mühsamer Arbeit wieder aufzubauen.“⁵⁰

Der Rückgang der Besucherzahlen weist allerdings wie auch das im Zusammenhang mit den Kriegsgefangenen-Gedenkwochen bereits seit 1953/54 beklagte zunehmende Desinteresse am Schicksal der Kriegsgefangenen darauf hin, dass das gesellschaftliche Bedürfnis nach Opfernarrativen, in denen die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs im Zentrum standen, bereits im Verlauf der 1950er Jahre stark zurückgegangen war. Die in der Ausstellung mit den Kriegsgefangenen verbundene Symbolsprache fand nun verstärkt Eingang in Darstellungen, die die nationalsozialistischen Verbrechen thematisierten. Für eine im Wandel befindliche Erinnerungskultur finden sich seit den ausgehenden 1950er Jahren zahlreiche Belege. Bezogen auf das Medium Ausstellung

wären unter anderem die zwischen 1959 und 1962 gezeigte Wanderausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“, die im November und Dezember 1963 in der Frankfurter Paulskirche präsentierte Ausstellung „Warschauer Ghetto“ oder auch die Ende 1964 ebenfalls in der Paulskirche gezeigte Ausstellung „Auschwitz – Bilder und Dokumente“ zu nennen.⁵¹ Die Kriegsgefangenschaft als ein mit Krieg, Verlust, Trauer und Schmerz verbundener, vielfältige Befindlichkeiten bündelnder Erinnerungsort hingegen hatte seine Bedeutung verloren, auch wenn er nicht gänzlich verschwunden war. Er existierte weiter in den partikularen Erinnerungsmilieus der Veteranen und ehemaligen Kriegsgefangenen und war damit dahin zurückgekehrt, von wo aus er in der unmittelbaren Nachkriegszeit seinen Ausgangspunkt genommen hatte. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass „Wir mahnen“ seit Beginn der 1960er Jahre überwiegend auf den Verbandstagen des VdH gezeigt wurde. Dort erfüllte die Ausstellung nach wie vor eine ihrer Funktionen, nämlich den ehemaligen Kriegsgefangenen im Verband eine sinnstiftende Erzählung zu bieten und die kollektive Identität des Verbandes jeweils neu herzustellen und zu bekräftigen.

¹ Vgl. Abb. 1, die das Ausstellungsplakat des Jahres 1952 zeigt.

² Vgl. zum VdH ausführlich: Schwelling, Birgit, Heimkehr – Erinnerung – Integration. Der Verband der Heimkehrer, die ehemaligen Kriegsgefangenen und die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft, Paderborn 2010.

³ Vgl. Schwelling, Birgit, Gedenken im Nachkrieg. Die Friedland-Gedächtnisstätte, in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History 5, 2, 2008, S. 189-210.

⁴ Vgl. Schwelling, Birgit, Zeitgeschichte zwischen Erinnerung und Politik. Die Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte, der Verband der Heimkehrer und die Bundesregierung 1957-1975, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56, 2, 2008, S. 227-263.

⁵ Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 141.

⁶ Überblicke u.a. bei: Biess, Frank, Homecomings. Returning POWs and the Legacies of Defeat in Postwar Germany, Princeton 2006.

⁷ Vgl. u.a. Borchard, Michael, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949-1955, Düsseldorf 2000. Zu den Prozessen und deren Rechtsgrundlagen neben Borchert u.a.: Ueberschär, Gerd R.: Die sowjetischen Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene 1943-1952, in: Ders. (Hg.), Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952, Frankfurt a.M. 1999, S. 240-261.

⁸ Karner, Stefan, Deutsche Kriegsgefangene und Internierte in der Sowjetunion, in: Müller, Rolf-Dieter/Volkmann, Hans-Erich (Hg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 1012-1036, hier: S. 1020.

⁹ Das Bundesjustizministerium kam in einer Ende des Jahres 1949 durchgeführten Schätzung auf 300.000 Gefangene. Das Bundesvertriebenenministerium (BMVt) schätzte 1950 auf 165.000 Gefangene, das Deutsche Rote Kreuz (DRK) im selben Jahr auf 124.600. Zahlen bei: Borchard: Die deutschen Kriegsgefangenen, S. 44.

¹⁰ Vgl. Smith, Arthur L., Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen, Stuttgart 1985, S. 15-23.

¹¹ Lehmann, Albrecht, Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Gefangene in der Sowjetunion, München 1986, S. 135.

¹² Smith, Heimkehr, S. 166f.

- ¹³ Steinbach, Peter, Die sozialgeschichtliche Dimension der Kriegsheimkehr, in: Kaminsky, Annette (Hg.), Heimkehr 1948. Geschichte und Schicksale deutscher Kriegsgefangener, München 1998, S. 325-340, hier: S. 326.
- ¹⁴ Overmans, Rüdiger, „In der Hand des Feindes.“ Geschichtsschreibung zur Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Ders. (Hg.), In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg, Köln u.a. 1999, S. 1-39, hier: S. 33.
- ¹⁵ Vgl. Satzung des VdH, 1952, S. 1.
- ¹⁶ Deutlich wird dies in Aussagen wie derjenigen, „daß im Kampf um die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen niemand überzeugender auftreten kann als die ehemaligen Kriegsgefangenen selbst“. Vgl. VdH-Rechenschaftsbericht 1951-1953, hg. VdH, Bad Godesberg 1953, S. 42.
- ¹⁷ Vgl. Einmütig und entschlossen, Der Heimkehrer 3, 10, 1952, S. 5.
- ¹⁸ Zu Adenauers Moskaureise vgl. u.a. Altrichter, Helmut (Hg.), Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext, Bonn 2007.
- ¹⁹ Wir mahnen – Kriegsgefangene reden, Der Heimkehrer 4, 10, 1953, S. 14.
- ²⁰ Kriegsgefangene reden. Ausstellung in den Messehallen am Funkturm vom 16. bis 29. Mai 1952, hg. VdH, Berlin 1952, S. 17, 18, 20.
- ²¹ Faltblatt „Ausstellung Wir mahnen. Kriegsgefangenschaft als Erlebnis und Aufgabe“ [o.O., o.J.].
- ²² Wir mahnen die Welt. Jahrbuch 1952, hg. VdH, Bad Godesberg 1952, S. 85.
- ²³ Ebd.
- ²⁴ Ebd.
- ²⁵ Abb. 2 zeigt eine typische Zeichnung.
- ²⁶ Vgl. Abb. 3.
- ²⁷ Faltblatt „Ausstellung Wir mahnen. Kriegsgefangenschaft als Erlebnis und Aufgabe“ [o.O., o.J.].
- ²⁸ Faltblatt „Wegweiser durch die Ausstellung des VdH Wir mahnen“ [o.O., o.J.].
- ²⁹ Wir mahnen die Welt. Jahrbuch 1952, hg. VdH, Bad Godesberg 1952, S. 85f.
- ³⁰ Kriegsgefangene reden. Ausstellung in den Messehallen am Funkturm vom 16. bis 29. Mai 1952, hg. VdH, Berlin 1952.
- ³¹ Wir mahnen. Kriegsgefangenschaft als Erlebnis und Aufgabe, hg. VdH [o.O., o.J.], S. 3.
- ³² Ich borge den Begriff von Eva Horn. Vgl. Horn, Eva, Der totale Soldat. Zur anthropologischen Konstruktion des Kriegers zwischen 1914 und 1939, in: Berliner Debatte Initial 10, 1, 1999, S. 90-101, hier: S. 91.
- ³³ So der Vorwurf an den Berlin-Korrespondenten der *Neuen Zürcher Zeitung*, der im Zusammenhang mit dem 1960 in Berlin abgehaltenen 6. Verbandstag des VdH die Ausstellung kritisiert hatte. Im *Heimkehrer* wurde daraufhin konstatiert, dass „ihm das Schicksal der Kriegsgefangenschaft ein böhmisches Dorf“ sei und ihn „die Ereignislosigkeit des Daseins“ davor bewahre, „die Tiefe des Lebens wider besseren Willen erlassen zu müssen“. Vgl. Der Heimkehrer 11, 18, 1960, S. 5.
- ³⁴ Faltblatt „Ausstellung Wir mahnen. Kriegsgefangenschaft als Erlebnis und Aufgabe“ [o.O., o.J.].
- ³⁵ Wir mahnen die Welt. Jahrbuch 1952, hg. VdH, Bad Godesberg 1952, S. 86.
- ³⁶ Wir mahnen. Kriegsgefangenschaft als Erlebnis und Aufgabe, hg. VdH [o.O., o.J.], S. 13.
- ³⁷ Faltblatt „Ausstellung Wir mahnen. Kriegsgefangenschaft als Erlebnis und Aufgabe“ [o.O., o.J.]. Bedauerlicherweise geht aus dem Faltblatt nicht hervor, auf welchen Zeitraum sich dieser Vergleich bezog. Vermutlich aber war von der Kriegsgefangenschaft im und nach dem Ersten Weltkrieg die Rede.
- ³⁸ Ebd.
- ³⁹ Grundlegend dazu Streit, Christian, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Stuttgart 1978. Vgl. auch Overmans, Rüdiger, Die Kriegsgefangenenpolitik des Deutschen Reiches 1939 bis 1945, in: Echternkamp, Jörg (Hg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/2: Die Deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945: Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung, München 2005, S. 729-875, dort (S. 820) auch die angeführten Zahlen.
- ⁴⁰ Overmans, Kriegsgefangenenpolitik, S. 825.
- ⁴¹ VdH-Rechenschaftsbericht 1970-1972, hg. VdH, Bad Godesberg 1972, S. 132. Aus den in früheren Rechenschaftsberichten angeführten Zahlen lässt sich entnehmen, dass die größte Zahl an Besuchern auf die Jahre bis 1965 entfällt. Danach wurde die Ausstellung nur noch selten, hauptsächlich im Rahmen von Verbandsveranstaltungen, gezeigt.

⁴² VdH-Rechenschaftsbericht 1955-1957, hg. VdH, Bad Godesberg 1957, S. 85.

⁴³ VdH-Rechenschaftsbericht 1958-1960, hg. VdH, Bad Godesberg 1960, S. 54.

⁴⁴ Die Gesamtzahl der Besucher der VdH-Ausstellung übersteigt die Besucherzahlen von anderen, im selben Zeitraum präsentierten historischen Ausstellungen bei weitem. Die erste überregional bedeutende historische Großausstellung der Bundesrepublik – die im Jahr 1956 präsentierte Schau *Werdendes Abendland an Rhein und Ruhr* – zählte 270.000 Besucher. Vgl. Große Burlage, Martin, Große historische Ausstellungen in der Bundesrepublik 1960-2000, Münster 2005, S. 20. Allerdings muss beachtet werden, dass die Präsentationsdauer der Ausstellung weitaus kürzer war als die der VdH-Schau.

⁴⁵ So z.B. in einem Artikel im *Heimkehrer*, in dem berichtet wurde, dass rund 75 Prozent der Einwohner von Taubertal die Ausstellung besucht hätten. Vgl. Ausstellung „Wir mahnen“ sehr gefragt, in: *Der Heimkehrer* 14, 8, 1963, S. 5.

⁴⁶ Vgl. Besucherbuch Bad Godesberg, 4.-14.06.1953, BArch MSg 201/1132. Weitere Besucherbücher der Ausstellung finden sich in: BArch MSg 201/1132-1135, daraus auch die im Folgenden zitierten Einträge von Besuchern.

⁴⁷ Vgl. die Presseauschnittssammlungen in: VdH-Archiv, Ordner „Ausstellung Wir mahnen. Zeitungsberichte und Bilder“ sowie in: BArch MSg 201/1277. Das VdH-Archiv befindet sich heute im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i.Br.

⁴⁸ Begriff bei Knoch, Habbo, *Die Tat als Bild. Fotografien des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur*, Hamburg 2001, S. 343.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 305-314.

⁵⁰ Begrüßungsansprache des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard beim 4. Heimkehrer-Deutschland-Treffen, München, 22./23.07.1961, BArch B 205/1017, meine Hervorhebungen.

⁵¹ Vgl. Brink, Cornelia, „Auschwitz in der Paulskirche“. Erinnerungspolitik in Fotoausstellungen der sechziger Jahre, Marburg 2000. Glienke, Stephan Alexander, *Die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ (1959-1962). Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen*, Baden-Baden 2008.



Vereinnahmung von Gedenkstätten ehemaliger Rheinwiesenerlager durch die rechte Szene am Beispiel des „Rheinwiesenerlagers Goldene Meile“, Remagen¹

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

warum zeige ich Ihnen dieses Video? Das, was dort an rechtem Klientel zu sehen ist, ist genau die Klientel, über das ich mich hier mit Ihnen unterhalten möchte. Es handelt sich hier nicht um Personen aus Sachsen. Es handelt sich um Rechts-extreme aus dem Kreis Ahrweiler, nämlich dem sogenannten „Aktionsbüro Mittelrhein“, die hier unter dem Deckmantel einer angemeldeten Versammlung schwerste Gewalttaten begehen.

Wie Sie selbst gesehen haben, hat die Polizei hier – vorsichtig ausgedrückt – sehr zurückhaltend agiert, damit haben sich später auch die Gerichte entsprechend beschäftigt. Ich bin zwar der Meinung, dass unsere Demokratie soweit gefestigt ist, dass sie sich vor rechtem Klientel nicht fürchten muss. Aber deshalb müssen wir es nicht tolerieren und schon gar nicht, solche gewaltsamen Exzesse. Das



8. Mai 2005: Erster großer Aufmarsch der Neonazis in Remagen mit Hinweis auf die Rheinwiesenerlager.

Quelle: privat

soll jedoch hier nicht Thema sein, sondern es geht um die Entwicklung der rechten Szene im Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler und speziell um das Ausnutzen der Geschehnisse um die sogenannten Rheinwiesenerlager kurz vor Ende und unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges durch diese Szene, um heutige Ziele zu erreichen.²

Entwicklung einer rechten Szene im Kreis Ahrweiler

In den 1990er Jahren entwickelt sich in der Grafschaft eine rechte Szene, die mit dem verstärkten Zuzug von Migrantinnen und Migranten erkennbar aktiv wird. Zunächst bleibt es bei den üblichen ausländerfeindlichen Straftaten wie Parolen, Anpöbelungen und Farbschmierereien. Mit der Zeit erfolgt dann eine weitere Steigerung. Es kommt zu Sachbeschädigungen, Einwerfen von Fensterscheiben und sogar zu Körperverletzungsdelikten. Massive polizeiliche Maßnahmen führen in der Folge zu einer scheinbaren Beruhigung. Jugendliche, die wir „rechts“ einordnen müssen, obwohl die eigentlich gar nicht wissen, wovon sie reden. Sie wissen nicht, was Rechtsextremismus überhaupt ist, sie wissen nichts über die Zeit 1933 bis 1945, sie wissen nichts über Krieg. Sie haben mal irgendetwas gehört und plappern nach, ohne den wahren Sinn zu verstehen und meinen dann, dass das toll ist. Nachdem durch den Einsatz der Polizei in Ringen bald Ruhe eingekehrt war, entwickelte sich Bad Neuenahr/Ahrweiler um den NPD-Kreisvorsitzenden Sven Lobeck zum neuen Kristallisationspunkt der Rechten in der Region. In der Folge kommt es zur Gründung des Aktionsbüros Mittelrhein.

Wie kann die Polizei hier intervenieren? Zunächst recht wenig. Wir lesen so ein bisschen im Internet mit, wir betreiben temporäre Aufklärungsarbeit bei Versammlungen, wer tritt wo auf u.s.w. Aber auch das können wir nicht und im übermäßigen Umfang betreiben. Unsere Information über das Aktionsbüro Mittelrhein, das sich zunächst kämpferisch „Aktionsfront“ nennt und sich 2004/2005 gegründet hatte, war äußerst bescheiden, um das gelinde auszu-drücken. Deutlich besser war hier die Antifa; deren Mitglieder haben sehr, sehr intensiv Aufklärung betrieben und das im Unterschied zu uns, auch dokumentiert. Ihnen ist bekannt, dass staatliche Organe nicht ohne weiteres Daten sammeln und verwehren dürfen. Wir benötigen dafür den Anfangsverdacht einer Straftat oder eine konkrete Gefahr. Wir haben uns natürlich über die Webseiten der Antifa informiert. Was den Sicherheitsorganen regelmäßig fehlt, ist hier die konkrete Innenansicht einer solchen Organisation, da sich diese ja genau vor diesen Sicherheitsorganen abschottet.

Von 2010 bis zur Räumung durch die Polizei im März 2012 fungierte das sogenannte „Braune Haus“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler, als Zentrum des Aktionsbüros Mittelrhein. Dort wurden zum Beispiel rechte Demonstrationen organisiert. Für die Polizei erkennbar war der Anstieg von Einzelstraftaten. Erste Straftaten

gegen das Haus selbst – beginnende Auseinandersetzungen zwischen Links und Rechts – bis hin zu Körperverletzungsdelikten. 2011 kam es dann zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Die Presse hat darüber ausführlich informiert.

Für Samstag, den 18. August ist eine Demonstration der Rechten gegen den §129 Strafgesetzbuch (Bildung einer kriminellen Vereinigung) geplant, dies als Unterstützung für die verhafteten „Kameraden“ des AB Mittelrhein. Veranstalter ist Christian Worch, einer der führenden Köpfe und Multifunktionär der militanten Neonazi-Szene. Der Prozess wird nächste Woche am Dienstag beginnen.

Sie sehen, es gab einen sehr langen Zeitraum, in dem offenkundig keine staatliche Intervention stattgefunden hat. Warum, versuche ich gleich zu erklären.

Wie verändern sich die Rechtsextremen?

Der Leiter des AB Mittelrhein ist Angehöriger des sogenannten inneren Kreises und ein ausgesprochener IT-Fachmann. Daher gelang es uns bisher auch nicht, bestimmte Partien auf den Festplatten zu entschlüsseln, um an die entsprechenden Daten zu gelangen. Dieser IT-Profi nimmt als Einziger vom AB Mittelrhein an den Führer-Meetings teil. Das sind Treffen von Kaderführern, auf denen die geplanten Aktionen besprochen werden. Außerdem ist er der Kassenwart und verantwortlich für die Planung von Aktionen.

Ein weiteres Mitglied des inneren Kreises ist ein Medizinstudent „Einsler Abitur“. Er hält Vorträge über Rassenkunde und ist verantwortlich im AB Mittelrhein für den Sportunterricht und das Kampftraining, das im Walde mit entsprechenden Hilfsmitteln durchgeführt wird.

Wir haben es bei den Rechten also nicht mehr unbedingt nur mit dem Bomberjackett und Springerstiefeln bekleidetem, oftmals kahl rasiertem und häufig mit wenig Bildung versehenem Gegenüber zu tun.

Ziele und Selbstdarstellung der Neonazis nach außen / Ursachen

Sie präsentieren sich nicht als Skinheads, sondern als die netten Jungs aus der Nachbarschaft, sie haben ordentliche Manieren und sind intelligent. Sie lernen aus den Verboten gegenüber anderen Kameradschaften (Kameradschaft Westwald). Sie nehmen regelmäßig teil an rechtlichen Beratungen und führen auch selbst welche durch. Sie besetzen Themen, die auch für die ältere Generation relevant sind (Sozialstaat, Renten, Arbeitslosigkeit). Die handelnden Personen präsentieren nach außen ein freundliches Gesicht, während sie im Keller im kleinen Kreis bereits die Begehung von Straftaten in der Region, in Dresden und andern Orts vorbereiten.

Vereinnahmung von Gedenkstätten

Ein Erziehungskonzept, das Fremdenangst beinhaltet, erfährt Verstärker und schlägt in der nächsten Generation in Fremdenhass um. Ursachen liegen in Rigorismus, eine überstrenge, starre Denk- und Handlungsweise, die an Grundsätzen und Prinzipien festhält, ohne Berücksichtigung der konkreten Bedingungen und Situationen. Wir sehen eine verstärkte Ausspionierung der politischen Gegner z. B. der Antifa, die dadurch zunehmend Gefahren ausgesetzt sind. Sie setzen rechte Musik als Propagandamittel ein (z.B. sogenannte Schulhof-CDs oder auch Konzertveranstaltungen). Große Gefahren für die Entwicklung rechten Gedankenguts ergeben sich auch aus dem sogenannten Stammtisch Nazitum. Im mehr oder weniger alkoholisierten Zustand werden angebliche Tugenden des Dritten Reichs heraufbeschworen, die sich dann, bei ausreichender Wiederholung, auch in den Köpfen beispielsweise jugendlicher Gäste festsetzen und von diesen übernommen werden.

Nun kommen wir zu den Ereignissen am 8. Mai 2005 in Remagen. Am 8. Mai findet jährlich die zentrale Gedenkfeier des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge der Stadt Remagen und des Friedensmuseums „Brücke von Remagen“ statt. 2005, am 60ten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs, fand eine große internationale Friedensfeier unter Beteiligung hochrangiger Militärs und mit amerikanischen, belgischen und deutschen Veteranen - darunter auch ehemaligen Insassen der Rheinwiesenerlager Remagen und Sinzig- statt. Die Rechten organisieren eine erste große rechte Demo in Remagen. Die Teilnehmer dieser Demo kommen zum größten Teil aus dem Kreis Bad-Neuenahr-Ahrweiler, aber auch aus angrenzenden Städten, wie zum Beispiel aus Bonn.

Die Aktion wird über das Internet verbreitet. Das führt in den folgenden Jahren zu einer weitgehenden Vernetzung. Es schließen sich nun vermehrt auswärtige rechte Organisationen den Aktionen des AB Mittelrhein an, umgekehrt agiert das AB Mittelrhein, wie bereits gezeigt, auch zum Beispiel in Dresden. Diese Besetzung der Rheinwiesenerlager durch die Rechten wird zunehmend propagandistisch genutzt. Über das Internet werden Lügen, Legenden und Halbwahrheiten verbreitet.

- Es wird dabei mit völlig überhöhten Todeszahlen agiert (mehr als eine Million Tote deutsche Soldaten, Frauen und Kinder).
- Nicht Nazideutschland sondern die Amerikaner sind die Verbrecher.
- Deutschland ist der Krieg aufgezwungen worden

2005 meldeten sich noch etliche Zeitzeugen, also Menschen, die das Leid selbst erfahren haben, zu Wort. Natürlich setzen sich das Elend und das Leid des Krieges auch in der Gefangenschaft und in den Kriegsgefangenenlagern fort. Die Schilderungen der Zeitzeugen sind oft von Verbitterung geprägt, das ist auch verständlich. Das Problem ist nur, dass viele Zeitzeugen so gar nicht registrie-

ren, wie sie hier instrumentalisiert und missbraucht werden und dass das auch genauso beabsichtigt ist.

Das AB Mittelrhein hat die Rheinwiesendemo institutionalisiert, indem sie sich über Jahre im Voraus für diese Demo angemeldet hat, ich glaube bis 2014.

Erste große Demonstration, Gründung des AB Mittelrhein, Instrumentalisierung dieses Mahnmals, 2010 Einzug ins Braune Haus und geschehen ist immer noch nichts. Welche Rolle spielt die Polizei in diesem Geschehen? Was kann sie tun?

Ich gehe mal zunächst auf das Versammlungsrecht ein und auf Versammlungen überhaupt. Unser Versammlungsgesetz ist relativ unmodern. Es stammt aus den 1950er Jahren und ist geprägt von den Erfahrungen des Dritten Reichs. Es ist eigentlich nie den modernen Strukturen angepasst worden. Ob dies eine richtige oder eine falsche Entscheidung ist, möchte ich nicht bewerten. Auf der einen Seite steht natürlich das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit als eines der wichtigsten Bürgerrechte überhaupt. Demonstrations- und Versammlungsfreiheit bietet natürlich dem Volk die Gewähr und so hat es auch das Bundesverfassungsgericht gesehen, seine Meinung öffentlich kundzutun. Auf der anderen Seite nutzen diese Freiheitsrechte auch die Rechten, also auch die Gegner von Freiheit und Demokratie. Sie wissen, das Verbot einer Versammlung ist fast unmöglich. Und eine genehmigte Demonstration müssen wir als Polizei auch beispielsweise vor gewaltsamen Gegendemonstranten seitens der Antifa oder der Gewerkschaften schützen. Das führt dann zu dem Eindruck, die Polizei sei auf dem rechten Auge blind und schütze die Rechten sogar. Richtig ist: Die Polizei schützt nicht Meinungen, die Polizei schützt die Ausübung von Grundrechten.

Die Rechten nutzen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und die Schwierigkeiten dieses Grundrecht einzuschränken natürlich entsprechend aus. Sie kennen alle sicherlich die leidliche Praxis der Kommunen - in Rheinland-Pfalz sind die Kommunen für die Ausgestaltung der Versammlung zuständig - eine rechte Demo zu verbieten. Ob es berechtigte Gründe dafür gibt oder nicht, spielt keine Rolle, hier geht es um den politischen Effekt. Wir verbieten diese rechte Demo und wissen aber ganz genau, dass das Gericht anschließend dieses Verbot aufheben wird. Zuletzt eindrucksvoll auch durch das OVG Koblenz belegt im Kreis Ahrweiler. Hier stellt das Gericht fest, dass die Kommunen die Verantwortung an die Gerichte abschieben, um nachher sagen zu können: „Ihr habt das ja genehmigt, wir nicht.“

Politische Aufklärung und hier insbesondere auch an Schulen, sollte grundsätzlich weiterhin den Landesämtern für Verfassungsschutz vorbehalten bleiben; dies ist auch eine Erkenntnis aus der geschichtlichen Vergangenheit. Was auf

Vereinnahmung von Gedenkstätten

diesem Gebiet von dort geleistet wird, erachten wir als Polizei Rheinland-Pfalz für sehr gut. Die Polizei selbst muss sich intensiver auf Strukturermittlungen konzentrieren, d.h. wir müssen die rechten Organisationen treffen und das geht nur über Ermittlungsverfahren wegen Bildung krimineller Vereinigungen. Damit treffen wir die Struktur, nur so kann ein entsprechender Verein später auch möglicherweise verboten werden. Diese Verfahren sind sehr aufwendig und dauern regelmäßig Jahre. Deshalb haben die Ermittlungen gegen den AB Mittelrhein sieben Jahre gedauert bis das Gerichtsverfahren stattfinden konnte.

Schließen möchte ich meinen Vortrag mit der Inschrift auf dem Boden der Friedenskapelle Remagen: Frühere Fehler dürfen nicht wiederholt werden. Vergeltung ist keine Liebe und Hass kein Boden, auf dem Frieden gedeihen kann.

¹ Aufgrund zeitlicher Restriktionen der Gesamtveranstaltung wurde der Vortrag an verschiedenen Stellen gekürzt.

² Wegen des aktuell noch laufenden Gerichtsverfahrens gegen Mitglieder des AB Mittelrhein können einzelne Punkte in einer öffentlichen Dokumentation nicht näher ausgeführt werden.

Was war 1945 in Bretzenheim an der Nahe bei Bad Kreuznach?



Das Kreuz von Bretzenheim bzw. das Mahnmal „Feld des Jammers“

Quelle: NS-Dokumentationszentrum

Auf den Ackerflächen Bretzenheims befand sich von April 1945 bis zum 31. Dezember 1948 ein Kriegsgefangenenlager. Dieses Rheinwiesenkriegsgefangenenlager soll eines der schlimmsten Kriegsgefangenenlager gewesen sein. Am 17./18. März 1945 endeten im Raum Bad Kreuznach mit dem Einmarsch der Amerikaner die kriegerischen Auseinandersetzungen, das heißt, die Kampfhandlungen. Die US-Amerikaner errichteten unmittelbar hinter den ehemaligen Kasernen der deutschen Wehrmacht in Bad Kreuznach das Gefangenenlager Galenberg. Zwischen Anfang bis Mitte April 1945 wurde in vier km Entfernung von Bad Kreuznach das nächste Kriegsgefangenenlager mit dem Namen Winzenheim auf den Äckern von Bretzenheim eingerichtet. Es dehnte sich an Bretzenheim vorbei bis an den Guldenbach vor Langenlonsheim aus. Ein weiteres Kriegsgefangenenlager wurde in Biebelsheim eingerichtet. Biebelsheim ist ca. 6 km von Bad Kreuznach und ca. 8 km von Bretzenheim entfernt. Zum Zeitpunkt der Einrichtung dieser drei Kriegsgefangenenlager war der Krieg in Deutschland noch nicht beendet. Bis zum 10. Juli 1945 waren die USA die Gewahrsamsmacht.

Am 10. Mai 1945 befanden sich ca. 110.000 deutsche Soldaten als Gefangene im Lager Bretzenheim/Winzenheim. Weitere 50.000 waren zu dieser Zeit im

Gefangenenlager Galgenberg, und noch einmal etwa 50.000 deutsche Soldaten befanden sich in Biebelsheim. Bei Kriegsende befanden sich in diesen drei Lagern ca. 210.000 deutsche Soldaten in der Gefangenschaft unter freiem Himmel bei keiner bis schlechter Ernährung, ohne medizinische Betreuung, ohne Wasserversorgung und ohne sanitäre Einrichtungen. Am 10. Juli 1945 übernahm die französische Armee das Kriegsgefangenenlager Bretzenheim mit ca. 17.000 Gefangenen. Die Lager Bad Kreuznach und Biebelsheim waren zwischenzeitlich aufgelöst worden. Die Gefangenen waren entweder entlassen worden, oder zum Arbeitseinsatz nach Frankreich oder nach Bretzenheim überführt worden oder verstorben. Die Franzosen nannten das Bretzenheimer Kriegsgefangenenlager „Depot de Transit Nr.1“. Hier wurden deutsche Soldaten untergebracht, z. B. internierte deutsche Soldaten aus Norwegen oder entlassene deutsche Kriegsgefangene aus England, und entschieden, ob die Gefangenschaft fortgesetzt wurde oder ob eine Entlassung stattfand. Kriegsgefangene, die in Frankreich gefangen gewesen waren, wurden über Bretzenheim entlassen.

Die französische Armee begann unmittelbar nach der Übernahme des Lagers von der US-Armee mit dem Aufbau von Baracken und Zelten. Ein geordnetes Gefangenenleben begann. Am 31. Dezember 1948 wurde es als das letzte Kriegsgefangenenlager auf westdeutschem Boden geschlossen. Am 1. September 1949 wurden die Äcker den Bretzenheimer Landwirten zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung zurückgegeben. Im Frühjahr und Sommer des Jahres 1945 war die Sterblichkeit unter den Kriegsgefangenen auf Grund der schlechten Versorgungslage sehr hoch. Es sind geschätzt, dass 3.500 bis 5.000 Kriegsgefangene gestorben sind. Die Lagertoten wurden oberhalb des Kriegsgefangenenlagers Galgenberg in Bad Kreuznach und auf einem Soldatenfriedhof bei Stromberg begraben. Die Toten beider Friedhöfe wurden 1952 umgebettet, zum größten Teil auf die Kriegsgräberstätte „Ehrenfriedhof Lohrerwald“ südwestlich von Bad Kreuznach. Einige wurden auch auf heimatlichen Friedhöfen beigesetzt. Genaues ist nicht bekannt. In den ersten Wochen wurde nicht registriert. Die Geheimnismächte halten sich bis heute bedeckt, und wahrscheinlich wird auch noch Vieles als geheim unter Verschluss gehalten. Die Daten aus kommunalen Registern, von der „Deutschen Dienststelle - WASt Wehrmachtsauskunftsstelle/Berlin“ und auch vom Suchdienst des Roten Kreuzes können noch manches Geheimnis preisgeben.

Das Kreuz von Bretzenheim bzw. das Mahnmal „Feld des Jammers“

1964 errichtete der ehemalige Kriegsgefangene Fypsilon Schuler ein Holzkreuz im Straßengraben der Bundesstraße 48 am Rande des Geländes des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers. Dies war der Anstoß zur Gründung eines Mahnmalausschusses mit der Aufgabe eine Erinnerungsstätte, eine Gedenkstätte, zu errichten. Die Bevölkerung von Bretzenheim und Umgebung, die ehemaligen Kriegsgefangenen unter der Führung des Heimkehrerverbandes und Förderungen des

Wolfgang Spietz

Landes Rheinland-Pfalz und des Landkreises Bad Kreuznach ermöglichten die Errichtung des Mahnmales. Am 2. Oktober 1966 wurde das Mahnmal „Feld des Jammers“ eingeweiht. Am Volkstrauertag eines jeden Jahres veranstaltet der Heimkehrerverband eine Gedenkfeier mit Kranzniederlegung.

Im November 1984 gab der Bretzenheimer evangelische Pfarrer Christian Brandenburg seine Idee zur Durchführung eines Mahntages im Frühjahr 1985, das heißt, 40 Jahre nach Kriegsende, bekannt und bat um Unterstützung bei der Organisation. Eine kleine Ausstellung war auch geplant.

Dokumentationszentrum und Ausstellung

Der Pfarrer betraute Wolfgang und Ute Spietz mit der verantwortlichen Leitung des Ausstellungsprojektes. Bei der Vorbereitung der kleinen Ausstellung konnten die Beauftragten feststellen, dass bereits viel Material durch Vernichtung verloren gegangen war. Als Mitglied im Ortsgemeinderat stellte Wolfgang Spietz nach dem Mahntag 1985 den Antrag auf Einrichtung einer Sammel- und Registrierstelle für Dokumente, Sachgegenstände u. ä. aus der Kriegsgefangenenlagerzeit. Mit Ratsbeschluss vom 07.05.1985 wurde Wolfgang Spietz mit der Leitung der Dokumentationsstelle Kriegsgefangenenlager Bretzenheim betraut. Aus den bescheidenen Anfängen in der Privatwohnung wurde über die Jahre mit Hilfe der ehemaligen Kriegsgefangenen, deren Angehörigen und anderen Personen eine recht ansehnliche Sammlung von Dokumenten, Erlebnisberichten und Sachgegenständen, welche seit 1996 in einer ständigen Ausstellung in zwei Räumen des gemeindeeigenen Amtshauses zu sehen ist. Das Ehepaar versteht sich als „Jäger und Sammler“ und sammelt wertneutral Dokumente, Sachgegenstände u. ä. aus einer schlimmen Zeit. Der verbrecherische nationalsozialistische deutsche Staat wurde mit der Kapitulation am 8. Mai 1945 aufgelöst. Der 2. Weltkrieg war in Europa zu Ende.

Hass, Zorn, Vergeltung und Gleichgültigkeit waren nach Kriegsende Motive zu weiteren Verletzungen der Menschenrechte. Über viele Jahre wurde aus den unterschiedlichsten Gründen über die Menschenrechtsverletzungen an den Kriegsgefangenen geschwiegen. Die Erinnerung muss sein und das Vergessen darf nicht sein. Die Aufarbeitung des Gesamtkomplexes Nationalsozialismus, Krieg und Folgen sind notwendig, um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Es waren unter anderem die Mehrheit der ehemaligen Soldaten, die Kriegsgefangenen und ihre Familien der vielen europäischen Nationen, welche aus dem persönlichen grausamen Erleben heraus ein friedliches Nebeneinander und Zusammenleben in Europa seit 67 Jahren ermöglichten mit Vereinbarungen, welche kriegerische Auseinandersetzungen in der Zukunft fast unmöglich machen. Europa, insbesondere Mitteleuropa, ist für die Welt zukunftsweisend in der Friedensarbeit.

Wie erfolgt die Gedenkarbeit in Bretzenheim?

Seit eh und je erfolgt die Gedenkstättenarbeit in Bretzenheim ehrenamtlich. Interessierte nehmen über die verschiedensten Kommunikationsmittel mit uns, dem Ehepaar Wolfgang und Ute Spietz, Kontakt auf, und es wird ein Termin in der Ausstellung „Kriegsgefangenenlager“ im Dokumentationszentrum oder am Mahnmal vereinbart. Zu Beginn des Besuches wird, in der Regel im Museum, ein persönliches Gespräch, das sich an den individuellen Wünschen der Besucher orientiert, geführt. Dieses Gespräch dauert etwa zwei Stunden. Vor Ort am Mahnmal wird detaillierter über die Geschehnisse am Ort informiert. In besonderen Fällen werden Besucher auch an das Kreuz der Gedenkstätte Galgenberg und/oder auf den Ehrenfriedhof „Lohrerwald“ begleitet. Telefonate und schriftliche Kontakte runden die ehrenamtliche Gedenkarbeit ab. Anerkennende Worte und Spenden zur Unterhaltung des Mahnmales und der Ausstellung bestätigen die Richtigkeit und die Bedeutung der ehrenamtlichen Gedenk- und Informationsarbeit. Aus den Gesprächen mit den ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen ist klar zu entnehmen, dass bis auf ganz wenige Ausnahmen, kein Hass und kein Zorn auf die ehemaligen Gewahrsamsmächte bestehen. Der historische Gesamtzusammenhang mit den damaligen Gegebenheiten, wie ein verwüstetes kriegszerstörtes Europa usw. wird akzeptiert, auch wenn es persönlich sehr schmerzte und oft lange nicht verstanden wurde. Es wird immer wieder der Wunsch geäußert, dass das damalige Geschehen nicht vergessen werden darf und dass daran erinnert wird, damit nie wieder so grausam von Menschen mit Menschen umgegangen wird. Es gilt ohne Einschränkung die Losung der Mahntage der Jahre 1985 und 2005:

***Nicht der Zorn und der Hass,
sondern die Versöhnungsbereitschaft,
das Verständnis füreinander und die Liebe
bringen den Frieden und bewahren den Frieden.***

Die Worte des Schriftstellers Walter Kempowski sollten uns für die heutige Veranstaltung wegweisend sein:

*Wir wollen den Alten nicht den Mund zuhalten,
wenn sie uns etwas erzählen wollen,
und wir dürfen ihre Tagebücher nicht in den Sperrmüll geben,
denn sie sind an uns gerichtet.
Die Erfahrung ganzer Generationen zu vernichten,
diese Verschwendung können wir uns nicht leisten,
wir müssen uns bücken und aufheben.
Was wir dabei auch nicht vergessen dürfen:
Es ist unsere Geschichte, die da behandelt wird.*

Podiumsdiskussion

Auszüge aus dem Abschlussgespräch der Tagung



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion (v.l.n.r.)
Hans Peter Kürten, (Remagen),
Hans Berkessel (Moderator),
Wolfgang Lauenstein (Ludwigshafen-Rheingönheim),
Wolfgang Spietz. (Bretzenheim)

Quelle: NS-Dokumentationszentrum

Zu Beginn der Diskussion bittet der Moderator die beiden Vertreter der Initiativen von Remagen und Ludwigshafen-Rheingönheim um eine kurze Vorstellung dieser beiden Rheinwiesener Lager analog zu dem im vorherigen Beitrag von Herrn Spietz vorgestellten Lager Bretzenheim.

Wolfgang Lauenstein zum Rheinwiesener Lager Ludwigshafen-Rheingönheim

Seit vielen Jahren lebt in Rheingönheim ein Lokal-Historiker, der mittlerweile über 90 Jahre alt ist, weswegen er auch nicht an der Tagung mitwirken kann. Er sagte eines Tages, *„wir können nicht nur der Juden gedenken, wir haben zwar eine jüdische Vergangenheit in Rheingönheim, wir müssen aber auch an die denken, die wenige Meter hier von uns weg auf dem Acker monatelang vegetieren mussten wie das Vieh. Das waren deutsche Kriegsgefangene, da müssen wir irgendetwas tun, beispielsweise ein Denkmal bauen.“* Die Stadtspitze war sofort damit einverstanden und hat 1991 ein würdiges Denkmal errichten lassen. Jährlich am Volkstrauertag wird dort ein Kranz niedergelegt.

Nun muss man wissen, dass in diesem Lager maximal 100.000 Menschen interniert waren; etwa 91.000 sind gesichert. Sie waren dort über einen Zeitraum von März bis Juni 1945 in Gefangenschaft. Dann ging das Lager an die Franzosen über. Man kann davon ausgehen, dass nicht alle 91.000 Nazis gewesen sein können, zumal einige dabei waren, die vierzehn bis fünfzehn Jahre alt waren. Diese ganz jungen Kriegsgefangenen, die waren in der HJ, haben irgendwo einen Flakscheinwerfer bedient oder waren in der Flakstellung, die ganz in der Nähe war, im Einsatz gewesen.

Das ist ein Punkt gewesen, der in Rheingönheim anfänglich etwas zurückhaltend diskutiert und behandelt worden ist.

Heute ist das Denkmal an die Kriegsgefangenen eine Stätte, die Gott sei Dank nicht von Neonazis missbraucht wird. Am Volkstrauertag sieht man dort Blumen liegen, den städtischen Kranz oder auch mal eine Kerze. Ich habe gerade jetzt erfahren, von wem die Blumen sind, nämlich von einem ehemaligen Gefangenen, der jedes Jahr dort hingehet, um dort eine Gedenkminute einzulegen. Von diesem Lager ist – und das ist ein Manko – leider nicht allzu viel bekannt. Seit meinem Ruhestand vor vier Jahren beschäftige ich mich ernsthaft mit der Lagergeschichte. Unser Ortshistoriker hat sich in erster Linie mit Augenzeugen befasst. Über Zeitungsaufrufe gelang es, aus ganz Deutschland ehemalige Kriegsgefangene ausfindig zu machen, die ihre Erlebnisse geschildert haben. All das wurde von dem Historiker gesammelt. Er hat sich nicht mit der Organisation und der Struktur der Lager beschäftigt. Wie kamen die Lager zustande, von welchen US-Einheiten wurden sie errichtet, welche US-Einheiten haben die Lager mehr oder weniger kontrolliert, betreut, bzw. bewacht. Das ist eine Aufgabe, die ich mir gestellt habe, aber die ist sehr schwer.

Es gibt also das Denkmal, und es gibt Berichte von Zeitzeugen und andere Augenzeugenberichte. Berichtet wurde beispielsweise von Frauen, die es gewagt hatten, Brot oder irgendwas Essbares über den Zaun zu werfen und die deswegen festgenommen wurden. Es gibt Hinweise vom Internationalen Roten Kreuz. Es liegt mir beispielsweise ein Bericht von dem Tag vor, an dem eine Kommission zu Besuch war. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich 81.000 Gefangene in dem Lager, darunter 900 Frauen und – man höre und staune – 26 Kinder. Ich konnte aber noch nicht in Erfahrung bringen, ob es Kinder waren, die von den Frauen, die ins separate Frauenlager eingewiesen wurden, mitgebracht worden sind. Auf jeden Fall waren in dem Lager auch Kinder und wie gesagt, in einem separaten, aber an das Männerlager angrenzende Frauenlager, 900 Frauen.

Außer diesem Bericht vom Internationalen Roten Kreuz war bisher so gut wie nichts zu erfahren. Ich konnte lediglich in Erfahrung bringen, dass die 106. Infanterie-Division für die Bewachung zuständig war. Die stellten Artillerie-Bataillone ab, wobei es sich offenbar um einen bunt zusammen gewürfelten Haufen handelte. Sie waren nicht darauf vorbereitet, Gefangene zu bewachen. Daher kam es auch zu Schwierigkeiten zwischen den Gefangenen und dem Wachpersonal. Die Mehrzahl derer, die mich kontaktiert haben, sind nicht in irgendeiner Form drangsaliert oder gequält worden. Die meisten wurden gequält durch Hunger, Durst und die Umstände, die überall gleich waren, nämlich im Dreck, im Schlamm hausen oder leben zu müssen. Kürzlich kam eine Latrinen-Geschichte auf. Da rief mich ein Herr an und sagte: „Nachts da hat es bei uns immer geplumpst in der Nähe der Latrine, vielleicht ist da jemand reingefallen?“

Vielleicht, wir wissen es nicht. Das heißt, es ist noch nicht gelungen, die genauen Todeszahlen zu erforschen. Es ist lediglich bekannt, dass auf unserem Friedhof vier Personen aus diesem Lager bestattet sind. Dabei handelt es sich um Gefangene, die geflohen waren und erschossen worden sind. Das heißt, diese vier Toten sind offiziell bekannt und in einem Sterbebuch der Stadt Ludwigshafen verzeichnet. Ich habe inzwischen sechzehn weitere Tote dieses Lagers gefunden, die im Mai 1945 gestorben sind, sodass ich davon ausgehe, dass es zwischen März und Juni noch weitere Todesfälle gegeben hat. Aber das muss noch genauer untersucht werden. Es gibt einige Berichte von Augenzeugen bzw. von ehemaligen Gefangenen, die besagen, jeden Morgen wären an der Lagerstraße 20 bis 50 Tote abgelegt worden, die dann per LKW oder Fuhrwerk, abgeholt und wegtransportiert worden seien. Das ist für mich nicht ganz plausibel. Auf der einen Seite werden vier Gefangene erschossen und der Lagerkommandant unterrichtet den Pfarrer, damit sie beerdigt werden können. Auf der anderen Seite sollen da massenweise Leute gestorben sein, die irgendwo verscharrt worden sind. In der Nähe des Lagers gab es so eine Art Kiesgrube von der behauptet wird, dort seien Tote verscharrt worden. Andere wiederum behaupten, die Toten der Stockades seien auf der Parzelle selbst verscharrt worden. Zwischenzeitlich ist dort ein Neubaugebiet entstanden, dort fanden massenweise Erdbewegungen statt, es wurden aber keine Toten gefunden. Also auf diesem Bereich kann schon nichts gewesen sein. Sonst üblichen Schätzungen und statistischen Überlegungen zufolge könnte man bei 91.000, zum Teil Entkräfteten, Kranken und auch Schwerverletzten und Amputierten bei einer Sterblichkeitsrate von 0,1%, mit knapp 90 oder 100 Toten rechnen. Also von der Warte aus ist das überhaupt noch nicht transparent. Es ist aber nicht meine Aufgabe jetzt zu sagen, da sind jetzt 124 Tote, die haben die Amerikaner zu verantworten. Nein darum geht es nicht, es geht nicht um die Aufrechnung, es geht lediglich um die Feststellung von Tatsachen, soweit diese noch verfügbar und recherchierbar sind.

Hans Peter Kürten zum Rheinwiesentalager in Remagen

Als 15-Jähriger habe ich nach den Sommerferien zwei Monate Panzergräben in Holland ausheben müssen, dann war relativ kurze Zeit danach der Krieg vorbei. Als ich 1965 nach Remagen kam und dort zum Bürgermeister gewählt wurde, wo ich fast noch niemanden kannte, wo ich die Stadt nur sehr wenig kannte, kam ich am ersten Tag zur Brücke von Remagen: Alles war verkommen, kein Mensch kümmerte sich darum und ich dachte, an einer Stelle wo Weltgeschichte geschehen ist, muss man was machen. 1969 hatte ich erstmals die Chance, mit der Deutschen Bundesbahn in Verbindung zu kommen. Der Stadtrat hatte eingewilligt, das alte Eisenbahngelände für die Stadt zu kaufen, falls es bezahlbar wäre. Nach sieben Jahren konnten wir endlich den Kaufvertrag abschließen. Nachdem in der Zeitung darüber berichtet worden war, sagte der Chef der Strombauverwaltung, dann holen wir die Brückenpfeiler aus dem Rhein. In diesen Tagen las ich in der Zeitung, dass unglaublich viele Amerika-

ner nach Pearl Harbor flogen, wo die Japaner Schlachtschiffe der Amerikaner versenkt hatten. Ich dachte, wenn Amerikaner dahin gehen, wo sie verloren haben, werden sie auch bestimmt dahin gehen, wo sie gewonnen haben. Du brauchst nur ein Souvenir. Daher ging ich zur Abbaufirma und bat darum, mir die Bruchstücke der Pfeiler zur Verfügung zu stellen. So baute ich zum ersten Mal Erinnerungsstücke von der Brücke von Remagen. Das zeigte ich einem berühmten amerikanischen Journalisten, und der sagte zu mir: „Das ist eine wunderbare Idee, aber keine amerikanische Frau will so einen dicken Stein in ihrer Wohnung stehen haben.“ Da war ich ein bisschen traurig, und dann machte ich das anders. Ich zerkleinerte die Steine, und am 7. März 1978 verkaufte ich zum ersten Mal kleine Steine der Brücke von Remagen. Viele amerikanische Soldaten kamen, auch Deutsche, ein deutscher General und unglaublich viele Rundfunkleute. Eine Dame aus Köln fragte: „Wie viele Steine werden Sie verkaufen, 100 Stück?“ Ich sagte: „Das wäre ein Traum, ich weiß aber nicht, ob das gelingt.“ Inzwischen liegen wir bei 5.130, das war das zweite Wunder von Remagen. Am 7. März 1980, also zwei Jahre später, konnte ich dann das Friedensmuseum eröffnen und es kamen unglaublich viele Leute. Inzwischen waren 670.000 Menschen dort. Nach der Eröffnung kamen hin und wieder ehemalige deutsche Soldaten, die sich beschwerten, dass wir nichts über das Remagener Kriegsgefangenenlager erzählten. Ich kam dann an einem Abend in Remagen in eine Kneipe, trank ein Bier und dann kam ein Mann und sagte zu mir: „Chef, du musst nach Kripp (Bezirk in Remagen) gehen, da gibt es eine Madonna, die ein ehemaliger Kriegsgefangener aus dem Dreck, in dem die gelegen haben, gebaut hat. Und ich stand am nächsten Tag vor dem Pfarrhaus, klingelte, und es kam mir ein junger Kaplan entgegen: „Wo ist die Madonna aus dem Kriegsgefangenenlager?“ Er sagte: „Ich hab keine Ahnung.“ Eine Frau, die gerade den Flur sauber machte, sagte: „Herr Kaplan, dort auf der Treppe steht sie“. Schon wenige Tage später hatte ich die Deutsche Presseagentur informiert. In allen Zeitungen erschien dann ein Artikel über das Kriegsgefangenenlager und der letzte Satz lautete: „Wer war im Lager? Bitte, bitte melden!“

Bereits zwei Wochen danach hatte ich rund 2.000 Zuschriften erhalten. Ich ging zum Rat der Stadt, erbettelte ein Grundstück zwischen Remagen und Kripp. Dort befand sich das alte Lager, und ich errichtete dort ein Gedenkkreuz. Vor 27 Jahren im Juni führten wir dann das erste Treffen mit ehemaligen Kriegsgefangenen durch. Es kamen 1.600 Personen, und wir nahmen die Madonna mit zu dem Kreuz. Ich sagte: „Die Madonna kann hier nicht stehen bleiben, die ist sicherlich nach drei Tagen gestohlen. Ich würde gerne eine Kapelle bauen, aber ich habe kein Geld!“ Nach einem halben Jahr hatte ich 320.000 Mark zusammen, und ich baute dann diese Kapelle. Am 20. Oktober 2012 dieses Jahres findet das 13. Treffen für ehemalige Kriegsgefangene statt. Zum letzten vor zwei Jahren kamen noch 400 Ehemalige. Wir haben natürlich keine Ahnung, wie viele dieses Mal noch kommen können, denn die Personen sind alle zwischen 83 und über

Podiumsdiskussion

90 Jahre alt. Aber das Treffen wird stattfinden, da die Kapelle dann 25 Jahre alt wird. In den Boden der Kapelle haben wir eine Bronzeplatte eingebracht, auf der steht, von wann bis wann das Lager existiert hat, wie viele Gefangene dort waren, wie viele Menschen dort haben sterben müssen. Die Inschrift endet mit dem Spruch: „Frühere Fehler dürfen nicht wiederholt werden. Vergeltung ist keine Liebe, und Hass ist kein Boden, auf dem der Friede gedeihen kann!“

Frage aus dem Publikum:

Mich beschäftigt die Frage: Je mehr wir Rheinwiesental historisch in den Mittelpunkt und ins Zentrum des Interesses stellen, desto größer wird auf der anderen Seite die Gefahr, dass wir diese Stätten zu Wallfahrtsorten der Rechten und auch der Neonaziszene machen. Der Eindruck drängt sich hier auf, dass Remagen dann in die Schlagzeilen kam, nachdem wir die großen Demonstrationen von rechts da hatten und die Demonstrationen immer größer wurden. Wie können wir dem einen Riegel vorschieben? Die Polizei kann es offenbar nicht. Aber Herr Kürten, Sie hatten geäußert, die Rechtsradikalen könnten bei Ihnen nicht an die Kapelle ran. Das würde mich sehr interessieren, wie Sie das geschafft haben! Das wäre auch mein Wunsch für Bretzenheim, denn ich befürchte, dass, wenn in Remagen irgendwann mal der Zulauf gestoppt werden kann, wir dann in Bretzenheim als Nachfolger kursieren. Dass sich dort die Anzahl der Nazis im Moment noch in Grenzen hält, hängt mit dem Zulauf in Remagen zusammen. Wir sind ein Bundesland, aber wie können wir denn die Besetzung dieses Themas und dieser Orte durch die Neonazis verhindern?

Hans Peter Kürten:

Also uns wird erlaubt, dass wir an der Straße einen Zaun aufstellen, wie das ja auch bei Radrennen oder sonstigen Veranstaltungen ist. Und es sind ja jedes Mal um die 300 und noch mehr Polizisten da, die den Marsch der Rechtsextremisten rechts und links begleiten. Polizisten stehen auch im Bereich der Kapelle und sorgen dafür, dass die Rechtsextremisten zwar bis dahin an die Straße gehen können, aber dass sie nicht auf das Grundstück gehen können. Sie gehen zwar dahin, und dann fängt einer von denen immer ein bisschen was an zu reden. Dabei kommt ja immer wieder diese Million der Toten zur Sprache, aber dann gehen sie zurück. Das haben wir bis jetzt schaffen können. Bei den letzten beiden Aufmärschen, die die Rechtsradikalen immer im November zum Volkstrauertag durchführen, haben wir den unteren Teil der Kapelle, in dem die schwarze Madonna steht, mit einem weißen Tuch verhüllt. Wir haben das gemacht, damit man auch noch nicht einmal von der Straße in die Kapelle reinschauen kann. Das heißt, die Madonna in dieser Kapelle können sie dadurch an diesem Tag überhaupt nicht sehen.

Zwischenfrage aus dem Publikum:

Sehe ich das richtig, dass dieses Gelände bei Ihnen Privatgelände Ihres Vereines ist?

Hans Peter Kürten:

Ja.

Anmerkung aus dem Publikum:

Ja und das ist eben der entscheidende Punkt, es ist eben kein öffentliches Gelände. Sie können das verbieten und es wäre Hausfriedensbruch, da drauf zu gehen.

Hans Berkessel (Moderator):

Herr Kürten, man könnte natürlich jetzt sagen, es ist erfreulich, dass das bei Ihnen möglich ist. Aber es ist andererseits auch ein defensiver Umgang mit dem Thema, denn Sie versuchen ja nicht, zivilgesellschaftlich die Bürger zu motivieren, dass sie sich den Rechten zum Beispiel in Form von Demonstrationen oder von Zusammenkünften in den Weg zu stellen, so dass sie unverrichteter Dinge wieder abziehen müssen. Da gibt es ja einige positive Beispiele in Rheinland-Pfalz. Wir haben das Problem der Naziaufmärsche und das couragierte Entgegenreten von Bürgern an verschiedenen Stellen in Rheinland-Pfalz, in Mainz und anderswo auch als positives Beispiel erlebt.

Ich muss Ihnen sagen, als ich mich hier auf die Veranstaltung ein wenig vorbereitet habe und mal einige Stunden im Internet gesurft habe, da ist mir ganz anders geworden. Da möchte ich mal aus meinem Herz keine Mördergrube machen, da sehe ich als Pädagoge eine ganz große Gefahr. Wenn Sie heute einem Schüler sagen, - Sie behandeln die Kriegszeit oder die Nachkriegszeit und es geht um das Thema Kriegsgefangenenlager -, jetzt geh mal ins Netz und recherchiere mal die Fakten zu den Rheinwiesslagern. Dann haben Sie einen glücklichen Umstand, wenn der Schüler wahrscheinlich im ersten Schritt auf Wikipedia kommt. Da findet er noch relativ weitgehend richtige und auch ausgewogene Informationen. Im zweiten Klick ist er schon auf einer rechtsextremistischen Seite und im dritten Klick kommt er zu dieser angeblich rechtsintellektuellen Zeitschrift „Junge Freiheit“, die übrigens, um mal zu zeigen, wie weit das inzwischen in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, im Herausgeberkreis Eva Herman, die ehemalige Fernsehmoderatorin, aufführt. Sie finden dort dann in etwas abgemilderter Form, also nicht ganz so plakativ, nicht ganz so offenkundig, genau das, was wir heute diskutiert haben, nämlich alle diese Legenden, diese Mutmaßungen, bezüglich der Opferzahlen usw. Und wenn Sie da weiter klicken, von einer zur nächsten Seite sind Sie innerhalb kurzer Zeit

Podiumsdiskussion

auf einer NPD-Seite gelandet. Und das ist, wenn man sich das Medienverhalten der jungen Generationen anschaut, eine ganz große Gefahr. Denn die jungen Leute arbeiten mit dem Internet, das ist ihr Alltag. Aber sie sind teilweise eben nicht gewappnet, nicht so informiert, dass sie eine richtige und historisch stimmige Information von einer halbrichtigen, von einer mit Mutmaßungen und Legenden unersetzten Information unmittelbar unterscheiden können. Ein Bildungsauftrag muss daher sein, sich gerade unter diesem Aspekt mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Professor Dr. Wolfgang Benz

Die Klage über das Verhalten jugendlicher Menschen bei der Aneignung von Bildung nützt uns natürlich gar nichts. Wir haben seit zwanzig, dreißig Jahren die Jugendlichen dazu erzogen, dass der Klick ins Internet die einzig wahre Möglichkeit ist, sich Wissen zu erwerben, und dass sie im zweiten Klick auf die NPD kommen, und im Dritten auf möglicherweise noch Schlimmeres, ja, das ist so, das wird noch schlimmer und das bleibt so. Da kann man, glaube ich, nur die Konsequenz daraus ziehen, dass man mit klassischen Methoden, durch gelehrte Bücher oder so etwas, da nichts mehr ausrichtet. Auch wir müssen jetzt mit Hilfe der Landeszentrale für politische Bildung das entsprechende Angebot vielleicht nicht über Broschüren, sondern übers Internet bringen. Und wenn dann dort Ross und Reiter genannt sind: diese Information kommt von der Landeszentrale für politische Bildung, dann können wenigstens alle, die noch nicht ganz durch dieses Medium verblödet sind, erkennen, das ist seriös und das stellt nicht irgendjemand ins Netz, das ist die saubere Information.

Ich denke, dass es gleichzeitig noch mindestens genauso wichtig ist, den Kontakt zu den Lehrern nicht zu verlieren und den Lehrern auch deutlich zu machen, dass die jungen Menschen ihre Informationen sortieren müssen und nicht alles, weil es halt im Netz steht, im Maßstab 1:1 übernehmen dürfen. Ich denke hier sind auch wieder die Gedenkstätten gefragt. Großes Lob an Sie, als die Kollegen von der schaffenden Front vor Ort! Ich denke, Sie haben einen wesentlichen Teil der Arbeit getan, indem Sie Herr Spietz, eine Stelle geschaffen haben, an der man sowohl emotional wie kommunikativ andocken kann, indem Sie, Herr Kürten, auch ein, zwei solcher Stellen geschaffen haben.

Auftrag an die politische Bildung ist nun, das weiter zu führen, nicht nur museal und emotional, denn irgendwann gibt es die alten Herrschaften nicht mehr und irgendwann interessieren sich auch die Enkel oder Urenkel nicht mehr so schrecklich für diese Geschichte. Dann kommt es auf die allgemeine, historische Ebene. Dann gilt es nicht nachzulassen darin, diejenigen, die es noch interessiert, zu informieren und vor allem aber denjenigen, die Mythen erzeugen

wollen, die Legenden bilden, die die Geschichte missbrauchen wollen, solide entgegen zutreten. Das scheint mir die wichtigste Aufgabe zu sein, die wir gemeinsam mit Wissenschaft, mit den Kämpfern und Bewahrern vor Ort und der institutionalisierten politischen Bildung zu leisten haben.

Literatur

Auswahl

Winfried Becker, Die Brücke und die Gefangenenlager von Remagen. Über die Interdependenz eines Massenschicksals im Jahre 1945, in: Ders. (Hg.), Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland, Köln 1987, S. 45-71.

Wolfgang Benz/Angelika Schardt (Hg.), Kriegsgefangenschaft. Berichte über das Leben in Gefangenenlagern der Alliierten von Otto Engelbert, Hans Jonitz, Kurt Glaser und Heinz Pust, München 1991.

Günter Bischof/Rüdiger Overmans (Hg.), Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg, Ternitz-Pottschach 1999.

Paul Brägelmann, Auf den Rheinwiesen 1945, Cloppenburg 1992.

Willi Dreßen, Konzentrationslager als Tötungs- und Hinrichtungsstätten für Oppositionelle, Behinderte, Kriegsgefangene, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 1, München 2005, S. 230-241.

Wolfgang Form, Justizpolitische Aspekte west-alliiertes Kriegsverbrecherprozesse 1942-1950, in: Ludwig Eiber/Robert Sigel (Hg.), Dachauer Prozesse. NS-Verbrechen vor amerikanischen Militärgerichten in Dachau 1945-1948. Verfahren, Ergebnisse, Nachwirkungen, Göttingen 2007, S. 41-64.

Gabriele Hammermann, Zwangsarbeit für den „Verbündeten“. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der italienischen Militärinternierten in Deutschland 1943-1945, Tübingen 2002.

Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995.

Rolf Keller, Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42, Göttingen 2011.

Kurt Kleemann, Die Kriegsgefangenenlager Remagen und Sinzig 1945 aus der Sicht kommunaler Aktenbestände, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 20 (1994), S. 451-483.

Emile Krier, Luxemburg am Ende der Besatzungszeit und der Neuanfang, in: Kurt Düwell/Michael Matheus (Hg.), Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947. Stuttgart 1997, S.69-95.

Erich Maschke u. a., Die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs. Eine Zusammenfassung, München 1974.

Reinhard Otto, Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998.

Rüdiger Overmans, German Historiography, the War Losses and the Prisoners of War, in: Günter Bischof/Stephen Ambrose (ed.), Eisenhower and the German POWs, Baton Rouge 1992, S. 127-169.

Rüdiger Overmans, In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg, Köln u.a. 1999.

Rüdiger Overmans, Soldaten hinter Stacheldraht. Deutsche Kriegsgefangene des Zweiten Weltkriegs, Berlin 2000.

Rüdiger Overmans, „Ein untergeordneter Eintrag im Leidensbuch der jüngeren Geschichte?“ Die Rheinwiesenerlager 1945, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 259-291.

Hans-Ulrich Reifen, Das Rheinwiesenerlager Sinzig-Remagen 1945, Remagen 1995.

Herbert Reiners, Kriegsgefangenenlager Wickrathberg 1945 (POW TE A-9). Ein Beitrag zur Mönchengladbacher Stadtgeschichte, Mönchengladbach 1998.

Bertram Resmini, Lager der Besatzungsmächte in Rheinland-Pfalz. Kriegsgefangene, Internierte und Verschleppte im Rheinland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte. Festschrift für Franz-Josef Heyen zum 65. Geburtstag, 19 (1993), S. 601-621.

Felix Römer, Der Kommissarbefehl. Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42, Paderborn 2008.

Schwelling, Birgit, Heimkehr – Erinnerung – Integration. Der Verband der Heimkehrer, die ehemaligen Kriegsgefangenen und die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft, Paderborn 2010.

Robert Sigel, Gnadengesuche und Gnadenerlasse. Kriegsverbrechen in der amerikanischen Besatzungszone, in: Dachauer Hefte 10 (1994), S. 214-224.

Literatur

Arthur L. Smith, Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen, Stuttgart 1985.

Arthur L. Smith, Die „vermißte Million“. Zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992.

Peter Steinbach, Zur Sozialgeschichte der deutschen Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg und in der Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland: Ein Beitrag zum Problem historischer Kontinuität, in: Zeitgeschichte 17 (1989), H. 1, S. 1-18.

Strauß, Christof: Kriegsgefangenschaft und Internierung. Die Lager in Heilbronn-Böckingen 1945 bis 1947, Heilbronn 1998.

Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Stuttgart 1978.

In der Reihe „Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz“ sind bisher erschienen:

Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz 1

Hinzert – ein anderer Lernort. Eröffnung des neuen Dokumentationszentrums an der Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ Hinzert. Mainz 2007.

Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz 2

Dokumentation der Fachtagung: Konzentrationslager, Sonderlager, Polizeihaftlager. SS-Sonderlager/KZ Hinzert und andere Orte des Verbrechens in den Lagersystemen des NS-Zeit. Mainz 2007.

Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz 3

Dokumentation: Der 30. Januar in der Pfalz, in Rheinhessen und in Koblenz-Trier. Die Ereignisse um den Zeitpunkt der Machtübertragung an Hitler in den Regionen des heutigen Rheinland-Pfalz. Mainz 2008.

Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz 4

Dokumentation: Vor 75 Jahren: „Am Anfang stand die Gewalt...“

Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Errichtung des Konzentrationslagers Osthofen. Mainz 2008.

Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz 5

Sina Schiffel: Jakob Steffan (1888-1957) - Ein streitbarer Sozialdemokrat in den politischen Auseinandersetzungen zwischen Weimarer Republik und demokratischen Neubeginn, Mainz/Osthofen 2012.

Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz 6

Dokumentation: Das SS-Sonderlager Hinzert und die Verwaltungszentralen des KZ-Systems, Mainz/Hinzert 2012.

Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz 7

Dokumentation der Fachtagung: Das sowjetische Kriegsgefangenenlager 1941 bis 1945, Mainz 2012.

Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz 8

Peter Hassall: Nacht- und Nebel-Häftlinge – Verschwunden bei Nacht und Nebel. Die unbekanntenen Häftlinge, Mainz/Hinzert 2012.

Autorinnen und Autoren

Uwe Bader, Historiker und Pädagoge, leitet das Referat Gedenkarbeit der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz mit den KZ-Gedenkstätten in Osthofen und Hinzert.

Prof. Dr. Wolfgang Benz, Historiker, bis März 2011 Professor und Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Gastprofessuren u.a. in Australien, Bolivien, Nordirland, Österreich und Mexiko, zahlreiche Publikationen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, zu Nationalsozialismus, Antisemitismus und Problemen von Minderheiten, zuletzt: Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet (München 2012), Herausgeber mehrerer Buchreihen, Geschwister-Scholl-Preis 1992, Mitglied im P.E.N.

StD Hans Berkessel, geboren 1955, Pädagoge und Historiker, Lehrer an der UNESCO-Projektschule IGS Ingelheim und Regionaler Fachberater Geschichte; zahlreiche Veröffentlichungen zur regionalen Sozial- und Kulturgeschichte des 19. u. 20. Jh., u. a.: Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz, 3 Bde., Mainz 2000/2001 (Hg./Autor); Widerstand gegen den Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz. Mainz 2011 (Hg./Autor); Verfasser zahlreicher Aufsätze und didaktischer Beiträge zur Zeitgeschichte, zur politischen Bildung und zur Schulentwicklung (Demokratiepädagogik).

Wolfgang Bula, Kriminaldirektor, Leiter der Kriminaldirektion Koblenz. Die Kriminaldirektionen sind in Rheinland Pfalz u.a. zuständig für den polizeilichen Staatsschutz. Davor war er Leiter der Polizeidirektion Mayen, mit der Zuständigkeit für den Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler und damit auch zuständig für Remagen und Sinzig mit den beiden Gedenkstätten für das ehemalige Rheinwieslager. In diesem Zusammenhang trug er Verantwortung für die dort stattfindenden Demonstrationen.

Dieter Burgard, geboren 1954, Bürgerbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz, Vorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte KZ Hinzert e.V. und seit 2001 im Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Rheinland-Pfalz tätig; Mitglied des wissenschaftlichen Fachbeirats und des Kunst- und Kulturbeirats zur Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz der Landeszentrale für politische Bildung; Buchautor „Alles im Laufschrift - Das KZ-Außenlager Wittlich“, Luxemburg 1994.

Dr. phil. h.c. Barbara Distel, geboren 1943 in Pähl/Obb., war von 1975-2009 Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau. Zusammen mit Prof. Dr. Wolfgang Benz hat sie von 1985 bis 2009 das Jahrbuch „Dachauer Hefte“ herausgegeben und mit ihm publizierte sie auch die neunbändige Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager „Der Ort des Terrors“. Sie ist Mitglied in zahlreichen Beratungsgremien.

Dr. Paul Dostert, geboren 1951 in Luxembourg. Studium der Geschichte und der Anglistik an den Universitäten Marburg/Lahn und Freiburg/Breisgau. 1984 Dr. phil. Universität Freiburg/Breisgau. 1999-2009 „Assistant-Professor associé“ an der Universität Luxembourg. Seit 2003 Direktor des „Centre de Documentation et de Recherche sur la Résistance“ in Luxembourg. Zahlreiche Publikationen zum Thema „Luxemburg im Zweiten Weltkrieg“.

Hans Peter Kürten, geboren 1929 in Langenfeld/Rhld. Nach dem Abitur 1951 Ausbildung zum Verwaltungsfachmann. 1957 bis 1965 war er Bürgermeister in Nastätten/Taunus und von 1965 bis 1994 Bürgermeister in Remagen, außerdem war er elf Jahre lang Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz. Seit 1969 engagiert er sich für die „Brücke von Remagen“ und die Eröffnung des dortigen Museums im Jahre 1980. Außerdem ist er 1. Vorsitzender des Vereins „Friedensmuseum Brücke von Remagen e.V.“.

Dipl. Ing. (TH) Wolfgang Lauenstein, geboren 1943, befasst sich überwiegend mit der Erforschung von Technik und Schicksalen deutscher U-Boote im 2. Weltkrieg. Darüberhinaus beschäftigt er sich mit lokalen Themen aus der Kriegs-, bzw. Nachkriegszeit, wie z.B. der Klärung von Schicksalen abgestürzter britischer und amerikanischer Bomberbesatzungen sowie der Suche nach Informationen über das ehemalige von den Amerikanern eingerichtete Kriegsgefangenenlager POWTE C2 in Ludwigshafen-Rheingönheim.

Dr. Reinhard Otto, geboren 1950 in Hohenlimburg, bis Sommer 2012 im Schuldienst. Seit 1982 Beschäftigung mit dem Thema sowjetische Kriegsgefangene, sowohl allgemein als auch zu einzelnen Kriegsgefangenenlagern, ebenso zur Situation der Gefangenen in Norwegen und Finnland. Von 1999 bis 2006 Leiter der Dokumentationsstätte Stalag 326 Senne, zugleich wissenschaftlicher Leiter eines deutsch-russisch-weißrussischen Projekts zur Erschließung von Personalunterlagen sowjetischer Kriegsgefangener. Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der (2.) Wehrmachtausstellung.

Autorinnen und Autoren

Dr. rer. pol. et phil. Rüdiger Overmans ist pensionierter Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, Potsdam, und freiberuflicher Historiker. Er befasst sich mit den sozialen, wirtschaftlichen und demographischen Folgen von Kriegen, insbesondere dem Zweiten Weltkrieg. Schwerpunktthemen sind Kriegsgefangene, Menschenverluste sowie Flucht und Vertreibung.

Dr. habil. Birgit Schwelling, geboren 1967 in Meßkirch, vertritt derzeit den Lehrstuhl für Kultursoziologie an der Universität Konstanz. Zuvor war sie Leiterin der Forschungsgruppe „Geschichte + Gedächtnis“, ebenfalls an der Universität Konstanz. Sie befasst sich in ihren Forschungen mit Erinnerungskulturen und -politiken im Europa des 20. Jahrhunderts, der Geschichte der Kriegsgefangenschaft und mit Fragen der transitional justice. Sie ist eine der Herausgeberinnen des Jahrbuchs für Politik und Geschichte sowie der Schriftenreihe „Erinnerungskulturen/Memory Cultures“, die im Verlag transcript erscheint. Zuletzt hat sie den Sammelband „Reconciliation, Civil Society, and the Politics of Memory“ (2012) herausgegeben.

Dipl. Ing (FH) Wolfgang Spietz, öffentlich bestellter Vermessungsingenieur i.R., geboren 1941 in Wittstock/Dosse, 1956 Flucht aus der DDR nach Bad Kreuznach/BRD, seit 1969 wohnhaft in Bretzenheim/Nahe bei Bad Kreuznach, gründete 1985 das Dokumentationszentrum „Kriegsgefangenenlager Bretzenheim 1945-1948“, Leiter des Dokumentationszentrums mit Unterstützung durch seine Ehefrau Ute von 1985 bis 1995 und wieder seit 2004. Ortsgemeinderatsmitglied von 1979 bis 2010, ehrenamtlicher Ortsbürgermeister von Bretzenheim von 2004 bis 2009.

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz

Am Kronberger Hof 6 ▪ 55116 Mainz
Tel.: 0 61 31 - 16 29 70 ▪ Fax: 0 61 31 - 16 29 80
E-Mail: lpb.zentrale@politische-bildung-rlp.de
Homepage: www.politische-bildung-rlp.de



NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz

Gedenkstätte KZ Osthofen
Ziegelhüttenweg 38 ▪ 67574 Osthofen
Tel.: 0 62 42 - 91 08 10 ▪ Fax: 0 62 42 - 91 08 20
E-Mail: info@ns-dokuzentrum-rlp.de
Homepage: www.gedenkarbeit-rlp.de

Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ Hinzert
An der Gedenkstätte ▪ 54421 Hinzert-Pöler
Tel.: 0 65 86 - 99 24 93 ▪ Fax: 0 65 86 - 99 24 94
E-Mail: info@ns-dokuzentrum-rlp-hinzert.de
Homepage: www.gedenkstaette-hinzert-rlp.de

Die gegenwärtige Situation an den ehemaligen alliierten Kriegsgefangenenlagern in Bretzenheim an der Nahe, in Remagen-Sinzig, in Böhl-Iggelheim und an anderen Lagerstandorten ist in den letzten Jahren zunehmend durch rechtsextremistische Aktionen an Gedenktagen geprägt worden. Die Totenehrung wird immer häufiger für demokratie- und verfassungsfeindliche Ziele missbraucht. Daher wurde die Landeszentrale für politische Bildung beauftragt, eine solide wissenschaftliche Erforschung dieser sogenannten Rheinwiesenerlager zu initiieren. Sie wurde und wird dabei beraten und unterstützt von ihrem wissenschaftlichen Fachbeirat unter Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Benz.

